Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Erscheint wöchentlich NR.279 28.April 1979 1,50 DM incl. 6%MWst. D 1870 CX

Frankfurt Auch in diesem Jahr findet wieder ein 1.Mai statt. In Frankfurt gibt's da ein Straßenfest in der Weberstraße, vor dem Strandcafe.

LETZTE MELDUNG:
Gruß an Karl Winter. Lieber Karl, wir grüßen dich vom Roten Tor. Schreib uns mal von irgendwo.

EINDEUTIG STAATSFEINDE!!



Offenbach - FEST FÜR dpa-PROZESS

Am 5. Mai soll in Offenbach ein Fest stattfinden, um Geld für die Prozeßkosten der dpa-Besetzer aufzubringen. Nebenbei sollen auch Informationen gegeben werden über den Prozeß. Das Fest beginnt um 20 Uhr in der
Fabrik Kolbenfresser, Bismarkstr. 79, Offenbach

PROZESS GEGEN IRMGARD MÖLLER UND BERNHARD BRAUN

ST. STAMMHEIM
26. April

Am voraussichtlich letzten Verhandlungstag, Donnerstag, den 3. Mai, wird Irmgard Möller noch eine Erklärung zum Prozeßverlauf abgeben. Für alle Interessenten, ab 9 Uhr im Stammheimer Prozeßgebäude.

STAATSSCHUTZPROZESS IN NÜRNBERG

NÜRNBERG
4. April

In Nürnberg wird am 2. Mai 1979 der Prozeß gegen Gabor Winter, Inge Piroch und Ceslaw Burkhard fortgesetzt. Ihnen wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Die drei gehörten zu einer Gruppe von sechs Leuten, die bei einer Verkehrskontrolle angehalten worden waren. Bei einer Durchsuchung des Wagens wurden Spraydosen und ein Stapel Papiere gefunden. Bei den Papieren befanden sich Abschriften eines SPK-Buches und des „Kochbuches"; dazu handschriftliche Notizen über Gewalt und ähnliches. Viel mehr gibt es nicht, um die Anklage wegen „krimineller Vereinigung" zu stützen. Diese „Beweise" werden jetzt allen zugerechnet. Allerdings sind von den sechs Leuten nur drei angeklagt. Eher als die magere Beschuldigung dürfte bei der Anklage eine Rolle gespielt haben, daß die drei Knastarbeit über die Gefangenengruppe Nürnberg gemacht haben.

Hinter den dreien liegen insgesamt zwei Jahre U-Haft. Nach dem ersten Jahr waren sie unter Auflagen entlassen worden. Inge Piroch sitzt wieder seit April 1978. Gabor Winter wurde vor etwa zwei Monaten von Frankreich ausgeliefert. In Frankreich hatte er neun Monate gesessen.

DIE WAHNSINNSSCHEISSE IN DER JVA CELLE LÄSST MIR EINFACH KEINE RUHE

Westberlin
25. April

Ein Gefangener aus dem „Tegeler Vollzucht" hat uns am 9. April geschrieben:

„Diese ganze Wahnsinnsscheiße, welche in der JVA Celle I durchgezogen wird, läßt mir einfach keine Ruhe mehr, zumal ich Harry Stürmer persönlich sehr gut kenne!! Und zwar aus'm morbider (moabit) Knast, wo wir ziemlich lange zusammen in der „Unfreistunde" gelaufen sind und sofort n'irren Draht zueinander bekamen.
Daher bitte ich euch ganz lieb, Auszüge aus dem abgedruckten Beitrag zu veröffentlichen mit der nachfolgenden Erklärung, denn diese Trakte haben nicht die Funktion zu „sichern", sondern zu VERNICHTEN!!! Deshalb solidarisiere ich mich mit den Forderungen der drei Celler Gefangenen und fordere weiterhin: FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN!

Der oben erwähnte Bericht ist ein Beitrag des Norddeutschen Rundfunks vom 27.3. über den Isolationstrakt, in dem auf die Haftsituation von Karl-Heinz Dellwo, Heinz Herlitz und Harry Stürmer eingegangen wird; die gründlichen ID-Lesern zumindest aus den Nummern 272, 275, 278 bekannt sein sollten. Ich lass den Beitrag mit Verweis auf diese ID's weg und fahre mit der Erklärung des Tegeler Gefangenen fort (die drei ersten Sätze beziehen sich auf den Rundfunkbeitrag, in dem die rechtliche Seite der Sonderbehandlung ausführlich erörtert wurde):

„Verdammter Scheiß, daß alles nur auf diese RECHTSebene abgehoben wird! Der Mensch fällt dabei raus... obwohl selbst auf dieser beknackten Ebene ja immer noch einige klare Sachen gesagt werden. Bis sie eben entsprechend neue Vernichtungsparagraphen irgendwo einfügen, damit dann wieder Recht ist, was damals auch Recht war...
Eh Leute - das bringt irre Schwierigkeiten mit sich, einem Staat, der Stammheim, Mogadischu etc. durchgezogen hat, seinen Hungerstreik entgegenzusetzen, da sich der in erster Linie gegen den eigenen Körper richtet! Auf der anderen Seite ist den Leuten draußen noch zuwenig klar, was solche Vernichtungstrakte bedeuten und bewirken. Aber was haste schon im Knast für Möglichkeiten dich zu wehren!!!
Übrigens: seit letzten Freitag hat sich da was verändert, wofür sie vor Freude tanzen sollen. Heinz und Harry dürfen gemeinsam Sauerstoff schnappen und täglich zwei Stunden fernsehen oder Brettspiele machen (weil beide sich keine Brettspiele vor'n Kopf nageln wollten, sondern Zeitungsartikel u.ä. mitnehmen wollten, ist das für'ne Woche gesperrt worden). Der Karl-Heinz ist nicht mal an dieser Minimalkacke beteiligt.
Und jetzt sperrt mal die Ohren auf: die Astrid-Proll-Zeit haben die drei in 14 Tagen rum!!!"

(siehe dazu: Hungerstreik nach Zugeständnissen abgebrochen)

Kontakt: Bernd Stritzke, Seidelstraße 39, 1 Berlin 27

Die Gefangenen in Celle

HUNGERSTREIK NACH ZUGESTÄNDNISSEN ABGEBROCHEN

Frankfurt
20. April

Presseerklärung der Anwälte:

Nach 40 Tagen Hungerstreik, nach 10 Tagen Zwangsernährung haben die Niedersächsischen Justizbehörden den Gefangenen Dellwo, Stürmer und Herlitz im Isolationstrakt der JVA Celle I folgende Zugeständnisse gemacht:

- **die 3 Gefangenen haben täglich mindestens 3 Stunden gemeinsamen Umschluß im Fernsehraum des Isolationstraktes und können dazu alles mitnehmen, was sie in den Zellen haben Stürmer und Herlitz hatten in der Zweierisolation**

nur zwei Stunden und durften nichts mitnehmen)
- sie können in dem Hofkäfig gemeinsam Hofgang machen
- der Einkauf von bisher DM 30.- im Monat wird erhöht, 2 Mal Obsteinkauf im Monat, in den Fernsehraum kommt ein Tauchsieder
- Karl-Heinz Dellwo konnte das den Gefangenen in Schwalmstadt, die einen Solidaritätshungerstreik durchführten, telefonisch mitteilen
- die Anstalt hat zugesagt, kurzfristig zu klären, wie Zellenöffnen in den Zellen möglich ist, daß die Benutzung eines Cassettenrecorders zur Durchführung eines Sprachkurses der Gefangenen bei zusätzlichem Umschluß ermöglicht wird.

Das ist das Ergebnis von Verhandlungen, nach Beratungen der Gefangenen untereinander, die damit nach 4 1/2 Monaten im gleichen Isolationstrakt zum ersten Mal miteinander sprechen konnten – 4 1/2 Monate, das ist der Isolationszeitraum, nach dem Astrid Proll als haftunfähig entlassen werden mußte!
Die Gefangenen haben erklärt, daß dies Lebensmindestbedingungen für eine kurze Übergangszeit sein können. Sie haben auf der Grundlage dieses Verhandlungsergebnisses den Hungerstreik abgebrochen. Sie haben erklärt und gleichzeitig angekündigt, daß sie den Hungerstreik wieder aufnehmen, wenn sich die Haftbedingungen nicht kurzfristig grundsätzlich ändern und daß sie nicht gewillt sind, sich Manöver gefallen zu lassen, wie es Dellwo nach seinem letzten Hungerstreik vom 20. September 1978 bis 7. November 1978 erlebt hat, als ihm die Eingliederung in den Normalvollzug zugesichert worden war und diese Zusage dadurch eingelöst wurde, daß er bei Nacht und Nebel am 8. Dezember 1978 nach Celle in den dortigen Toten Trakt geworfen wurde. Die Gefangenen fordern weiterhin: Schließung des Isolationstraktes, Aufhebung der Isolation!
Auch die Justizbediensteten sollen sich gegen die Isolationsbedingungen ausgesprochen haben.

Eines muß vollständig klargestellt werden: die oben geschilderten Haftbedingungen sind Isolationshaft – Dreierisolation – wie jede Haft in dem Betonbunker Isolationstrakt mit Hofkäfig. Der Isolationstrakt und die Dreierisolation sind gesetzwidrig. Es besteht auch weiter der Zustand fort, daß für Stürmer und Herlitz noch immer keine Begründung und für Dellwo die offensichtlich gesetzwidrige Begründung „seiner Gefährlichkeit, die sich aus der seiner Verurteilung zugrundeliegenden Straftat und seiner Person" ergeben soll für die Isolation der Gefangennen vorliegt – genau die Dellwo-Begründung hatte das OLG-Celle am 8. November 1978 für gesetzwidrig erklärt! Auch hat die Strafvollstreckungskammer bei dem Amtsgericht Celle auf den Antrag auf Aufhebung der Isolation seit dem 26. 1. 1978 nicht entschieden.
Wir teilen mit, daß wir im Auftrage unserer Mandanten mit gleicher Post gegen Justizminister Schwind und weitere Verantwortliche Strafanzeige wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung durch die Isolation gestellt haben.
Wir berichten jetzt noch über die weiteren Ereignisse nach unseren Presseerklärungen vom 16. 2. und 19. 3. 1979:
Zwangsernährung: Ab 14. April wurde gegen Dellwo am 31. Tag Tag, ab 17. April gegen Herlitz am 33. und gegen Stürmer am 35. Hungerstreiktag Zwangsernährung durchgeführt. Das wurde folgendermaßen durchgesetzt:
Für die Gefangenen völlig unvorbereitet stürmen 6, 7 Beamte die Zelle, ergreifen den Betroffenen, fesseln ihn auf einen Stuhl: die Füße werden festgebunden, die Oberschenkel, ein Gürtel über den Bauch, einer über die Schultern einschließlich die Arme, die Hände werden mit Handschellen hinter der Rückenlehne gefesselt - totale Bewegungsunfähigkeit.
Dann wird der Stuhl in einen Sanitätsraum gerollt, dort warten zusätzlich 3 Sanitäter und 2 Ärzte. Ein Sanitäter greift in die Haare und unter das Kinn und fixiert den Kopf total. Dann wird eine Nasensonde eingeführt und durch Lufteinspritzen geprüft, ob sie in den Magen geht – und z. B. nicht in die Lunge. Dann folgt die Zwangsernährung durch Einspritzen von Nahrung, 6 - 9 Spritzen, und 1 - 2 Spritzen Tee. Anschließend werden die Gefangenen in einer anderen Zelle ständig beobachtet, und dann in die normale Zelle zurückgesperrt.
Das ganze ist eine äußerste Tortur. Dellwo berichtet, er fühle sich danach, als habe er hundert Tage nicht geschlafen, Stürmer, als habe er den Magen voller Steine. Es treten starke Kreislaufbeschwerden ein.

Stürmer ist einige Stunden später in seiner Zelle ohnmächtig geworden. Er ist mit dem Kopf auf den Betonfußboden geschlagen und hat sich mehrere Kopfabschürfungen zugezogen. Nach Wiedererwachen nach unbekannter Zeit hatte er zunächst völligen Gedächtnisausfall.
Diese Ereignisse zeigen, daß medizinisch die Nährmittel völlig überdosiert waren, durch das Hinschlagen besteht die Gefahr eines Schädelbasisbruchs. Letzteres ist der Anstalt offenkundig klar, denn als erstes wurde Stürmers Schädel anschließend geröntgt.
Festzuhalten ist: die Zwangsernährung ist in der durchgeführten Art für die Betroffenen lebensgefährlich, wegen der Überdosis und der Gefahr des Hinschlagens bei Ohnmacht.
Am 17. April 1979 sollte über Nacht Dauerbeobachtung durchgeführt werden, Begründung: Selbstmordgefahr. Auch das zeigt: die Behörden rechnen damit, daß die Isolationshaft Menschen zum Selbstmord treiben kann.

Kontakt: Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611 / 49 03 92

HUNGERSTREIK GEGEN „NORMALE HAFTBEDINGUNGEN"

BERLIN, 20. April 79

Wir dokumentieren aus einer Hungerstreikerklärung von Gefangenen aus der Bewegung 2. Juni:

„Wir sind ab heute im Hungerstreik gegen die Sonderbehandlung und den forcierten Versuch der Staatsschutzjustiz, die Gefangenen aus den bewaffnet kämpfenden Gruppen zu isolieren und zu vernichten - für Haftbedingungen, die ein Überleben im Knast ermöglichen!

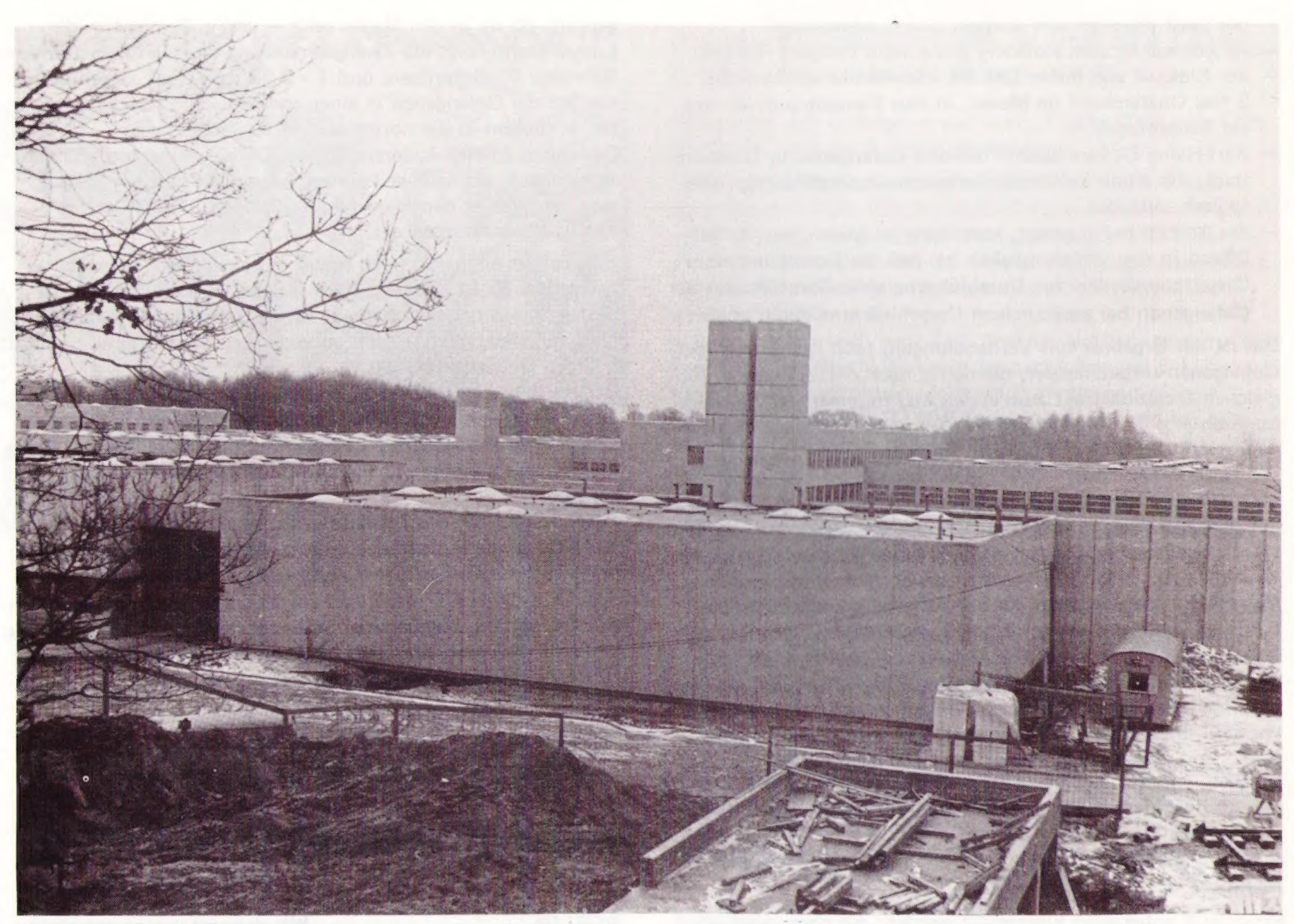
Nachdem die Haftbedingungen in den letzten beiden Jahren eskaliert wurden, die Isolation verschärft und der tägliche Terror gesteigert, sämtliche gemachten Zusagen auf Änderung der Haftsituation zurückgenommen wurden und wir seit 1 1/2 Jahren einer nie aufgehobenen, sondern nur modifizierten Kontaktsperre unterworfen sind, nehmen wir den Kampf auf dieser Ebene wieder auf.

„Es geht nicht darum, gefangen zu sein, sondern darum, daß man sich nicht ergibt."

Die Zwecklügen - „Es gibt keine Sonderbehandlung" / „Die Behauptung von Isolierfolter ist Verleumdung" / „Die Gefangenen haben normale Haftbedingungen" und wie sie alle heißen - können die Vernichtungshaft nicht verdecken. Die propagandistische Verfälschung unserer Haftsituation soll die Zuspitzung der sozialen Isolation verschleiern. Es soll Kritik verhindern, damit die Zerstörung der politischen Identität und physischen Integrität ungestört betrieben werden kann.

„Normale Haftbedingungen" heißt:

- monatelange Einzelisolation für alle Gefangenen, heute konkret gegen Gefangene in Lübeck, Hamburg, Celle, Ossendorf, Frankenthal, Bruchsal, Stammheim, Straubing und Stadelheim. Wir verlangen: sofortige Aufhebung der Isolation!
- Verteilung auf Provinzknäste wie Celle, Diezburg, Bruchsal, Kaisheim u.a., um die Gefangenen aus ihrem Zusammenhang



herauszubrechen, was u.a. bedeutet, daß Verwandte und Anwälte über hunderte von Kilometern anreisen müssen. Wir verlangen: sofortige Rückverlegung!

- sogenannte „Integration" für einige Gefangene, das heißt in der Regel nichts anderes, als daß sie mit täglich wechselnden Stationen Hofgang machen können, so daß soziale Kontakte und Kommunikation von vornherein ausgeschlossen sind, oder, wo es mehr als Hofgang ist, wird die Forderung nach Gleichbehandlung auf zynische Weise realisiert: mit den permanenten „Maßnahmen" gegen politische Gefangene - ständiges Zellenfilzen, Kontrollen bei Tag und Nacht, Abtasten und Umkleiden vor und nach Hofgang, Umschluß und Besuch - werden alle Gefangenen terrorisiert. Damit versuchen die Justizbehörden die sozialen gegen die politischen Gefangenen aufzuhetzen, um so die fortdauernde Isolation und Sonderbehandlung zu erreichen und zu legitimieren. Wir verlangen: sofortige vollständige und tatsächliche Gleichstellung!

- Kleinstgruppenisolation aus zwei oder drei Gefangenen (nur in Berlin sind es sechs), die meist nur eine Stunde Hofgang zusammen haben in Celle, Berlin, Hamburg, Diezburg, Stammheim. Wir verlangen: sofortige Vergrößerung der Gruppen und täglichen gemeinsamen Umschluß!

- dazu der ständige Terror: Streßmanipulation - Zellenverlegungen und -filzen, Umkleiden - elektronische Überwachung und Ausforschung der schriftlichen und mündlichen Kommunikation - Fliegengitter - Trennscheibe bei Besuchen von Anwälten und Freunden - Verbot oder Einschränkungen von Besuchen - Verbot und Zensur bei Post, Zeitungen, Büchern und Radioempfang. Um nur einige Beispiele zu nennen; gewalttätige Provokationen, Zwangsgegenüberstellungen und -untersuchungen und Überfälle durch Rollkommandos wie zuletzt in Frankfurt. Wir verlangen: sofortige Beendigung aller Einschränkungen, der Schikanen und physischen Übergriffe!

Der Hungerstreik richtet sich gegen die Spezialzellen: geräuschisolierte Betonbunker mit Fenstern aus Panzerglas, die nicht zu öffnen sind; luftdicht schließende Türen und eine Klimaanlage , die Druckschwankungen erzeugt; den ganzen Tag grelles Neonlicht; Waschbecken, Klo, Spiegel aus Blech, angeschraubte oder eingemauerte Möbel, Betonfußboden. Mehrere solcher Isolationseinheiten befinden sich in einem von der übrigen Anstalt hermetisch abgeriegelten, elektronisch voll überwachten Trakt. Innerhalb des Trakts gibt es für die Gefangenen in den einzelnen Zellen keinerlei Kontaktmöglichkeiten untereinander. Für die „Bewegung im Freien" gibt es einen Betonkäfig, der keinen wesentlichen Unterschied mehr zur Zelle bietet. Solche Spezialzellen und „Toten Trakts" wurden und werden gebaut in Celle, Lübeck, Berlin, Bruchsal, Stammheim, Straubing, Landsberg.

Bei diesen Spezialzellen sind die Erfahrungen aus acht Jahren Sondervollzug und der wissenschaftlichen Experimente der Folterforschung umgesetzt und verarbeitet worden. Sie sind die Reaktion des Staates auf die Unmöglichkeit, die Stadtguerilla zu besiegen und sie sind die Konsequenz aus der Erfahrung, daß jeder offene Schlag gegen uns, jeder Mord an Gefangenen vermehrten Widerstand gegen das „Modell Deutschland" produziert. Die verdeckte Vernichtungsmaschine der perfektionierten Isolationsbunker soll ohne Spuren zerstören, ohne Blut, ohne Skandale, ohne Öffentlichkeit.

...

Wir fordern:

- Die Anwendung der Mindesgarantien der Genfer Konvention und der anderen internationalen Konventionen über die Behandlung von Gefangenen auf die Gefangenen aus den antiimperialistischen Widerstandsgruppen;

- die Abschaffung der Spezialzellen und Isolationsbunker;

- die Zusammenfassung der Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen, wie sie von den Gutachtern seit Jahren gefor-

dert wird, mindestens entsprechend dem „Berliner Modell", d.h. den Haftbedingungen für die gefangenen Frauen in Berlin;

- Aufhebung von Informationsbeschränkungen und der Trennscheibe;

- die Zulassung von externen Ärzten des Vertrauens;

- die Kontrolle der Haftbedingungen durch eine internationale Überwachungskommission;

- die Freilassung ohne Auflagen für Günther Sonnenberg, der infolge seiner Kopfverletzung haftunfähig ist.

In allen westeuropäischen Staaten, in denen es bewaffnete Widerstandsgruppen gibt, kämpfen Gefangene gegen Haftbedingungen, mit denen sie gebrochen und zerstört werden sollen. Unser Hungerstreik ist Teil dieses Kampfes und Ausdruck unserer Solidarität mit allen, die im Kampf für Soziale Revolution gefangen worden sind, und mit allen, die angefangen haben, im Knast Widerstand zu leisten.

Gefangene aus der Bewegung 2. Juni

„MESSER RAUS!"

Berlin 25. April — *Beobachtungen aus dem Moabiter Strafvollzug (Haus II) von Bernd Grigat:*

„Mit Erschrecken stelle ich kurz nach meiner Einlieferung in die Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit fest, daß der in dieser Anstalt praktizierte Strafvollzug in keiner Weise den Anforderungen des Strafvollzugsgesetzes entspricht. Hier wird unter dem Deckmantel der „Aufnahme-Anstalt" ein 23-Stunden-Einschluß geboten, der in der Geschichte des bundesdeutschen Strafvollzugs beispiellos sein duerfte. Minimalanforderungen, die sich aus dem Strafvollzugsgesetz (StVollzG) ergeben, stehen allenfalls auf dem Papier und werden in den Justizschubladen sorgsam verwahrt. Der zu „behandelnde" oder zu„(re)sozialisierende" Strafgefangene (Gesetzesauftrag) dämmert weiter in seinem 7 qm-Wohnklo zwischen Elegie und Jerry-Cotton-Traum dahin . . .

Bauliche Veränderungen in Millionenhöhe gelten primär der subversiven Fraktion. Fuer einen eigenen Lichtschalter in der Zelle oder etwas Farbe in den Aufnahmeräumen hat es seit Jahren nicht mehr gereicht. Aber hier beginnt — zumindest fuer die „Selbststeller" — die erste und von jetzt an fortdauernde Vergewaltigung der Menschlichkeit. Verdreckte und verräucherte Aufnahmezellen mit fehlenden Fensterscheiben sowie barscher Beamten- und Kalfaktorenton nehmen jedem, der nicht schon den Gully Gothaer Straße (Polizeihaft) durchlaufen hat, vollends den Mut. Die Entpersönlichung findet weitere Höhepunkte beim Moabiter Hofphotograph und in der „Sonne". Hier muß man sich in Gegenwart mehrerer Justizbediensteter völlig entkleiden, die getragene Bekleidung wird durchleuchtet und Graukittel suchen nach versteckten Gegenständen. Selbst vor Körperöffnungen macht man keinen Halt und das „Buecken! Arschbacken auseinander" spricht die klare Sprache dessen, was einen weiterhin erwartet.

Noch vor dem Duschen und evt. Umkleiden (der Gefangene kann auch seine Privatkleidung behalten) geht es zum Röntgen und zur ärztlichen Fern-Visite. Eine unnötige Belastung fuer Arzt und Patienten, denn ein mehrtägiger Aufenthalt in der Polizeihaft mit völlig unzulänglichen hygienischen Einrichtungen ist fuer beide Parteien wenig erfrischend.

Im zugewiesenen Haftraum fällt als erstes das „Auge" in der mit Stahlblech verkleideten Tuere auf. Mit gewisser Regelmäßigkeit hebt sich von außen das „Lid" und man wird fuer einen Moment beobachtet. Es ist aber nicht dieser kurze Blick eines Vollzugspenners durchs Loch: die Gewißheit, daß man jederzeit ueberwacht werden kann, bringt eine permanente Unruhe, die in Haß und Aggression ausartet. Eine kontinuierliche Beschäftigung wird nahezu unmöglich. Immer wieder schielt man zum Auge hin, beim Lesen, beim Pinkeln, beim Nichtstun. Hier versetzt man den Gefangenen bewußt in eine Spannungssituation, die mit mangelhafter Unterbringung, fehlenden Freizeit- und Kommunikationseinrichtungen sowie unzulänglicher Sozialversorgung in oftmals tödlichem Streß (Horst Rackow und viele andere) endet. *(Horst Rackow beging im Sommer 1976 in Moabit Selbstmord)*

Unterstuetzung erhofft man sich von den einzigen, die außer dem Vollzugspersonal ab und zu mal vor der Zellentuer rumschleichen, den Hausarbeitern oder Kalfaktoren. Doch hier hat sich eine Elite besonderer Guete herangebildet. Einige dieser weißbekittelten Helfer uebertreffen ihre „Herren" mit Schluesseln ganz vortrefflich. Als Außenstehender kann man sich nur schwer die Ohnmacht des Betroffenen vorstellen, wenn ein Knastbruder Menge des Papiers oder Temparatur des Kaffeewassers vorschreibt.

Mit dem Eintritt in die Haftanstalt muß jeder Strafgefangene unterschreiben, daß er der Arbeitspflicht un.erliegt. Bei schuldhafter Verweigerung einer ihm zugewiesenen Tätigkeit wird er zur Uebernahme der Haftkosten herangezogen. Die Zahl der Arbeitsplätze im Moabiter Knast ist gering und reicht nur fuer einen kleinen Teil der Untergebrachten. Es gibt kein Recht auf Beschäftigung und die Art und Weise der Arbeitsvergabe gibt immer wieder zu Kritik Anlaß. Die Qualität der angebotetnen Arbeiten ist nicht erwähnenswert. Der arbeitenden Knastbevölkerung stehen Sport, Zellenumschluß und andere Freizeitmöglichkeiten zur Verfuegung. Hier wird der Beschäftigungslose — er ist 23 Stunden in der Zelle eingeschlossen! — besonders benachteiligt. Er braucht unbedingt sinnvolle Ablenkungen, soll er nicht vollends in seinen 7 qm verkuemmern. Die sogenannte Freistunde verbringt der Gefangene in engen, dreckigen Höfen unter Stacheldraht und schärfster Bewachung. Der Sozialdienst kann in Moabit nur wenig ausrichten. Wer während eines Dreiminuten-Besuchs kurz mit seinen Angehörigen telefonieren darf, ist gut bedient. Der Gottesdienst — einzige Freizeitalternative an Sonn- und Feiertagen — ist auch nicht mehr das, was er einst war: Tausch- und Plauschzentrale fuer die Verwahrten. Die Freude am tonbandähnlichen Vortrag des Schwarzkittels wird nicht nur durch die dauernde Präsenz von grauen Vollzugsengeln geschmälert; das ewige Schluesselgeklapper verfolgt einen gar bis unters heilige Kreuz

Viele Leute draußen setzen voraus, daß gerade diese dauernde Unterdrückung der beste Nährboden für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Gefangenen sein sollte. Doch einmal setzen Fluktuation und fehlende Mobilität klare Grenzen. Zum anderen spüre ich Zusammenarbeit nur in der Krimi- und Western-Gilde. Angst vor Repression (jeder will so schnell wie möglich aus Moabit raus) und die laufende Verunsicherung von Gefangenen (fehlende Belehrungen über die Rechte im Strafvollzugsgesetz) schaffen ein unerträgliches Klima, dem auf Dauer keiner gewachsen ist.

Solange wird auch weiterhin gegen 16. 30 h der Ruf „Messer raus!" durch die Gänge hallen und wir haben über nacht unser Blechmesser abzugeben . . .

Kontakt/Infos über: Bernd Grigat Postfach 152, 1 Berlin 65

BRIEFKONTAKT IN DEN KNAST – ANTWORT VOM VERFASSUNGSSCHUTZ

Hagen 14. April *Anfang Januar reagierten Mitglieder des ‚Vereins für Resozialisierungshilfe e. V.' in Hagen auf den Aufruf des ID, Abo's und Kontakt für bzw. zu Gefangenen zu übernehmen. Motivation war, durch persönlichen Kontakt die soziale Isolation und durch weitergehende Öffentlichkeitsarbeit die Informationsunterdrückung über Mißstände im Knast zu durchbrechen. Soweit sollte es allerdings gar nicht kommen: es gingen zwar 5 Briefe an Gefangene raus, jedoch kam die heftigste Antwort von höchst unerwünschter Seite: Kontakt kam nur mit einem Gefangenen zustande, drei Briefe blieben unbeantwortet (dabei ist noch unklar, ob die Briefe abgefangen wurden oder ob die Empfänger kein Interesse am KOntakt haben), und auf den fünften Brief antwortete der Verfassungsschutz, undzwar in folgender Form (aus der Dokumentation über das Entstehen und die Auflösung des Reso-Vereins Hagen):*

Der Brief an Karl-Heinz Dellwo, der so weitreichende Konsequenzen hatte

Hallo Karl-Heinz,
ich möchte mit Dir in Kontakt treten. Wie ich gelesen habe, bist Du seit Dezember in Celle. Soziale Isolation, Knast im Knast. Drei Jahre habe ich im Normal-Vollzug Gruppenarbeit gemacht, bis wir Hausverbot bekamen. Darüberhinaus möchte ich auch nicht mehr als Alibi für den Vollzug mißbraucht werden, denn der Knast wird trotz aller sozialliberalen Klimmzügen immer ein Knast bleiben, mit all seinen Funktionen, unmenschlich, in seinen Strukturen ein gesellschaftlicher Spiegel. Wenn du am Frankfurter Informationsdienst interessiert bist, würde ich für dich ein Patenabo übernehmen und vielleicht wäre das ein Ansatz, gemeinsam Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Ich möchte keine isolierte Knastarbeit machen, weil sie sich in der konventionellen Form ad absurdum führt. Knastarbeit kann . . . nur über den Weg einer Öffentlichkeit was erreichen.
Tschüß

Der Brief an Karl-Heinz wird in der JVA Celle angehalten. Eine Kopie geht an den Leiter der JVA-Hagen, Herr Koepsel. Dieser informiert Herrn Brüggemann, GEschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) und legt nahe, zu überprüfen, ob der Reso-Verein für den DPWV als Mitglied noch länger tragbar sei.
19. 2. 79; Schulte-Altedorneburg, Dozent und projektbegleitender Dozent und Vorstandsmitglied im Reso-Verein, erhält einen Anruf von Herrn Brüggemann mit der dringenden Bitte um ein persönliches Gespräch. Er erhält ebenfalls einen Anruf von Herrn Kort, Fachbereichsleiter, mit der Frage, ob er wisse, was im Reso-Verein vorgehe. Er sei von der Stadt informiert worden, daß Projektmitglieder Kontakt zu ultralinken Gruppen aufgenommen hätten.
20. 2. 79; Herr Brüggemann informiert Herrn Schulte-Altedorneburg über ein Gespräch mit Herrn Koepsel. Einleitend sagt er: „Wir müssen gemeinsam überlegen, wie der Reso-Verein zu retten ist". Herr Brüggemann macht zusammenfassen deutlich, daß mit keiner Institution Hagens und Umgebung noch eine Zusammenarbeit möglich ist, wenn der Inhalt des Briefes und diese Initiative überhaupt die Sache und die Absicht des Reso-Vereins sein sollten. Die Reso-Mitglieder sind bis auf weiteres aus der JVA Hagen ausgeschlossen und können ihre Gruppenarbeit vorerst nicht beginnen.
21. 2. 79; Da aus den vorliegenden Informationen die zu erwartenden Reaktionen unschwer abzusehen sind, verfaßt Manfred Schulte-Altedorneburg einen Brief an alle Vereinsmitglieder , „der eine Mindestreaktion des Vereins darstellt und verhindern soll, daß ahnungslose Reso-Mitglieder bei den Institutionen vor die Wand laufen."
22.2. 79; Herr Brüggemann sperrt bis zu einer vereinsinternen Klärung die Räume des DPWV. Von Herrn Brinkwirth, stellvertretender Anstaltsleiter in Ergste, erfährt Schulte-Altedorneburg nach einem Anruf, daß man in Ergste davon erfahren habe, aber über den Wortlaut des Briefes noch nicht unterrichtet sei. Auf seine Frage, ob die Gruppenarbeit weitergehen könne, wird geantwortet, daß Ergste so reagieren wird wie Hagen. Trotzdem findet in dieser Woche die Gruppenarbeit in Ergste/Schwerte statt . . .
26. 2. 79; Ergste hat eine Kopie des Briefes erhalten und sperrt die Gruppenarbeit bis auf weiteres. Die Hennender Gruppe wird aufgefordert, eine persönliche Stellungnahme zu dem Brief an Karl-Heinz abzugeben und den Inhalt der Gruppenarbeit schriftlich anzugeben. Die Stadt Hagen sperrt die zugesagte finanzielle Unterstützung für den Verein.

Ein Brief aus der JVA Schwerte

An den Verein für Resozialisierungshilfe e. V.
Betr.: Zusammenarbeit mit der hiesigen Anstalt, hier: Hausverbot
Bezug: Dortiges Schreiben der Donnerstaggruppe - ohne Datum - hier eingegangen am 2. 3. 79

Sehr geehrte Damen und Herren!
Auf ihr Schreiben teile ich Ihnen mit, daß das zunächstvorläufige Hausverbot nicht aufgehoben werden kann, sondern in ein endgültiges umgewandelt ist. Der Vorsitzende des dortigen Vereins hat in einem Brief an einen wegen terroristischer Gewalttaten Verurteilten u. a., ausgeführt, er fühle sich als Alibi für den Vollzug mißbraucht. Von dem Schreiben hat sich der Verein am 7. 3. 79 mehrheitlich nicht distanziert. Der Verein für Resozialisierungshilfe ist außerdem aus dem DPWV aus geschlossen worden so daß das mit der Fachhochschule durchzuführende „Projektstudium Strafentlassenenhilfe" nicht weiter fortgeführt wird. Darüber fehlt es nunmehr an der für notwendig erachteten wissenschaftlichen Betreuung, da Herr Schulte Altedorneburg sich ebenfalls von dem Verein getrennt hat. Das Hausverbot erstreckt sich nicht nur auf den Verein als solchen, sondern auch auf die einzelnen Mitglieder, die als Einzelbetreuer in der hiesigen Anstalt tätig waren. Ich bitte um Kenntnisnahme und Unterrichtung der Betroffenen.
gez. Schulz, Regierungsdirektor.

Mitgliederversammlung vom 7. 3. 79

Der Mitgliederversammlung lag folgender Antrag von Schulte-Altedorneburg vor:
Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

„Der Verein für Resozialisierungshilfe e. V. Hagen mißbilligt die Initiative seines 1. Vorsitzenden Robert Telge und distanziert sich ganz entschieden vom Inhalt seines Schreibens an den Stockholm-Attentäter Karl-Heinz Dellwo. Nach § 3,V,3. der Vereinssatzung wird Robert Telger wegen vereinsschädigendem Verhalten ausgeschlossen.
Sollten andere Vereinsmitglieder Briefe gleichen oder ähnlichen Inhalts an Terroristen geschrieben haben, die nach wir vor zum Weg des sinnlosen Terrors und zur gewissenlosen Vernichtung von Menschenleben stehen, so sind diese ebenfalls auszuschließen."

Grundsätzlich muß zu diesem Antrag gesagt werden, daß Resozialisierungsarbeit niemals eine Identifikation mit dem Täter und seiner Arbeit impliziert, sondern daß nur der Mensch in seiner momentanen Situation und das , was ihn in diese Situation gebracht hat, gesehen werden darf.
Während der Diskussion über diesen Antrag kristallisierten sich drei Gruppen mit nachfolgenden Meinungen heraus:
1) Gefangene, politische Gefangene und Terroristen, die sich nicht von ihren Taten distanzieren sind nicht resozialisierungsfähig und somit muß jede Kontaktaufnahme seitens des Vereines unterbleiben, um nicht den Eindruck zu erwecken, mit inhaftierten Terroristen einen dauerhaften symphatisierenden Kontakt zu haben.
Hierzu muß zunächst einmal festgestellt werden, daß es in der BRD keine kleine Gruppe von politischen Gefangenen gibt, sondern daß jeder Gefangener ein politischer Gefangener ist, da er gegen den Normenkatalog StGB verstoßen hat. Dieses StGB ist aber nur als Ausfluß unserer kapitalistischen Gesellschaft zu werten, deren erklärtes Ziel es ist, das Privateigentum

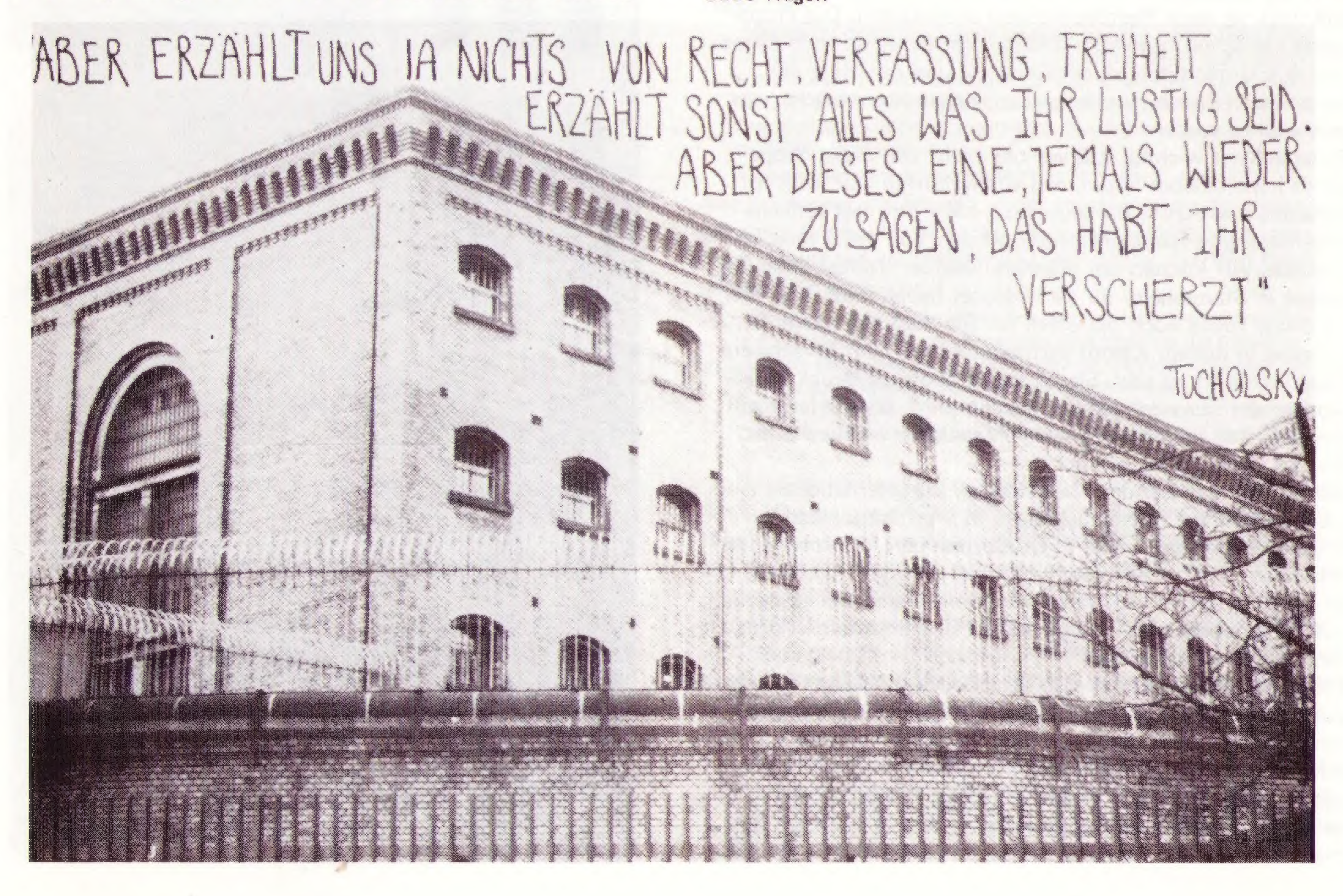
zu schützen und zu unterstützen. Nicht umsonst sitzen in bundesdeutschen Gefängnissen 80 % der Gefangenen wegen Vergehen gegen das Privateigentum. Dann stellt sich natürlich die Frage, inwieweit es zulässig ist, zwischen resozialisierungsfähigen und resozialisierungsunfähigen Gefangenen zu unterschieden, denn wie heißt es im Strafvollzugsgesetz, § 2, Aufgabe des Vollzuges: „Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftat zu führen (Vollzugsziel)"
Die o. a. Aussage negiert nicht nur den § 2 StVollzG, sondern übersieht zudem, daß einige Gefangene ganz besonderen Haftbedingungen unterliegen, die da wären: soziale Isolation, sensorische Deprivation, Kontaktsperre, Trennscheibe bei Besuchen, Überwachung des Schriftverkehrs, auch den mit dem Verteidiger nach § 148a StGB.
Übersehen wird auch bei dieser Argumentation, daß die sogenannten Anti-Terror-Gesetze, die nach dem Deutschen Herbst 77 in Kraft getreten sind, auf jeden Gefangenen anwendbar sind. Übersehen wird auch, daß ein bloßes Bekenntnis zur Resozialisierung im StVollzG noch lange keine Resozialisierung ermöglicht, solange über sämtlichen relevanten §§ im StVollzG der Gummibegriff von Sicherheit und Ordnung steht.
2.) „Grundsätzlich muß es möglich sein, zu jedem Gefangene in der BRD Kontakt aufzunehmen, aber inhaltlich können wir die Sache nicht unterstützen."
Bei dieser Aussage wird übersehen, daß es notwendig ist, sich mit Gefangenen aus bewaffneten Kampfgruppen auseinanderzusetzen und man es nicht dabei belassen kann, ihre bloße Existenz zur Kenntnis zu nehmen, und ansonsten mit den anderen „Normal"gefangenen nach dem caritativen und reintegrativen Konzept zu arbeiten.
3.) Der Kontakt wurde aufgenommen, denn uns geht es darum, sich mit den Gefangenen auseinanderzusetzen, durch den Kontakt die Isolation abzuschwächen und darüberhinaus Informationen über staatliche Repressionen und die besonderen Haftbedingungen zu erhalten, um dann die Möglichkeit zu haben, informative, bewußtseinsbildende Öffentlichkeitsarbeit zu machen, denn zu den wichtigsten Legitimationsanstrengungen des Gefängnisses gehört der Versuch, die indirekten Kontrollfunktionen des STrafvollzugs zu verbergen. Hinter einer Fassade von Individualisierung verschleiert das Gefängnis die Tatsache, daß es vor allem auf die Konformen ausgerichtet ist. Es verdeckt seine Funktion, einen Sündenbock, ein Feindbild zu stellen oder als latente Drohung über die Einhaltung konformer Verhaltensweisen zu wachen. Eine politische Arbeit, die darauf gerichtet ist, das menschenverachtende System des Strafvollzugs zu beseitigen, muß hier ansetzen. Sie muß das Gefängnis demaskieren und als Herrschaftsmittel ausweisen. Sie muß der Rationalisierung der Freiheitsstrafe gegenüber der Öffentlichkeit für die Vollzugsverwalter und die Justizpolitiker immer schwieriger gestalten und so den Weg für eine gemeinsame, grundsätzliche Kritik von Gefängnis und Gesellschaft öffnen"
Da Aufgrund der Aussagen in den Punkten 2/3 für den Antrag keine Vereinsmehrheit zustande kam, legte Schulte-Altedorneburg seine Projekt- und Vorstandsverantwortlichkeit mit den Worten nieder: „ Ich sehe keine Möglichkeit, im Verein eine Mehrheit auf mich zu vereinen . . . "

Auflösung des Vereins

Der Verein löst sich durch Vereinsbeschluß am 4. 4. 79 auf und wurde somit das Opfer staatliche R esozialisierungs-Vorstellungen. Oder die Repression der Reaktion hatte Erfolg und die Erfüllungsgehilfen klatschten mit klammheimlicher Freude.

Für uns vom ID hat die Patenschaftsidee noch keine erfreulichen Erfahrungen gebracht. Häufig haben wir erfahren, daß Gefangene, denen wir schon lange den ID schickten, gar nicht mehr unter der uns bekannten Adresse zu finden waren. Dadurch, daß die Paten den Gefangenen Briefe schreiben, kamen diverse Knastbürokraten auf die Idee, mitzuteilen, die Gefangenen seien unbekannt verzogen, verschubt. Neue Adressen wurden nicht mitgeteilt. Die Gruppe, die uns den obenstehenden Bericht schickte, fragte uns nach Erfahrungen, die wir mit Anzeigen gegen Knäste gemacht haben, nach Reaktionen von Gefangenen. Wir können diese Fragen nicht beantworten und reichen sie an die Leser, an die Paten weiter.

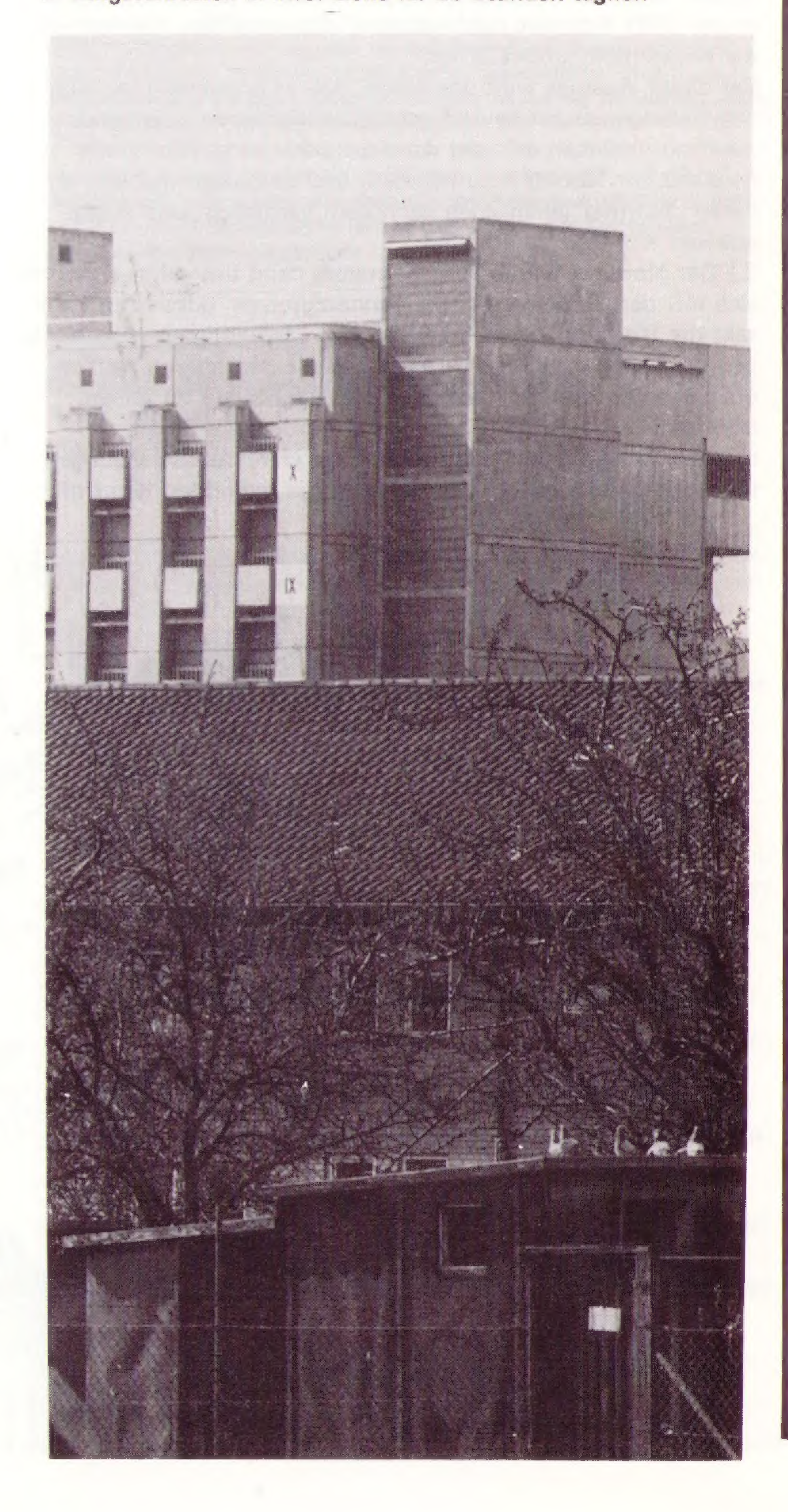
Weitere Informationen bei: Karin Schweer, Sonderburgstr. 3 5800 Hagen



BRIEF DER „FREUNDE VON ASTRID PROLL"

Hannover 25. April *Der Brief von den „Friends of Astrid Proll" kam mit Kurier zu uns nach Frankfurt. Die „Freunde von Astrid" haben schlechte Erfahrungen mit der Postzustellung über den Kanal gemacht; offensichtlich wurden Briefe abgefangen, Umschläge geöffnet.*
Die Nachricht im folgenden Brief, daß Astrid Proll nach Risley verschubt worden ist, ist inzwischen überholt. Sie wurde am 20.4. wieder nach Brixton verlegt.

„Liebe Freunde,
die Kampagne „Friends of Astrid Proll" fährt trotz widriger Umstände fort, Astrid in ihrem Kampf gegen die Auslieferung nach Westdeutschland zu unterstützen.
Ihr habt sicherlich schon bemerkt, daß der deutsche Staat mit Hilfe Großbritanniens enormen Druck auf sie ausübt, obgleich die Staatsschützer wissen, daß sie schon einmal fast vernichtend ihre Gesundheit gebrochen haben. Der Staat versucht sie zu zwingen, zwischen einem politischen Standpunkt und völliger Selbstverleugnung zu wählen. Wir wissen, genausogut wie Astrid selbst, daß dies keine Wahl ist. Der Staat wird alles tun, um sie für seine Zwecke zu benutzen - und wir haben erkannt, daß sie ihm zu dieser Zeit sehr nützlich sein könnte. Alles was sie tun kann ist weiterhin zu sagen, wer sie ist, ihr Leben darzulegen, das sie mit solcher Schwierigkeit aufgebaut hat, nachdem der Staat sie zu zerstören versucht hatte, und zu sagen, daß NIEMAND SOLCHEN HAFTBEDINGUNGEN UNTERWORFEN WERDEN SOLL, NIEMALS UND AUS KEINEM ANLASS.
Wenn Innenminister Gerhard Baum sagt, „es ist mein Ziel, westdeutsche Terroristen zu isolieren", so ist das keine leere Drohung. Das beweisen die jüngsten Nachrichten von der Behandlung Gefangener wie Werner Hoppe und Günter Sonnenberg, beweist auch das harte Urteil gegen Verena Becker. Aber wir hören auch vom Widerstand gegen diese Unterdrückung und von Leuten, die draußen und drinnen im Gefängnis kämpfen, um diese und viele andere Gefangene zu unterstützen. Wir werden durch ihre Erfolge ermutigt.
Aber wir wissen, daß der Staat sich Astrid nützlich machen will, falls sie nach Westdeutschland zurückkehrt. Die Propaganda hat schon begonnen und die Versuche, sie zu isolieren und ihre Unterstützer durch Gerüchte und mit Hilfe der bürgerlichen Presse zu untergraben, haben klargemacht, was jene von ihr wollen.
Es ist äußerst wichtig, daß wir uns nicht von dieser Propaganda kontrollieren lassen, daß wir weiterhin klar im Kopf behalten, was Astrid durchgemacht hat - ihre fast tödliche Inhaftierung in Isolationsfolter und den Tod vieler ihrer Freunde. Wir können nur erahnen, was der Verlust ihrer Genossen in Stammheim für sie bedeutet haben muß, und wie sie davon heute noch betroffen ist. Sie muß auf unsere Unterstützung in diesem Kampf vertrauen können um für schwere Zeiten gestärkt zu sein. Sie ist schon enormen Druck unterworfen, der nur noch stärker werden wird. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Staat in seinen Versuchen erfolgreich ist, ihr den Rückhalt zu nehmen.
Astrids Fall hat viel dazu beigetragen, die internationale Aufmerksamkeit auf Haftbedingungen in Westdeutschland zu lenken. Jetzt gibt es viele in Großbritannien, die wissen, was mit diesen Gefangenen geschieht, und die weiter für die Rechte der Gefangenen kämpfen und aufmerksam machen werden auf die europäische Zusammenarbeit in der Unterdrückung Gefangener in ganz Europa.
Um euch einen Eindruck von dem Druck zu geben, dem Astrid zur Zeit ausgesetzt ist, hier einige Beispiele der psychologischen Kriegsmittel, die gegen sie vom deutschen und britischen Staat angewendet werden: Es wurde eine fünfzehnminütige Fernsehsendung im britischen Fernsehen gebracht, angeblich um ihren Fall zu besprechen. Aber in Wahrheit gab man der westdeutschen Regierung eine Möglichkeit, starken Druck auf sie auszuüben. In der Sendung meinte Staatsanwalt Christoph Schäfer, es sei seine „Pflicht" Astrids Fall zu verfolgen und sie müsse trotz ihres neuaufgebauten Lebens mit ihrer Vergangenheit und den Anschuldigungen gegen sie ins Reine kommen. Dann kamen Bilder aus dem Gefängnis Preungesheim, in das sie im Falle ihrer Auslieferung kommen wird. Es wurden zwei Zellen vorgestellt: die erste war kahl, weiße Wände, mit einem hohen Fenster, aus dem man nicht heraussehen konnte. Hier würde sie — so der Kommentar — hineingesteckt, falls sie nicht „freiwillig" zurückkehrt, wie der deutsche Staat es ihr geraten hat. Die zweite Zelle war mit Teppich ausgelegt, dazu Spiegel und Blumen. Dorthin, so hieß es, würde sie wahrscheinlich gebracht, wenn sie jetzt zurückkehrt und ihren Kampf gegen die Auslieferung aufgibt! Erwarten jene wirklich von ihr, daß sie das glaubt?
Etwa zwei Wochen nach der Ausstrahlung dieser Sendung wurde Astrid Proll plötzlich und grundlos in das Untersuchungszentrum Risley im Norden Englands überführt. Während die Haftbedingungen in Brixton (einem Männergefängnis) schon schlimm genug gewesen waren, waren die Bedingungen in Risley denen in Köln-Ossendorf erschreckend ähnlich.
1. 24 Stunden am Tag brennende Beleuchtung
2. Eingeschlossen in ihrer Zelle für 23 Stunden täglich



3. Eine bis auf ein Beton-Bett mit Matratze leere Zelle
4. Ihre Kleidung wurde ihr um vier Uhr nachmittags weggenommen und erst am nächsten Morgen um acht Uhr zurückgegeben.

Unter diesen Bedingungen wurde sie zweieinhalb Wochen gehalten. Wir meinen, es ist kein Zufall, da sie doch am 30. April vor Gericht muß, um ihr Recht auf britische Staatsangehörigkeit geltend zu machen, was sehr wichtig für ihren Verbleib in diesem Lande und für den Kampf um politisches Asyl ist. Es ist offensichtlich, daß der britische und deutsche Staat Hand in Hand zusammenarbeiten, um sie bei ihrem Kampf zu terrorisieren und zu demoralisieren. Wir müssen ihr weiter die Stärke geben, die sie für die Fortführung dieses Kampfes braucht.
In Solidarität, ein(e) Freund(in) von Astrid Proll."

Kontaktadresse: „Friends of Astrid Proll", 109, backchurch lane, Whitechapel, London E 1.

Schreibt Astrid im Gefängnis: Astrid Proll, B 22188, Brixton Prison, Jebb Avenue, SW 2 London 5 x F.

„WIR HABEN DIE EINHEIT DES WIDERSTANDES HERGESTELLT ..."

FRANKFURT 26. April *Zwei ID'ler sind in den Prozeß gegen die Besetzer des frankfurter dpa-Büros gegangen. In den nachfolgenden beiden Berichten geben sie ihre Eindrücke wieder:*

Anmerkungen zu einem Prozeß ohne Verteidigung

Über einen Prozeß zu schreiben, heißt Partei ergreifen. In einem Gerichtsprozeß prallt das Strafverfolgungsinteresse des Staates auf den Freiheitswillen des angeklagten Individuums. Ein Mensch vor Gericht entschuldigt, legitimiert oder rechtfertigt sich, beruft sich auf die Rechtsmaximen des Gerichts oder stellt sie infrage, greift sie an; aber in jedem Fall verteidigt er sich, seine Freiheit,sein Leben. Parteinahme hat dies als Ausgangspunkt: den Interessengegensatz zwischen einem Staat, der Delinquenz saktioniert und dem einzelnen Menschen, der sich dagegen wehrt. Für denjenigen, der in den seit einem Monat laufenden dpa-Prozeß geht, fängt die Schwierigkeit hier an.

Am 6. November 1978 hatten elf Männer und Frauen versucht, das frankfurter dpa-Büro zu besetzen. Außer einigen Knüppeln, die kein einziges Mal benutzt wurden, hatten sie keinerlei Waffen dabei. Der Zweck der Aktion war, über den Fernschreiber der Agentur eine Erklärung an alle westdeutschen Zeitungen zu übermitteln, in der auf die Situation der Gefangenen Karl-Heinz Dellwo und Werner Hoppe hingewiesen wurde. (Im ID waren über beide mehrere Artikel veröffentlicht.) Diese Erklärung war im üblichen Kommando-Erklärungsstil abgefaßt, der letzte Absatz lautete:

> „Unsere Aktion geht aus von der Einheit des Widerstandes. Seit Jahren laufen Entsolidarisierungskampagnen der psychologischen Kriegsführung mit dem Ziel, die Guerilla zu isolieren, die Linke zu spalten, die Bedingungen zu schaffen, wo mit der exemplarischen Liquidierung der Gefangenen aus der RAF die Spitze des Widerstands gebrochen werden soll, um zu demoralisieren und den Staat aufzurüsten.
> Der Widerstand der Gefangenen ist unser Kampf. Unsere Aktion zum Schutze der Gefangenen meint den imperialistischen Staat als Ganzes, ist Teil des antiimperialistischen Kampfes, in dem sich für uns die Notwendigkeit stellt, die Begriffe der Guerilla auf allen Ebenen mit allen denkbaren Formen des offensiven Widerstandes aufzugreifen und weiterzuentwickeln.
> Den antiimperialistischen Kampf offensiv führen — die Politik bewaffnen! Den Kampf der Gefangenen draußen aufgreifen — die Guerilla aufbauen!"

Diese Erklärung war unterzeichnet mit „Kommando Michael Knoll und Willy Peter Stoll". Wie sich nun herausstellte, war das erste, was der diensthabende Redakteur tat, als er die elf Gestalten zur Tür hereinstürmen sah, daß er den Alarmknopf drückte. Deshalb dauerte es nur wenige Minuten, bis mehrere Mannschaftswagen vorfuhren und alle verhaftet wurden. Die Erklärung konnte in der kurzen Zeit natürlich nicht eingegeben werden.

Daß der Hauptanklagepunkt nicht etwa Hausfriedensbruch oder versuchte Nötigung ist, sondern „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung", ist natürlich der Erklärung zu verdanken. Und nun haben zumindest einige, die „Älteren", die schon während der Hochkonjunktur der „Komitees gegen die Folter" bei Aktionen erfaßt wurden, Höchststrafen zu erwarten.

Der Prozeß hat am 2. April angefangen. Mensch kann eine unterschiedliche Auffassung darüber haben, was politische Verteidigung vor einem bürgerlichen Gericht bedeutet. In der Regel wird sie sich den Umstand zunutze machen, daß sich staatliches Handeln oft im Widerspruch zu seinen eigenen gesetzlichen Grundlagen befindet. Das heißt in diesem Fall, daß das, was im letzten Jahr mit Karl-Heinz Dellwo und Werner Hoppe geschah, eben nicht nur moralisch eine Ungeheuerlichkeit, sondern auch im juristischen Sinne Unrecht war. So verstehe ich Gudrun Ensslin, die gesagt hat: „Wir können die Schweine nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen, aber wir können sie zwingen, immer unverschämter zu lügen." Aber in diesem Prozeß gibt es nicht den Versuch einer politischen Verteidigung. Mensch hat den Eindruck, daß das Verhältnis von Gericht und Angeklagten eins der gegenseitigen Bestätigung ist.

Über dem Geschehen schwebt die stumme Übereinstimmung über die bevorstehende Verurteilung. Keiner in diesem Saal zweifelt daran, daß es harte Urteile geben wird, und jeder Satz, der gesprochen wird, nimmt im Grunde nur die Unvermeidlichkeit der Verurteilung vorweg. Hier ist alles vermessen: Wegen dieser Aktion ein Prozeß mit hohem Sicherheitsaufwand, auf mehrere Monate anberaumt. Zwei Dutzend Anwälte (Vertrauensanwälte & Pflichtverteidiger) drängeln sich auf den Bänken. Unabhänging von Antagonismen Imperialismus—Befreiung, Guerilla—Staat, die im Gerichtssaal realisiert werden sollen, scheinen sich alle Prozeßbeteiligten darauf geeinigt zu haben, aus Prestigegründen die dpa-Besetzung zu einer Staatsaffaire ersten Ranges aufzupumpen.

> „Uns macht dieser angebliche Versuch, antiimperialistische Politik zu kriminalisieren / justiziabel zu machen, schon Spaß, weil er nur die politische Korruption der deutschen Justiz dokumentiert, die ja ihre berüchtigte Tradition hat und die inzwischen mit ihrer Einfügung in die Strategien der Counter-Insurgency politisch-militärisch bestimmt ist."

So beginnen die Angeklagten am Donnerstag, den 19. April ihre Erklärung „zur Sache". Aber was da kommt, ist eigentlich gar keine Erklärung zur Sache. Da rollt ein Weltbild ab, ein globaler Zugriff auf die Wirklichkeit, der sich in vier, fünf Begriffsgegensätzen erschöpft.

> „Die ganze Konstruktion der Anklage mit ihren Fiktionen zeigt nur in welchem Maß der imperialistische Überbau die Beziehung zu allem was Leben in der Geschichte ist, entzogen. Sie zeigt die Schärfe des Widerspruchs im Bruch zwischen Gesellschaft und Staat. Sie zeigt, wie zwischen wirklichem Leben und imperialistischer Legalität ... alle Vermittlungen weggefallen sind. Das Verhältnis ist Krieg ..."

Die Gefangenen sind gar nicht mehr in diesem Gerichtssaal. Sie sind auf einer großen Reise um die Welt; im III. Weltkrieg der Völker gegen die imperialistischen Metropolen, Arm in Arm mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, von Palästina, Vietnam, Irland, Baskenland, mit UNO und Genfer Konvention. Eine Welt, in der alles ineinander greift. Alle möglichen analytischen Segmente tauchen auf, aus denen sich der bewaffnete Guerillakampf als die einzige konsequente revolutionäre Handlungsperspektive ableiten läßt. Die Weltgeschichte mündet in der RAF:

> „Wie sich die RAF durch die Entwicklung des bewaffneten Kampfs hier der Front der internationalen Befreiungskriege gestellt hat, hat sie strategisch den Weg gezeigt, wie das imperialistische System zu zerschlagen ist, hat die Aktualisierung antiimperialistischer Politik in den Metropolen wieder hergestellt ...

hat sie das Ziel aller für Befreiung kämpfenden antizipiert: Die höchste Stufe menschlicher Entwicklung: Die Weltkommune freier Völker hergestellt ...
Der Angriff der RAF gegen die BRD-Botschaft in Stockholm und die Hinrichtung Bubacks waren präzise Interventionen gegen Zentrum und Agentur der Faschisierung, die Modellhaft

trum und Agentur der Faschisierung, die — modellhaft in der BRD institutionalisiert — Westeuropa aufgezwungen werden soll ...
Wenn „terroristische Vereinigung" als Bezeichnung für irgendetwas zutrifft, dann für die Clique von Buback, Ponto, Schleyer. In Berliner Betrieben haben die Arbeiter gesungen:
Buback, Ponto, Schleyer — wir werden immer freier!"

Mann unterbricht sie nur einmal. Der Staatsanwalt sieht das Andenken Verstorbener in Gefahr. Aber die Sache ist schnell vom Tisch. Die Gefangenen kommen zum Schluß und erklären, daß der Prozeß, vor dem sie sich verantworten, mit „dieser Veranstaltung nichts zu tun" hat. In diesem Prozeß gibt es keine politische Verteidigung. Der Spielraum, in dem die Verteidiger agieren, beschränkt sich darauf, das Gericht auf seine eigenen Formfehler, juristischen Unhaltbarkeiten hinzuweisen. Derer gibt es allerdings genug. Der Ethos des linken Rechtsanwalts verbietet es, eine Verteidigung gegen den Willen des Angeklagten durchzuführen. Soviel zur Parteinahme des Verteidigers. Ich möchte mir eine Interpretation der Prozeßstrategie der Angeklagten weitgehend ersparen. Die Fatalität, mit der hier die Aussicht auf ein jahrelanges Verschwinden in den Isolationstrakten deutscher Gefängnisse als die Erfüllung eines revolutionären Schicksals betrachtet wird, ist für mich auf erschütternde Weise Antizipation und Nachvollzug von Bedingungen, unter denen Menschen im Gefängnis gebrochen werden sollen, als ob sich die Angeklagten mit einer selbstauferlegten Verarmung das einzige Pendant zum Knast als Lebensqualität schaffen wollten. Ich wünsche den dpa-Besetzern die Demütigung eines Freispruchs.
Lukas, ID.

„... Wie sich eine Meldung verkaufen läßt"

Zu Beginn der Verhandlung wurde der Leiter des Frankfurter dpa-Büros, Schulze Andree, als Zeuge der Anklage vernommen. Er schilderte, wie am Abend des 6. Novembers 1978 Maskierte „knüppelschwingend" in das dpa-Büro „stürmten". Als erste Reflexhandlung drückte er den Alarmknopf, mit dem die Polizei gerufen wurde. Die Besetzer riefen: „Seien Sie ruhig, Ihnen passiert nichts!" Daraufhin wurde er in einen Nebenraum geführt, wohin auch alle anderen Mitarbeiter gebracht wurden. Nach seinem Eindruck waren die Besetzer nervöser als er selbst. Er bestätigte, daß niemand geschlagen wurde. Als die Polizei eintraf, wurden die Besetzer festgenommen.

Nach einigen Fragen des Richters und der Ausbreitung der beschlagnahmten Gegenstände — abgesägte Besenstiele, Pudelmützen und weiße Tücher — auf dem Tisch des Hohen Gerichts stellte die Verteidigung einen Beweisantrag. Er sollte die politischen Rahmenbedingungen sowohl der dpa-Besetzung als auch der Arbeit einer großen Presseagentur verdeutlichen, bevor der Zeuge weiter befragt werden könnte.

Dazu führte die Verteidigung an, daß die Staatsschutzorgane angesichts des lebensbedrohlichen Gesundheitszustands von Werner Hoppe ein Klima zu schaffen versuchten, in dem sein Tod und weitere Tode von Gefangenen „geschluckt" werden könnten. In der Konfrontation mit dem organisierten Schweigen der Presse sahen die Angeklagten einen „Angriff auf staatsschutzorientierte Medien" als einziges Mittel zur Durchbrechung der Nachrichtensperre und zur Schaffung von Gegenöffentlichkeit.

Die Angeklagten verlasen anschließend den gesamten Beweisantrag. „Wir beantragen, den Leiter des Instituts für Strategie and Conflict (ISC) zu laden zum Beweis dafür, daß die Medien der NATO-Staaten integrierter Bestandteil der Anti-Guerilla-Kriegsführung sind, daß sie darin als Organe der psychologischer Kriegsführung zur ‚Eroberung der Hirne und Herzen' ... eine hervorragende Funktion haben." Im folgenden wird die militärstrategische Funktion der Medien beschrieben, als deren kompetente Zeugen u.a. Klaus Bölling, Rebmann, die Vorsitzenden bzw. Intendanten von ARD und ZDF sowie die Chefredakteure von „WELT", „FAZ", „FR", „BILD", „SPIEGEL", „STERN", „ZEIT", „KONKRET" usw. geladen werden sollen. Das Fernschreiben von Regierungssprecher Bölling an die Chefredaktionen der Sendeanstalten und der anderen Massenmedien im deutschen Herbst 77 wurde als Beweis für die militärstrategische Gleichschaltung der Medien verlesen, in dem es u.a. heißt: „Mit dem Vorsitzenden der ARD, Herrn Hess, mit dem Indendanten des ZDF, Herrn von Hase und den Chefredakteuren der deutschen Presseagentur und des deutschen Depeschendienstes habe ich heute morgen verabredet, daß die Rundfunk- und Fernsehanstalten und die beiden deutschen Agenturen in der Berichterstattung über die Entführung von Dr. Hanns-Martin Schleyer mit größter Behutsamkeit vorgehen und Nachrichten, die tatsächlich oder dem Anschein nach von den Terroristen oder ihren Helfern stammen, erst nach Konsultationen mit der Bundesregierung verwenden wollen." Desweiteren sollte bewiesen werden, daß die Medien gezielte Falschmeldungen verbreiten, sich in die staatliche counter-strategy einfügen, um die RAF zu diskreditieren, zu isolieren und Ängste und Aggressionen gegen sie zu schüren. Es folgte eine lange Auflistung von Tatbeständen, die die enge politische Zusammenarbeit zwischen Regierung, Staatsschutz und Massenmedien mit dem Ziel der Liquidierung von Widerstand, der meist mit der RAF gleichgesetzt wurde, belegen sollte.

Zum Beweis für die internationale Verflechtung von Counter-Strategien sollten der CIA-Chef Turner, BKA-Chef Herold, Verfassungsschutzchef Meier, der Cef des MAD, der ehemalige BND-Chef Wessel u.v.a.m. als Zeugen geladen werden. Außerdem wurde beantragt, Vertreter der PLO, der vietnamesischen Botschaft, der kubanischen Botschaft, der „Patriotischen Front" von Zimbabwe, der „SWAPO", der Regierung von Guinea-Bissao, der CISNU u.a. zu laden, um zu beweisen, daß die westdeutschen Medien seit Jahren Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Widerstand propagandistisch diskreditieren und völkerrechtswidrige Kriegshetze im Sinne imperialistischer Interessen betreiben. Zum Schluß faßte die Verteidigung zusammen, daß „die Medien ihren Verfassungsauftrag schon lange gebrochen haben", daß sie die völkerrechtlichen Prinzipien der Medien, insbesondere „den Kampf gegen Rassismus, Apartheid und Kriegshetze" „tagtäglich mit Füßen treten, daß die dpa-Besetzung als exemplarische Widerstandsaktion sowohl nach innerstaatlichem Recht, als auch nach den Prinzipien des internationalen Völkerrechts legitim, nicht nur rechtens, sondern auch Pflicht war, daß insofern das Verfahren sofort einzustellen und die Gefangenen freizulassen sind." Der Antrag der Verteidigung auf Zurückstellung der Zeugenvernehmung wurde vom Gericht abgelehnt, der Beweisantrag würde später „gewürdigt". Wir wissen wie.

Die zweite oder dritte Frage der Verteidigung nach der journalistischen Tätigkeit des dpa-Redakteurs wurde vom Gericht nicht zugelassen — juristisches Wortgeplänkel. Originalton des Staatsschutzrichters: „Die Frage ging zu einem noch nicht entschiedenen Beweisthema (s. Beweisantrag)". Plötzlich schaltete sich der sonst so stille Staatsanwalt ein und erlaubte die Frage. Es lebe die Unabhängigkeit des Gerichts! Auf Fragen der Verteidigung bekannte der altgediente Redakteur (20 Jahre bei dpa) dann: „Ich lege den Maßstab an, wie sich eine Meldung verkaufen läßt." Es gab auch „keine Nachrichtensperre" im Herbst 77 oder zu Fragen der Haftbedingungen, „Teile von Erklärungen wurden über Fernschreiber verbreitet". Von dem o.g. Bölling-Fernschreiben „wußte er nichts", allerdings wurde während der Schleyer-Entführung „vorsichtig formuliert". Er bestritt einen „staatlich verordneten Sprachgebrauch" bei dpa, allerdings komme es bei jeder Meldung, die er zu redigieren habe

(Auswahl, Kürzung, Formulierung) auf den „Nachrichtenwert" an. So habe er eine Meldung über Karl-Heinz Dellwos Zustand, die von seinen Anwälten kam, durchgegeben, aber natürlich nicht in „epischer Breite". Selbstverständlich „recherchiere" er bei Meldungen über Terrorismus u.ä. beim Bundeskriminalamt, „um den Wahrheitsgehalt zu überprüfen". Auch gebe es einen Nachrichtenverbund, der weltweite Kontakte und Nachrichtenübermittlung schaffe. Der dpa-Redakteur wird am 2. Mai weiter vernommen werden, wozu er alle eingegangenen bzw. „gesendeten" Meldungen über Karl-Heinz Dellwo und Werner Hoppe mitbringen soll.

Gerade an diesem Prozeßtag wurde für mich überdeutlich, daß die tatsächliche Aktion, die wirklich nicht mehr als ein etwas verschwörerisch aufgezogenes Go-in war, in keinem Verhältnis zu den politischen und damit menschlichen Folgen steht. Daß die Staatsschutzjustiz aus den Angeklagten „Terroristen" macht und sie für Jahre in den Knast bringen will, ist klar. Daß aber die Angeklagten selber mit ihren Kommando-Erklärungen und den Erklärungen vor Gericht (s. Erklärung zur Sache) frei Haus den juristischen Tatbestand des § 129a erfüllen – und das halt wirklich nur mit Worten – ist auch dann schwer zu verstehen, wenn mensch auf politischer Verteidigung besteht. Gefangene Linke sollen es der Justiz schwer machen, so schwer wie möglich, sie zu verurteilen. Der Versuch ist es wert, auch wenn keine Illusionen über die „Urteilskraft" deutscher Staatsschutzgerichte bestehen. Karl-Heinz Roth säße noch heute im Knast, hätte er sich wie die dpa-Besetzer verhalten. Was helfen politische Bekenntnisse, wenn sie keine wirksamen Angriffe auf die Justiz enthalten, die prozeßrelevant sind? Politische Verteidigung heißt neben der Artikulation der politischen Motivation und Verdeutlichung der gesellschaftlichen Zusammenhänge der Aktion (Tat) auch die Ausnutzung von Widersprüchen und Schwierigkeiten in der Anklage, zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft usw. So hat z.B. die Befragung des dpa-Redakteurs schon mehr Ansatzpunkte für eine politische Verteidigung der Angeklagten geliefert als der gesamte Beweisantrag, der – inhaltlich zwar richtig – in der konkreten Verteidigungsführung kaum von Nutzen ist, weil er in Bausch und Bogen abgelehnt wird.

Die politischen Erklärungen vor Gericht sind Ausdruck der Identität der dpa-Besetzer und daher in Solidarität zu respektieren. Meine Betroffenheit rührt aber unter anderem daher, daß ich diese 11 Menschen und Genoss-inn-en nicht für Jahre im Knast verschwinden sehen will und glaube, daß sie das mit ihrer Art der politischen Verteidigung nicht verhindern können. Die Chance, es doch zu verhindern, wäre – bei aller Illusionslosigkeit – mit einer politischen Verteidigung, die sich auf die direkten Ziele der dpa-Aktion bezieht, wesentlich höher. Doch da liegt auch der politische Konflikt innerhalb der radikalen Linken, der weder mit Pharisäertum noch mit Denunziationen, sondern nur durch kritische Diskussion anzugehen ist. Und das ist wohl saumäßig schwer ...
Reinhard, ID.

GIESSEN „BUBAKAK"

Das Oberlandesgericht Frankfurt hat am 25. April entschieden, daß gegen die presserechtlich Verantwortliche der Biologie-Fachschaftszeitung „Die Klette" neu verhandelt werden muß. Das Gießener Amtsgericht hatte die Frau im Oktober 1978 von dem Vorwurf freigesprochen, mit der Veröffentlichung des Buback-Nachrufs vom Göttinger „Mescalero" im Juli 1977 eine Straftat begangen zu haben. Das Frankfurter Gericht dagegen sah ausgerechnet in der Überschrift „Bubakak" eine Billigung der Erschießung Bubacks. – Kontakt über den Allgemeinen Studentenausschuß der Universität, Leihgesterner Weg 16, 6300 Gießen, Tel. 0641 / 71558.

CARITAS IST LINKE POLITIK – NUR ANDERS

BERLIN *Die Berliner Rote Hilfe ist eine bewegte Gruppe. Im vergangenen Jahr kam es des öfteren zu Konflikten über schriftliche Äußerungen einzelner Gruppenmitglieder und darüber, daß diese im ID abgedruckt wurden. Ralf-Axel Simon schreibt:*

„Seit nunmehr anderthalb Jahren verkaufe ich die Zitty (eine Berliner Stadtillustrierte). Sicherlich keiner von den angenehmen Jobs, so bei Wind und Wetter durch die Kneipen zu ziehen und dafür auch noch von den angesoffenen Genossen angemacht zu werden. Jedoch verbinde ich diesen Job mit zwei Überlegungen: einmal will ich die Zitty unterstützen (weil sie im Kollektiv herausgegeben wird und fortschrittliche Artikel bringt), zum anderen geht es mir darum, mit meinem Handverkaufslohn einen politischen Etat zu erwirtschaften. Den habe ich von anfang an in den Knast gesteckt. In dem ersten halben Jahr waren es monatlich 500 DM, seit einem Jahr kommen 1000 DM im Monat zusammen (allerdings auch bei einem Aufwand von 40 Stunden pro Zitty-Woche), was dazu diente, politischen Gefangenen und solchen, die im Knast anpolitisiert wurden, mal ein Paket zu schicken, ihnen ein wenig Einkaufsgeld zu überweisen oder für sie eine Tageszeitung zu bestellen.

Die Verteilung des Geldes an die Gefangenen übernahm bislang die Rote Hilfe Westberlin. In der letzten Zeit sind aber all die alten, verbindlich arbeitenden Genossen mit einer berechtigten Kritik an der Gruppe aus der Roten Hilfe ausgestiegen (worden!). Zurück blieb ein total unverbindlicher Haufen: zu Ladendiensten (obwohl auf zwei reduziert, früher wurde er an jedem Werktag gemacht, und das ist auch notwendig) erscheinen die Verantwortlichen oft erst gar nicht oder kommen zu total beliebigen Zeiten, Post von Gefangenen wird des öfteren gar nicht beantwortet, Besuche werden verschlafen oder man verreist einfach zur Besuchszeit. Und jetzt die Spitze des Eisberges: zum zweiten Mal in diesem Jahr (und das ist eine „Leistung" bei den wenigen Paketen der RH an die Gefangenen!) wurde ein Paketschein verschlampt. Das heißt: Ein gefangener Genosse , der sich mit der Bitte um ein Osterpaket an die RH gewandt hat (und der sich seit Weihnachten auf dieses Paket gefreut hat!), erhielt weder das Paket noch ein Ablehnungsschreiben.

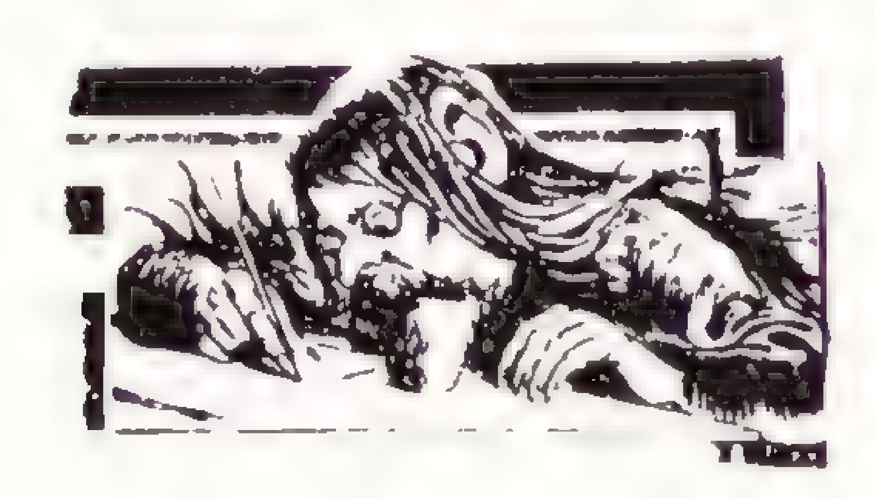
Da sich die RH also nicht einmal mehr für eine verbindliche materielle Versorgung der Gefangenen einsetzt (und das, obwohl Geld da ist), sehe ich mich gezwungen, den erarbeiteten politischen Etat von 1000 DM in eigener Regie mit Freunden an die politischen Gefangenen zu verteilen. Vielleicht motiviert das auch mal wieder die vor kurzem noch so zahlreichen Dauerspender (die einfach resigniert haben), mal wieder ein Zeitungsabo oder einen Paketschein zu übernehmen. Eins ist jedenfalls sicher: Jeder Spender (egal in welcher Höhe) erhält alle zwei Wochen das Knastblatt und sonstige kontinuierliche Informationen über die Knastarbeit, natürlich kostenlos.

Noch eins zum Schluß: Trotz dieser Maßnahme bleibe ich weiter Mitglied der RH, weil ich nur von innen auch verändern kann. Klar ist, daß ich sicherlich ein unerwünschtes Mitglied der Gruppe bin, wenn überhaupt, dann ein mit Unbehagen geduldetes (Letzteres ist aber bei dem Toleranzverständnis vieler Linker nicht einmal sicher, vielleicht ereilt mich das gleiche Schicksal wie den alten RH-Genossen). Es gibt nämlich viele Arten, jemanden zum Austritt zu bewegen: man kann es ihm direkt sagen, man kann ihn mit Unverbindlichkeiten zur Weißglut reizen oder einen Psychoterror veranstalten - leider findet die Gruppe für solche Sachen nachträglich immer eine „politische" Erklärung.

P.S.: Viele werden sagen, und viele haben gesagt, das, was du da machtst, ist ja Caritas. Na und, frag ich dann, und da ich mich ungern mit Schlagwörtern erschlagen lasse, frage ich nach der inhaltlichen Füllung des Schlagwortes Caritas. Meist kommt dann nur ein betretenes, peinliches Schweigen.

Genossen, wenn wir der rechten, kapitalistischen Politik, wo das menschliche Handeln von Profitinteressen gesteuert wird, eine Alternative, eine linke Politik, entgegensetzen wollen, dann dürfen wir die Bewegung nicht spalten in Caritas einerseits und linke Politik andererseits! Linke Politk bedeutet doch nichts anderes, als daß soziale Bedürfnisse unser Handeln bestimmen. Linke Politik ist Caritas, nur in systematischer und effektiver Form!"

Kontakt: Ralf-Axel Simon, Fritschestr. 23, 1000 Berlin-Charlottenburg



RECHTSSPRECHUNG ZUM STRAFVOLLZUG

Rheinbach 2. April — *Werner Schlegel schreibt aus dem Rheinbacher Knast:*

In verschiedenen Alternativ-Zeitungen, u. a. ID 274 und im Blatt München wurde ein Beitrag von P. P. Zahl veröffentlicht („Wichtiger Oberlandesgerichtsbeschluß für politische und soziale Gefangene"), der in einem Punkt korrigiert, in einem anderen ergänzt werden sollte.

Verschubung ist schon möglich, aber . . .

1.) In seinem Bericht schreibt PPZ, ein Vollstreckungsplan „könnte also, eingeklagt, das ständige 'Verschuben' des Knackis verhindern helfen oder das beliebige Verteilen von „Terroristen" auf abgelegene Anstalten nach dem ominösen 'Länderschlüssel'!" Hier irrt er ebenso, wie bei der Annahme, ein aufgestellter Vollzugsplan , der Zeitpunkte für Lockerungen oder gar Urlaub enthält, würde „(bedeuten), daß die Herren des Morgengrauens, konkret: Innenministerium und LKA, die verfassungswidrig bei uns in den Vollzug reinregieren, sich auf die Dauer aus dem Staub machen müssen."
Sowohl das Strafvollzugsgesetz (§ 8 Ziff. 2 StvollzG) liefert die Handhabe, legalisiert, für die ständigen Verschubungen, unter Berufung auf die Gummibegründung „wenn dies aus Gründen der Vollzugsorganisation oder auch aus anderen wichtigen Gründen erforderlich ist", wie auch gerade im Fall der politischen Gefangenen diese Möglichkeit durch einen OLG-Beschluß zusätzlich abgesichert wurde. (OLG-Stuttgart 4 VAs 50/77, vom 19. 7. 77 sowie 14 Strafvollstreckungskammer 15/77 Landgericht Wiesbaden vom 26, 8. 77. Anmerkung zu letzterem: Die Strafvollstreckungskammern dürfen bei ihren Entscheidungen nur dann von denen anderer abweichen, wenn sie eine andere Rechtsauffassung vertreten. Allerdings bedeutet dies dann zugunsten des Gefangenen die automatische Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde vor dem zuständigen OLG, bestätigt durch Vollz (Ws) 20/77 OLG Hamburg v. 4. 1. 1978). Wichtig ist dabei allerdings in der Tat: Während einerseits die jederzeitige Verschubung möglich ist, kann sie trotz der o. a. Beschlüsse und Entscheide im jeweiligen Einzelfall mit einem Antrag auf gerichtliche Entscheidung angefochten werden. Dies ist nicht sinnlos, da die genannten Entscheidungen lediglich die grundsätzliche Zulässigkeit der Verlegung, unter Abweichung vom Vollstreckungsplan bestätigen. Bei der gerichtlichen Entscheidung hat die Vollzugsbürokratie substantiert darzulegen, weshalb sie die Verlegung des Gefangenen für erforderlich hielt. Substantiiert meint, gegenüber den Gründen, die der Gefangene gegen seine Verschubung vorbringt. Auf jeden Fall wird — so entnervend der lange Rechtsweg auch für den einzelnen sein mag — spätestens bei der 2. Verlegung in ein anderes Bundesland die Begründung für die Vollzugsbürokratie problematisch werden. Erst recht — und dies ist unbedingt zu empfehlen — wenn der Gefangene taktisch klug vorgeht und die Möglichkeiten des 'Rechtswegs' nach § 109 f StvollzG VOLL ausnutzt. Heißt: er hat zwei Möglichkeiten. Er beschreitet den Rechtsweg GEGEN die Verlegung und stellt parallel dazu den Antrag auf Verlegung in einen Knast seiner Wahl, in einem Bundesland seiner Wahl. Das kann ein anderer Knast und ein anderes Land sein, als der (das) aus dem die Verlegung erfolgte: oder es kann gleicher Knast und gleiches Land sein. In der juristischen Sprache rangiert dies unter dem Titel **Vornahmeantrag**. Was für den Gefangenen nichts anderes bedeutet als: nicht immer nur reagieren, indem er selbst Maßnahmen beantragt und bei Ablehnung versucht wird, deren Durchsetzung gerichtlich zu erreichen. Das mindeste was dabei herauskommt: Der Vollzugsbürokratie wird die umfangreiche Arbeit, die SIE bei jedem Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu leisten hat (Abgabe umfangreicher Stellungnahmen etc.) bald bis obenhin stehen; es werden immer mehr gerichtliche Entscheidungen ergehen, die nach und nach real zu einer Vereinheitlichung der Vollzugspraxis von Flensburg bis Freiburg führen dürften.

Fazit: Der Vollstreckungsplan ändert nichts an Verlegungsterror, aber jede einzelne Verlegung kann vors Gericht gezogen werden.

Der Vollzugsplan und die Herren des Morgengrauens

Auch der Vollzugsplan wirft die Herren des Morgengrauens — leider! — nicht aus den Gefängnissen. Ich selbst darf mich seit 1976 eines Vollzugsplans erfreuen. Die Maßnahmen der Häftlingsüberwachung existieren trotzdem. Sie sind — unabhängig vom Vollzugsplan, der die 'Resozialisierung' des Gefangenen 'beinhaltet' — gedeckt durch die im Endeffekt immer vorgehende Generalklausel von Sicherheit und Ordnung. Dabei kommt auch hier die berühmt-berüchtigte Amtshilfe zum tragen. Nicht etwa, daß die Herren des Morgengrauens von sich aus böswillig tätig würden, nicht doch, sie wurden im Wege der Amtshilfe via Anstaltsleitungen und Justizminister darum **ersucht**, „da die normalausgebildeten Justizminister daru

normalausgebildeten Vollzugsbeamten nicht in der Lage sind, die die besonderen Sicherheitsaufgaben bei den politisch motivierten Gewalttätetern ohne diese Unterstützung zu bewältigen." So die offizielle Sprachregelung, auch wenn manche Anstalten — so bei mir — die Morgengrauschrecken lieber heute als morgen zum Teufel jagen würden... Gegen diese Amtshilfeleistung ist pauschal gerichtlich nicht anzugehen. Es gibt nur eine Möglichkeit: Jede einzelne Maßnahme der Häftlingsüberwachung per Antrag auf Aufhebung zu knacken versuchen. Wird er abgelehnt — gegebenenfalls nach Verwaltungsvorverfahren —, folgt der Antrag auf gerichtliche Entscheidung.

Merksatz: Bei allen Anträgen auf gerichtliche Entscheidung versuchen, die Begründung durch Zitierung anderer Kammerbeschlüsse in ähnlichen Parallelfällen zu stützen und weniger durch Argumentationen, die auf dem eigenen (Un-)Rechtsempfinden basieren, so schwer es manchmal auch fallen mag, auf letzteres weitgehend zu verzichten. Zitierung, mit Aktenzeichen, anderer Strafvollstreckungskammerbeschlüsse — noch besser OLG, soweit vorhanden — ist wichtig, wie schon erwähnt, um von vornherein die materielle Grundlage für eine eventuell nötig werdende Rechtsbeschwerde zu schaffen.

Rat für Jailhouse Lawyers

Damit die ganzen Anregungen auch in der Praxis verwendbar sind der Tip: Durch Freunde/innen, Genoss(inn)en, Angehörige, Knastgruppen sich zusenden lassen oder selbst bestellen: RECHTSSPRECHUNG ZUM

STRAFVOLLZUG UND ZUR STRAFFÄLLIGENHILFE '77 (Sonderheft der Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, Jahrgang 26) und '78! Bezug: Geschäftsstelle des Bundeszusammenschlusses für Straffälligenhilfe, Friedrich-Ebert-Straße 11a, 5300 Bonn 2. Pro Exemplar DM 3,— plus Porto. Eine Ausgabe, die absolut lohnt.

Beide Nummern enthalten je 70 Seiten die wichtigsten StVK- und OLG-Entscheide in Sachen Strafvollzugsgesetz. Am Schluß jeden Heftes ein Sachregister, nach Stichworten alphabetisch geordnet, (Beispiel: „Abschiebungshaft, Akteneinsicht, Anstaltsarzt", usw.) und ein Gesetzesregister, auf welche Paragrafen des StVollzG etc. sich die Entscheidungen beziehen. Diese enthalten zuerst im Fettdruck die Begründungsleitsätze, danach die Begründung selbst, zuletzt folgt Aktenzeichen.

Beide Hefte sind auch wichtig für alle Außenstehenden, die in irgendeiner Weise mit dem Knast konfrontiert sind, sei's weil Freunde und Genossinnen eingefahren sind, sei's weil sie überhaupt in einer Knastgruppe arbeiten. Wichtig, da auch Außenstehende den gerichtlichen Rechtsweg beschreiten können, wenn sie von einer gegen den Gefangenen gerichteten Maßnahme des Vollzugs tangiert werden, was regelmäßig bei Besuchs- und Korrespondenzverboten der Fall ist.

Fazit: Nicht reagieren — agieren!

Kontakt: Werner Schlegel, Postfach 601, 5308 Rheinbach.

129a-PROZESS WEGEN VERDACHTS, PAROLEN GESPRUHT ZU HABEN.

DUSSELDORF 10. April

Mitteilung von drei Angeklagten:

Am 20. April 79 beginnt im Sondergerichtsgebäude des Dusseldorfer Oberlandesgerichts (Olg) in der Polizeikaserne Tannenstraße ein Prozeß gegen uns wegen „Werbung fur eine terroristische Vereinigung" und „Sachbeschädigung"

(das verdammte ue tut nicht, Entschuldigung, der Composer)

Einziger Verdacht: Wir sollen in der Nacht zum 31.8.77 in mehreren Stadtteilen Dusseldorfs Parolen zur Unterstutzung des Hungerstreiks politischer Gefangener gespruht haben. In dieser Nacht waren wir — als schon seit Stunden die Großfahndung nach den „Parolen-Tätern" lief — auf der „Kö" (Dusseldorfs Prachtstraße) einem Zivilfahndungskommando aufgefallen, weil unser Aussehen nicht der dort ublicherweise umherschweifenden Disco-Schickeria entsprach, sondern wohl eher dem Feindbild der „verdächtigen Person". Das war der Anlaß fur eine Verkehrskontrolle und vorläufige Festnahme.

Zwar reichten die „Beweise" nicht fur den beantragten Haftbefehl, aber in den folgenden eineinhalb Jahren wurden die Ermittlungen nach dem Motto gefuhrt: „Die sind unter BEFA-7 (Beobachtende Fahndung) und weil wir keine anderen haben, mussen es die gewesen sein!"

Der wahre Grund fur die „Beweis"-Konstruktionen der Generalstaatsanwaltschaft ist die Tatsache, daß wir in unterschiedlichen politischen Bereichen arbeiten, wie in der Frauenbewegung oder im Kampf gegen die Vernichtung von Menschen in Knästen und Anstalten, daß zwei von uns versucht haben, durch Briefe und Besuche die Isolationshaft von Gefangenen zu durchbrechen; oder daß wir ganz einfach Flugblätter verteilt haben oder an Demonstrationen teilgenommen haben — halt an Sachen, die Linke so machen.

Die Anklage stutzt sich z.B. auf den Besitz (!) eines (!) Exemplars der Zeitschrift MOB und mehrerer älterer Hungerstreik-Flugblätter, die bei den mit der Festnahme verbundenen Hausdurchsuchungen aus einer Vielzahl von Privatpost und unterschiedlichster politischer Literatur herausgesucht und beschlagnahmt wurden. Die Behauptung, allein der Besitz wurde „Aufschluß" uber „die Identifizierung der Beschuldigten mit den Zielen der RAF" geben, ist eine Farce, aber bereits aus anderen politischen Verfahren bekannt.

Obwohl wir nicht im Knast sind, findet der Prozeß unter denselben militärischen Sicherheitsbedingungen statt, wie wir sie von anderen politischen Verfahren gegen Angeklagte kennen, die als Gefangene vorgefuhrt werden:

- schwerbewaffnete Polizisten bewachen das Prozeßgebäude, Angehörige von Spezialeinheiten und der politischen Polizei fungieren als Saalschutz
- Ausweiskontrolle/ Anfertigung von Fotokopien der Ausweise
- körperliche Durchsuchung von Zuhörern, Presseleuten, Anwälten, Angeklagten und Zeugen
- das Zeichnen der Richter, Staatsanwälte und des Gerichtsgebäudes ist verboten, etc.

Die durch diesen Gewaltapparat demonstrierte Vorverurteilung soll die wacklige Anklagekonstruktion ausgleichen und auf jeden Fall eine Verurteilung ermöglichen: „Wenn der Staat so einen Aufwand macht, muß an der Gefährlichkeit der Angeklagten ja was dran sein!" „Gefährlich" und „kriminell" ist in den Hirnen der Staatsschutzer jede/r, der/die sich nicht freiwillig der Kontrolle des alle Lebensbereiche durchdringenden Staates unterwirft, wer sich was anderes vorstellen kann als den täglichen Kampf um's Uberleben in einem Staatengebilde, das nur durch systematisches Zerstören des Lebens weiterbestehen kann.

Um möglichst viele, die hier gegen den Strom schwimmen, abzuschrecken, soll in diesem Prozeß ein Exempel statuiert werden, soll unsere GESINNUNG fur ein Wahrscheinlichkeitsurteil herhalten.

Ein deutliches Zeichen dafur, daß dieses Kalkul nicht aufgeht, wird sein, wenn sich nur wenige wirklich schrecken lassen und der Prozeß nicht in aller Stille durchgezogen werden kann. Dann wird dieses Sondergericht nur beweisen, daß zwar die Tradition der deutschen Gesinnungsjustiz ungebrochen fortbesteht, daß aber auch der Widerstand dagegen ungebrochen ist."

P.S.: Im Moment versucht die Staatsanwaltschaft noch verzweifelt, gegen einen von uns die Anklage wegen „Beleidigung und Verwendung eines Kennzeichens einer verfassungsfeindlichen Organisation — Hitlergruß—" mit in das OLG-Verfahren reinzukriegen, obwohl das eigentlich eine Sache fur's Amtsgericht wäre. Es geht dabei um den ersten Tag im Prozeß gegen Johannes Roos, wo dem Vorsitzenden Wagner „Heil Hitler, Herr Freisler" zugerufen worden war, nachdem er alle Anträge der Verteidigung abgeschmettert hatte und auch noch ein paar Zuhörer rausschmeißen wollte. (Siehe ID 270).

Kontakt: BiBaBuze-Buchhandlung, Konkordiastraße 81, 4000 Dusseldorf.

WIE EIN KABARETT KRIMINALISIERT WIRD

Hamburg 21. März

Am 11. März haben verschiedene Jugendinitiativen in der Hamburger Innenstadt eine bunte Aktion mit Sketchen, Straßenmusik, Luftballons, satirischen Reden u.v.a.m. Zur Unterstuetzung des „Wehrt Euch Buendnisses" (das ue ist kaputt, fuck it) gemacht. Als dabei auch (ungenehmigterweise) Megaphone eingesetzt wurden, wurden die Bullen etwas hektisch. Sie wollten ein Mega und zwei Leute beschlagnahmen. Dabei fuehlten sie sich durch „Zupfen an der Oberbekleidung" (das Zitat ist einer Anklageschrift entnommen) in ihrem Wirken gestört, und sahen sich veranlaßt, einen Dritten, der mit dem Mega tuermen wollte, einzusacken. Als sie ihn in einen Peterwagen verfrachtet hatten, wollten sie mit ihm wegfahren, was aber daran scheiterte, daß reichlich Leute um den Wagen rumstanden, Ringelreihen tanzten und sich nicht wegdrängen ließen. Das hatte zur Folge, daß ein starker Schlägertrupp der Bullen aus dem Hinterhalt angriff und versuchte, die etwas verängstigten Bullen im Peterwagen freizupruegeln. Bei dem wuesten Gekloppe bei dem auch Passanten und Kinder nicht verschont wurden, wurden noch zwei Leute gekrallt. Wir beide haben gleich auf

der Wache gehört, daß wir „unter einem Jahr nicht wegkommen". Das wird wohl nicht hinkommen, lauten unsre Anklagen doch „nur" auf „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte", „Nötigung", „Körperverletzung" und „versuchte Gefangenenbefreiung". Auch gegen ein Flugblatt, was wir dazu machten, und den Bulleneinsatz in Verbindung mit dem Schutz von Nazi-Veranstaltungen brachten, gab es einen Prozeß, der aber mit Freispruch endete. Das Verhalten der Bullen zu dem Kabarett, mit dem „Uli" Klose, der Hamburger Buergermeister, verarscht werden sollte, war wohl von vorneherein geplant, hält sich doch selten ein ganze Hundertschaft und ein Offiziersstab aus dem Hauptquartier am Berliner Tor in der Innenstadt auf. Die Begruendung, wir hätten unerlaubterweise Megaphone eingesetzt, ist wohl auch ein bisschen duerftig, tut das doch die Heilsarmee ohne jede Behinderung an ihrem Stand mit Erbsensuppe fast jeden Samstag. Wenn jemand bei der Aktion dabeiwar, und gesehen hat, wie wir festgenommen wurden, kann er/sie uns durch Zeugenaussage vor Gericht unterstuetzen. Auch stehen wir finanziell ziemlich mies da und freuen uns ueber jede Unterstuetzung (Prozesse sind heute teuer!)

Kontakt: Sebastian c/o M. Vatter, Laeiszstr. 18/II
2 Hamburg 6, Tel.: 040 / 439 79 41:
Postscheckkonto, Hamburg: 406 544 - 202, Sebastian Brieglieb

PETER SCHULT UNTER ANKLAGE WEGEN ANGEBLICHEN „sexuellen Mißbrauchs von Kindern"

MÜNCHEN 12.April *Folgende Pressemitteilung sandte uns der Trikontverlag:*

„Am Mittwoch, den 9.Mai 1979 um 13.45 Uhr, beginnt im Saal A 225/II des Justizgebäudes Nymphenburger Straße 16 der Prozess gegen den Schriftsteller und Journalisten Peter S c h u l t, wegen angeblichen ‚sexuellen Mißbrauchs von Kindern'. Schult, der zu den Mitbegründern des Kollektivs Rote Hilfe München gehört, und seit Jahren ständiger Mitarbeiter der Münchner Stadtzeitung ‚Blatt' ist, wurde bereits vor einigen Jahren in einem aufsehenerregenden Prozeß von der Anklage wegen eines ähnlichen Vergehens freigesprochen,nachdem er in erster Instanz zu einer Freiheitsstrafe von 27 Monaten verurteilt worden war.

In zahlreichen Artikeln und in seinem, in unserem Verlag erschienenen Buch ‚Besuche in Sackgassen', hat er sich mit dem Problem der Päderastie beschäftigt und so wesentlich mit dazu beigetragen, daß heute eine bundesweite Diskussion über die Pädophilie in Gang gekommen ist. Vor kurzem hat sich in Königswinter auch ein Kongress, an dem zahlreiche bekannte Sexualwissenschaftler teilnahmen, mit der gewaltfreien Liebe zwischen Erwachsenen und Kindern befasst und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es keine wissenschaftlichen Erkenntnisse über angebliche psychische und physische Schäden als Folgen solcher Beziehungen gibt.

Schult wurde im Dezember 1977 verhaftet ,nachdem zwei 13jährige Ausreisser in seiner Wohnung übernachtet hatten und man ihm vorwarf, er hätte mit ihnen (angezogen) in einem Bett geschlafen und sie gestreichelt, wobei er auch ihre Geschlechtsteile berührt haben soll. Nach den ersten widersprüchlichen Aussagen der Jugendlichen wurde er im Februar 1978 aus der Haft entlassen. Der erste Prozeßtermin im Januar 1979 mußte wieder abgesetzt werden, da es die Staatsanwaltschaft in ihrem Übereifer versäumt hatte, ihm eine Anklageschrift zuzustellen. Auch ansonsten sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft mehr als schlampig gewesen. So wird in der Anklageschrift behauptet, er hätte die beiden am 14.12.77 bei sich aufgenommen, in Wirklichkeit war es erst am 15.12.77. Und das als Pornographie deklarierte Heft, das der Angeschuldigte den Jugendlichen zugängig gemacht haben soll, war ein Literaturmagazin des bekannten Verlages Eremitenpresse über Pornographie.

Nach seiner Entlassung im Februar 1978 schrieb Schult einen Artikel (‚ ..und streichelte unter anderem...'), in dem er sich gegen die Methoden der Staatsanwaltschaft zur Wehr setzte und für die Aufhebung des Schutzalters bei Jugendlichen eintrat. Dieser Artikel löste eine lebhafte Debatte aus und wurde von zahlreichen homosexuellen und alternativen Zeitschriften nachgedruckt. Schult gilt in München als ein engagierter Journalist, der sich kritisch mit der bundesdeutschen Justiz und der Polizei auseinandersetzt. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen ihn ist daher auch im Zusammenhang mit seiner Position als Schriftsteller und Journalist zu sehen.
Typisch für die deutsche Justiz ist übrigens auch in diesem Verfahren, daß sie zwar wegen der angeblichen sexuellen Vergehen Schult sofort in Haft nahm und Anklage erhob, aber wegen der körperlichen Mißhandlungen der Jugendlichen durch ihre Eltern — Anlaß für die Flucht — nichts unternahm. Für Schult, der sich zur Päderastie bekennt, wird dieser Prozeß sicherlich ein Anlaß sein, die Moralgesetze unserer Gesellschaft anzugreifen und für das Recht auf freie Sexualität zwischen Erwachsenen und Jugendlichen einzutreten.

Weitere Informationen und Auskünfte können über den Anwalt von Peter Schult, Jürgen A r n o l d, Hohenzollernstr.102, 8000 München 40, eingeholt werden.
Die oben erwähnten Artikel von Peter Schult sind über seine Anschrift (Berg-am-Lainstr. 89/I, 8 München 80) kostenlos erhältlich.

Anschrift des Gerichts: Amtsgericht München (Aktenzeichen 452 Ls 127 a Js 5822/77) Justizgebäude Nymphenburgerstr.16, 8 München 35, z.Hd. Richter Sporrer.
Wir bitten, mit Briefen und Karten an das zuständige Gericht gegen das Verfahren zu protestieren.

Krefeld - PÄDOPHILIE-TAGUNG

Die Deutsche Studien- und AG Pädophilie lädt am 5. und 6. Mai zu einem überregionalen Treffen in Krefeld, Haus Blumenthal, Moerser Str. 40 (Tel.: 02151/61194) ein. Arbeitstitel: „Für eine Entkriminalisierung der Pädophilie - Wege und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Einflußnahme zur Befreiung und Aufklärung über Kindersexualität und Pädophilie". Teilnehmer sollten sich vorher schriftlich anmelden oder mündlich mit den Veranstaltern Rücksprache halten. Der Tagungsbeitrag kostet 12 Mark.

Kontakt: Deutsche Studien- und AG Pädophilie, Postfach 3236, 4150 Krefeld



DEN HOCHSCHULLEHRERN WIRD DER PROZEß GEMACHT

Frankfurt 8. April — *Brief von Prof. Dr. Gerhard Schneider an Alexander Schubart mit der Bitte um Veröffentlichung (Russel-Initiative Frankfurt):*

Lieber Aschu,
während der nächsten vier Wochen kann ich nicht zu den Terminen unserer Russel–Initiative kommen, weil ich in Bonn einen Prozeß habe. Dazu kurze Information:
Zur Zeit findet im Landgericht Bonn vor der ersten Großen Strafkammer einer der letzten Prozesse gegen Teilnehmer an einer Demonstration gegen den amerikanischen Vietnamkrieg statt. Während in anderen Ländern die Berechtigung des Protestes gegen den Völkermord der USA-Regierung an den Völkern Indochinas längst anerkannt ist, während sogar Erhard Eppler vor dem Stuttgarter Landtag heute sagt, es sei keine Jugendsünde, an den Demonstrationen gegen diesen Krieg teilgenommen zu haben, sondern eine Alterssünde, damals nicht demonstriert zu haben, finden vor westdeutschen Gerichten immer noch Prozesse gegen Menschen statt, die an diesen Demonstrationen teilgenommen haben.

Anlaß zu diesem Prozeß ist eine Demonstration in Bonn am 24.2.1973. Damals waren fünfhundert Teilnehmer zu einer Veranstaltung gekommen, auf der Vertreter der kämpfenden Völder Laos und Vietnams sprechen sollten. Zu diesem Zeitpunkt rüsteten die USA unter Bruch des zwei Wochen vorher geschossenen Pariser Abkommens die Thieu-Clique auf und nahmen auch die Vernichtungsbombardierungen gegen Laos und Kambodscha wieder auf. Die Bundesregierung hatte die Einreisegenehmigung zuerst verzögert und dann am Tag der Veranstaltung selbst endgültig abgelehnt. Darauf kam es zu einer spontanen Protestdemonstration. In der Nähe des Außenministeriums wurde die Demonstration von Polizeikräften mit scharfen Hunden und gezogener Pistole überfallen. Mehrere Demonstranten wurden verhaftet, einige erst später aufgrund von Photos.

Am 2. April dieses Jahres, nach sechs Jahren also, begann der Prozeß gegen neun Angeklagte wegen Verletzung der Bannmeile. schweren Landfriedensbruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt. Bannmeilenverletzung wurde wegen Verjährung eingestellt. Der Plan der Staatsanwaltschaft, eine Verbindung mit dem Prozeß wegen der Rathausbesetzung zu konstruieren und einen Teil der Vietnamkriegsgegner zu kriminalisieren, ist der eigentliche Grund für die lange Dauer bis zur Eröffnung des Verfahrens, das als Mammutprozeß auf 14 Prozeßtage ab 2.April (jeweils montags, mittwochs, donnerstags) geplant war. Dieser Plan ist in der konkreten Zielsetzung gescheitert. Am zweiten Prozeßtag den 4.4.79, wurde das Verfahren gegen einige Angeklagte eingestellt wegen Geringfügigkeit. Es seien Jugendsünden gewesen. Aufrechterhalten wurde die Anklage gegen Prof. Jochen Hiltmann (Hamburg), Prof. Gerhard Schneider (Frankfurt) und einen Medizinstudenten. Der Staatsanwalt meinte, es sei bekannt, daß die Jugend dazu neige, ihre Emotionenin Gewalt umzusetzen. Diese Entschuldigung könne jedoch für Schneider und Hiltmann nicht gelten. Von ihnen hätte Besonnenheit und Zurückhaltung erwartet werden müssen, besonders angesichts ihrer gesellschaftlichen Stellung. Damit ist die Absicht klar: Gegen die Hochschullehrer wird der Prozeß gemacht in der Linie: Säuberung der Hochschule, Trockenlegung des universitären Sumpfs. Den Medizinstudenen braucht man, um einen Gewalttäter zu konstruieren: er hätte die Bullen zusammengeschlagen. Der Staatsanwalt und wohl auch der Richter sind zu einer Verurteilung entschlossen.
Anschließend noch die Bekanntgabe eines Kontos des Bonner Komitees gegen politische Unterdrückung:
Rechtshilfefonds Bonn, Kto.Nr. 93351, BLZ 380 500 00, Sparkasse Bonn, Stichwort „Bannmeile".

9 MONATE KNAST FUER EINE KAPUTTE HOSE

Hamburg 10. April — Ich bin am 16. März zu 9 Monaten mit Bewährung verurteilt worden, weil ich mich gegen meine Festnahme bei einer antifaschistischen Demonstration gewehrt habe. Das ist ein ziemlich hohes Urteil; ich will euch deswegen was dazu schreiben.
Am 14. April 78 sollte in einer Hamburger Schule am Holzdamm (das ist in der Nähe vom Hauptbahnhof) eine Wahlveranstaltung der NPD stattfinden. Die DKP wollte eine Protestkundgebung machen. Außerdem hat sich eine andere Gruppe von ‚blockfreien' Antifaschisten getroffen, um was gegen diesen offiziellen Naziaufmarsch zu unternehmen. Wir waren nicht sehr viele (etwa 100) und nicht besonders gut vorbereitet. So verlief die ganze Sache so, daß wir etwas hilflos zwischen Kunsthalle, Hauptbahnhof und Holzdamm hin- und herliefen. Aus diesen Grueppchen wurden immer wieder einzelne herausgeprugelt und festgenommen, ohne daß dafuer ein Grund vorlag. Der Einsatzbefehl der Bullen lautete, alle Leute in Gewahrsam zu nehmen, die einen Helm u.ä. hätten. Also hätten sie alle festnehmen können, es waren aber ‚nur' 43.
Inzwischen haben einige von uns Anklagen bzw. Strafbefehle gekriegt. Mir wurde vorgeworfen, ich hätte einen Bullen mit einem Knüppel zu Boden geschlagen, weiter auf ihn eingeschlagen und etwas später nochmal zwei Bullen getreten. Macht „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz", „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Körperverletzung mit einer Waffe". Auswirkungen: ein paar blaue Flecke und eine zerrissene Diensthose.
Ich hab am Anfang des Prozesses zwar nichts zur Sache, dafuer aber einiges zum politischen Stellenwert gewagt. Es ist schon ein dickes Ding: die Zeitungen sind immer voll von militanteren Aktivitäten der Faschisten. Die Menschen machen sich – angeregt durch Holocaust – Gedanken, wie sowas fuer alle Zeiten verhindert werden kann. Und gleichzeitig laufen jede Menge Prozesse, WEIL sich Menschen aktiv gegen nationalsozialistische Aufmärsche gewehrt haben. Und es werden weiter Räume an Faschisten vergeben, und die Polizei schützt die Nazis weiter, ganz legal, denn die Veranstaltungen sind ja genehmigt.
Ich wollte mich auf die rechtliche Seite gar nicht einlassen, hab's dann aber doch getan, als einige Bullenluegen zu deutlich wurden. Da ALLE Bullen eine falsche Festnahmezeit angegeben haben, haben sie offensichtlich alle voneinander abgeschrieben (bis hin zu den Rechtschreibfehlern). Der Richter hat das bis zum Schluß nicht geglaubt. Die Zeugen von unserer Seite sind unglaubwuerdig oder unerheblich, die Bullenzeugen werden durch die Widersprueche in ihren Aussagen glaubwuerdig (so Richter Bruechner in der Urteilsbegruendung).
Durch 3 Zeugen, darunter einem Bullen, wurde bestätigt, wie es wohl öfters auf der Wache zugeht: Wenn niemand mehr weiß, wer jemanden festgenommen hat, hat eben irgendjemand den Festnahmebericht geschrieben.
Im Laufe der Verhandlung ist die Anklage ein paar Mal geändert worden. Das Kabelende, das ich dabeigehabt haben soll, wurde zur Waffe im technischen Sinn, damit wäre eine Verurteilung nach dem Waffengesetz möglich. Der Widerstand wurde zum schweren Widerstand. Folge: Mindeststrafe 6 Monate. Der Polizist, auf dessen Aussage dieser Anklagepunkt allein beruht, gibt zu, mich nicht wiedererkannt zu haben.
Der Richter ist in seinem Urteil fast genau dem Staatsanwalt gefolgt, der mir noch zusätzlich eine Geldstrafe aufbrummen wollte. Weggefallen sind der Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und gegen das Waffengesetz. Zum Versammlungsgesetz: Da wir weder Transparente noch Flugblätter hatten, waren wir auch keine Versammlung und somit war es uns erlaubt, Stuhlbeine u. a. mitzuschleppen. Ist vielleicht fuer andere Prozesse ganz wichtig.
Gegen die Bewährung hat der Richter schwerste Bedenken geäußert, weil ich gesagt habe, daß ich mich durch die Knastdro-

hung nicht vom Widerstand abhalten lasse. Aber er meint, ich sei im Gerichtssaal nur so wortradikal, weil meine ‚Gesinnungsgenossen' hinten sitzen. Wenn ich allein sei, wuerde ich mir das schon ueberlegen. Ich habe es mir ueberlegt — ganz allein — und tue hiermit kund, daß ich mich auch in Zukunft gegen Neofaschismus und die schleichende Unterdrueckung, die von ‚unserem' Staat ausgeht, wehren werde.
Noch ein paar persönliche Anmerkungen: Ich hab durch den Prozeß einiges gelernt, z. B. bin ich in meinem Auftreten vor dem Gericht sehr viel sicherer geworden. Wichtig fuer mich war, daß immer einige ‚Symphatisanten' als Zuschauer da waren. Zweimal — darunter bei der Urteilsverkuendung — waren etwa 15 Bullen als Zuschauer da. Das ist Mist. Einmal, weil es ein blödes Gefuehl ist, außerdem, weil der Richter lieber unter dem Druck einer kritischen Öffentlichkeit als einer Bullenöffentlichkeit stehen sollte. Es wäre leicht zu verhindern gewesen, wenn mehr Zuschauer dagewesen wären. Deshalb, wenn ihr Zeit habt: kommt zu den nächsten Prozessen gegen Antifaschisten:
Mi. 18. 4., 13 h , R 192 Strafjustizgebäude gegen Hans-Juergen s. Fr. 20. 4., Berufungsverhandlung gegen Matthias Z.
Nähere Informationen: Anwaltsbuero Böttcher, Tel
Tel.: 040 / 390 01 03
Kontakt: Sigi Hertel, Keplerstr. 30, 2 Hamburg 50

WENN EIN AKW-GEGNER EINE POLIZEIJACKE TRÄGT

Gifhorn
18. April

„Hallo Leute! Die Rechtsgruppe des Arbeitskreises gegen Atomenergie Gifhorn bittet euch, uns mit dem Abdruck unseres Artikels zu unterstützen. Mit atomfeindlichen Grüßen:

Am 26. Januar wurden in Gifhorn anläßlich einer Aktion gegen gegen Atomenergie zwei Teilnehmer von der Polizei überprüft und angezeigt. Eine Teilnehmerin — sie trug eine alte niedersächsische Polizeijacke, an der bis auf die Schulterstücke alle Abzeichen entfernt worden waren — wurde wegen Uniformmißbrauchs und Tragen von verbotenen Abzeichen, ein anderer Teilnehmer wegen Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz, angezeigt. Bezeichnend für diese Willkürmaßnahme ist, daß dieser Teilnehmer lediglich der Besitzer der Kamera ist, die einem anderen Typen im Zug abgenommen wurde. Da er als Besitzer sich wegen der Rückgabe der Kamera an den Kripomann wandte und die Polizei versäumte, sich andere Namen zu notieren, erfolgte die Anzeige gegen ihn.
Im Falle der Teilnehmerin hat das Jugendgericht Gifhorn die Anklage der Staatsanwaltschaft jetzt abgelehnt, da sie in dem Tatbestand keinen Verstoß im Sinne der Anklage erblicken konnte.
Dieses Vorgehen der Polizei in einer Kleinstadt überrascht, denn bisher ist man derartiges nur aus Unistädten und von Demonstrationen her gewohnt. Vielleicht erklärt sich daraus auch die hektische, tölpelhafte Durchführung von Seiten der Herren Staatsgewalten. Es zeigt, wie ernst der AKW-Widerstand genommen wird. Jeder mehr oder weniger gesetzliche Weg wird genutzt, um Anklagen zu erheben. Es zeigt aber auch, daß wir diese Versuche ernster nehmen müssen, ob Grohndeverurteilte in unseren Reihen oder nicht. Aus diesem Grunde bitten wir alle Gruppen, die bei Aktionen und Demonstrationen usw. mit der Polizei in Berührung gekommen sind uns darüber kurz zu informieren. Uns interessiert, welche Aktion stattfand , wann die Poliezi eingegriffen hat, ihr Verhalten, die Begründung, wie euch zumute war vorher — während — nachher, wie ihr die Lage beurteilt usw. Selbst der kleinste Versuch, Bürger mittels Einschüchterungsversuchen zum Schweigen zu bringen , darf nicht hingenommen werden. Wir müssen uns wehren!
Kontakt: Andreas Schölzel, Grüne Grenze 26, 3170 Gifhorn

DEMONSTRATION GEGEN DAS AKW BRUNSBÜTTEL

HAMBURG
22.April '79

Am Sonnabend, den 21. April, gab es in Brunsbüttel eine Demonstration gegen das dortige Atomkraftwerk. Das AKW Brunsbüttel ist wegen seiner häufigen „Störfälle" bekannt geworden, vor allem, als im letzten Jahr nur der Zufall in Gestalt eines durchgeschmorten Kabels das Ding abschaltete, nachdem das Kühlsystem ausgefallen war, eine Situation ähnlich der von Harrisburg — und es war eben nicht die bessere deutsche Technik, die Harrisburg an der Elbe verhinderte.

Einer, der bei der Demonstration am Sonnabend dabei war, hat uns dazu einen Brief geschickt.

. . . Bin heute nach Brunsbüttel gefahren, um für die Stilllegung des dortigen Atomkraftwerks zu demonstrieren. In Brunsbüttel hat sich ein bunter Haufen von etwa 5.000 (laut Nachrichten) Leuten zusammengefunden. Die Sonne lacht.

Gewohnheitsmäßig schließe ich mich dem Block mit den schwarzen Fahnen und den phantasievollen Parolen an. Dort fühle ich mich seit Jahren zuhause. Dort wurde stets weniger diskutiert und eher zugepackt. Die meisten aus dem Block hatten auch an der Hamburger Kirchenbesetzung teilgenommen.

Ich will Leben gegen Atomtod demonstrieren.

Das AKW, die Chemiegiganten auf der grünen Wiese vor der Tür, ist Brunsbüttel ein ruhiges Städtchen geblieben; habe kein Haus mit mehr als drei Stockwerken gesehen. Die Bewohner schauen unserem farbenfrohen Zug sprachlos und verwirrt zu; viele haben ihr Agfa-Klick für's Erinnerungsfoto gezückt. Keine Aggressionen. Versäume es leider, die Leute in den Hauseingängen in ein Gespräch zu verwickeln.

'Mein' Block macht mich unsicher. Über's Megaphon werden die Zuschauer, die Leute hinter den Gardinen, auf den Balkonen, die Passanten durch den Kakao gezogen, beschimpft.

So bin ich dann über drei Stunden mitmarschiert — für die gerechte Sache, immer in Richtung Atomkraftwerk, nicht ohne dieses gewisse Ohnmachtsgefühl im Bauch.

Raus aus dem Städtchen, links Chemie mit Wiese, rechts Wiesen, Schafe — dahinter ein Kraftwerk, ein AKW! Vermisse die charakteristische (?) Reaktorkuppel, sieht aus, wie'n normales Kraftwerk; nur sauberer und — gespenstisch ruhig. Ist schon ein ganz schöner Koloß, aber als Großstädter bin ich ja einiges gewöhnt.

Da stehen wir jetzt vor dem mattschwarzen Ungetüm mit unserer schönen bunten langen Schlange; die obligatorischen Parteigänger mit ihren ‚im-Namen-der-Arbeiterklasse-Rufen', Kinder und auch ältere Atomkraftgegner. Allesinallem sind wir recht ratlos, kein Grund zum Triumphieren.

Neben dem mächtigen AKW steht ein kleiner Informationspavillon, vielleicht 10 mal 10 Meter groß.

Nun fliegen die ersten Steine aus ‚meinem' Block gegen die Scheiben dieses Pavillons, einem (der ausgesprochen sparsam ins Bild gesetzten) Bullen wird die Mütze geklaut. So zwanzig bis dreißig Fighter (Frauen und Männer und jünger) haben sich der Scheiben angenommen, ausgerüstet mit Motorradhelmen, Lederkleidung und Schlagstöcken. Das findet der große bunte Rest Scheiße. Das sei sinnlos, auf die Auseinandersetzung mit den Bullen sei man nicht vorbereitet, die Fighter sollten an die Kinder denken, etc. . . . „Feiglinge und Memmen", rufen jetzt die vermummten Fighter, „ihr habt doch Angst!" Es wird absurd. Die Fighter werfen weiter aus den hinteren Reihen. Das Spezialglas ist inzwischen an zahlreichen Stellen durchlöchert. Einige stellen sich schützend vor die Scheiben, sehen nicht sonderlich glücklich aus

dabei; da, wo sonst die Bullen stehen. Aber die Fighter werfen weiter. Dicke Steine prallen von den Scheiben ab und verfehlen nur knapp die, die vor den Scheiben stehen. „Das AKW ist Gewalt!" schreien jetzt die Fighter, „wir wehren uns nur gegen diese Gewalt!" Die Steinwürfe werden immer Menschen-Demonstranten-bedrohlicher. Wir wollen den Demonstranten die Steine fortnehmen, fürchten uns vor ihnen und ihren Steinen.

„Ihr Faschisten!" brüllen da einige Fighter und schlagen mit ihren Knüppeln auf uns ein.

Wer hilft mir weiter ?!?

Was mir noch durch den Kopf geht: den Fightern war schon vorher klar, daß 'ne Demo Scheiße ist („bestenfalls was für die Trimm-Spirale", so zu Beginn der Demo); warum müssen die trotzdem bei jeder Demo dabeisein? Auch bei den bewußt gewaltfreien? Um sich ‚aufzufrusten'??? Ich weiß zu wenig von der Kirchenbesetzung, aber hatten die da nicht eine ganz andere Platte aufgelegt, von christlicher Nächstenliebe und so? Meine Brunsbüttelerfahrung sitzt! Die Prozeß-Kampagnen drücken nicht mehr so leicht auf meine Tränensäcke; dann wird gegen den achsograusamen Staat wieder die liberale Öffentlichkeit mobilisiert (etwas mehr Menschlichkeit für die gefangenen Demonstranten!).

Ich kann diese arroganten Fighter nicht ab, mutig finde ich sie schon gar nicht. Deren Erkenntnisstand ist Demonstrationsgesetz; persönliche Erfahrungen und Erkenntnisstand der übrigen Demonstranten spielen keine Rolle (egal, ob einer vom Land kommt, zum ersten Mal bei 'ner Demo mitmacht oder noch bei der SDAJ eingeschrieben ist). Jeder hat sofort zu kapieren, keine Zeit für individuelle Erfahrungen:

Die Großstadt-Scene regiert!

Nun will ich mich keineswegs von Gewalt gegen Personen, schon gar nicht von Gewalt gegen Sachen distanzieren, aber vielen dieser Fighter spreche ich einfach das moralische Recht zu ihrer militanten Arroganz ab, deren Gewalt läßt mich fürchten, ich mag sie nicht, diese ‚Schnellrichter-Typen'!

Das wahnwitzige ist, daß du dich denen gegenüber immer legitimieren mußt, damit sie dir überhaupt zuhören, dich nicht gleich auslachen. „Ich verachte Gewalt" ist für die keine Position, mit der sie sich ernsthaft auseinandersetzen.

Soweit mein Spontan-Brief. Mit etwas mehr Vorbereitung und anders aufgezogen könnte ich mich vielleicht verständlicher machen, könnte ein deutlicheres Bild von den Fightern (nicht nur während der Demo) zeichnen.

ERKLÄRUNG ZUM ANSCHLAG AUF DIE VERBUNDLEITUNGEN DES AKW ESENSHAM

Bremen 23. April — *Militante AKW-Gegner schickten uns folgende Erklärung ohne Absender:*

Wie bereits in verschiedenen Tageszeitungen gemeldet, versuchten am 7. April 79 AKW-Gegner des „provisorischen Flügels der Anti-AKW-Bewegung" — „die Verbundleitungen des AKW-Esensham zu unterbrechen".

Wie wir aus der Regionalpresse entnehmen konnten, ist nur ein Teil der Sprengstoffpakete zur Explosion gelangt. Dadurch ist es nicht zur beabsichtigten Unterbrechung der Stromleitung gekommen.

Dieser Anschlag ist der Dritte dieser Art innerhalb von 11 Monaten. Ein vierter Anschlag richtete sich im vergangenen Jahr gegen die NWK direkt, indem Teile eines Bauhofes in Oldenburg zerstört wurden.

Zu dem Grund für derartige Aktionen wäre noch zu sagen, daß bei einer erfolgreichen Unterbrechung der Leitungen das AKW-Esensham abgeschaltet werden müßte. Ein in Betrieb befindliches AKW ist darauf angewiesen, ständig den erzeugten Strom auch abzugeben, deshalb: keine Stromabgabe — kein Betrieb des AKW.

Angesichts dieser Tatsache ist es lächerlich, zu behaupten, diese Anschläge seien völlig motivlos und damit könne man sowieso nichts erreichen — wie es die Braker Bürgerinitiative erklärte.

Sogleich distanzierten sich die Braker auch von dieser Aktion. Der 1. Vorsitzende erklärte, daß die Braker Bürgerinitiative solche Gewaltakte ablehne: „das sind keine Argumente".

Aber: HAben die Betreiber der Atomanlagen jemals auf unsere Argumente gehört? Haben wir nicht gerade bezüglich des AKW-Esenshamm ALLE Möglichkeiten ausgeschöpft um die Inbetriebnahme zu verhindern? Haben sich die Betreiber durch die Katastrophe von Harrisburg auch nur eine Sekunde von ihren Plänen abbringen lassen?

Das AKW-Esensham läuft nach wie vor! Die Betreiber haben sich weder durch unsere Argumente noch durch Katastrophen davon abbringen lassen, ihr Todesprogramm durchzuziehen!

Angesichts dieser Tatsachen besteht für uns Atomkraftgegner in der Bremer Bürgerinitiative absolut keine Veranlassung, diesen Anschlag zu verurteilen. Wir haben immer gesagt, wir kämpfen gegen Atomenergieanlagen — unabhängig von den Formen des Widerstandes — Jede(r) nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen. Es muß nur der Stillegung von Atomanlagen dienen.



Wir verurteilen deshalb auch die Maßnahme des Landeskriminalamtes — ein Kopfgeld von 10 000 DM für die Ergreifung der „Täter" auszusetzen. Von uns werden diese Leute keine Hinweise erhalten. Auch die NWK nicht, die, um diese „nicht mehr tragbaren Südtiroler Zustände" zu beenden, sogar androht, sie werde sich nicht damit zufrieden geben, daß eines Tages die Ermittlungen gegen die möglichen Täter automatisch eingestellt würden. Will die NWK jetzt eigene Staatsanwaltschaften unterhalten oder dem polizeilichen Unterdrückungsapparat eine neue Variante in Form eines außerbetrieblichen Werkschutzes hinzufügen? Wenn sie dann der Täter habhaft werden, werden diese dann, wegen der zu erwartenden „milden Strafen" gleich einer eigenen Gerichtsbarkeit zugeführt? Die NWK gewährt uns dank solcher Äußerungen immer wieder konkrete Ausblicke auf den Atom/Polizei-Staat. Wir werden uns auch von solchen Perspektiven nicht einschüchtern lassen. Unsere Entscheidungen, was zu tun ist, werden auch in Zukunft politische sein, und nicht juristische!

In diesem Sinne: Kein Todestrom aus Esensham! Jetzt kommt der Preßlufthammer dran!

— Atomkraftgegner in der BBA (Bremer Bürgerinitiative gegen Atomkraftanlagen



Wo ist der Stürmer ?

VIER AUFRECHTE VOM BÖKELBERG

Mönchengladbach 24. April — *Aus „lott jonn", Bürgerzeitung für Mönchengladbach und Rheydt:*

Vier Fußballspieler von Borussia Mönchengladbach haben einen Aufruf gegen Berufsverbote unterschrieben: Ewald Lienen, Wolfgang Kneip, Hans Klinkhammer und Horst Wohlers. Das hat in Mönchengladbach zu heftigen Reaktionen geführt. Die „Rheinische Post" unterstellte den Sportlern, sie ließen sich als Zugpferd der Kommunisten mißbrauchen. „Lott jonn" sprach mit Ewald Lienen über seine Gründe, den Aufruf zur Demonstration am 31.3.79 zu unterschreiben:

„Ich halte die Berufsverbote und ihre Ausführungspraxis für verfassungswidrig, deshalb bin ich dagegen. Der Aufruf zur Demonstration fiel mir zufällig in die Hände. Ich habe mir den Aufruf durchgelesen und die Möglichkeit wahrgenommen, nicht nur für mich privat zu denken, sondern durch meine Unterschrift in der Öffentlichkeit zu meiner Meinung zu stehen. Da ich weiß, daß einige meiner Kameraden die gleiche Meinung zu den Berufsverboten haben wie ich, zeigte ich ihnen den Aufruf und sie unterschrieben ebenfalls."

Zur Reaktion bei Borussia Mönchengladbach:

„Der Vorstand führte mit uns ein Gespräch. Danach können wir unsere Meinung selbstverständlich jederzeit öffentlich vertreten. Ebenso selbstverständlich ist es, daß wir als Privatpersonen sprechen und nicht als „Borussia Mönchengladbach". Unser erster Vorsitzender Dr. Bayer sprach mich auf ein Telefongespräch an. Ihn habe der Verfassungsschutz direkt aus dem Düsseldorfer Ministerium angerufen. Dr. Bayer sei mitgeteilt worden, daß das Komitee gegen Berufsverbote von einer „verfassungswidrigen Organisation" gesteuert sei, die schon seit langem beobachtet werde. Versuche von verschiedenen Zeitungen, Auskunft beim Ministerium über das Gespräch zu erhalten, scheiterten. Wenn es allerdings der Verfassungsschutz war, so ist das eine offensichtliche Diffamierung einer bundesweiten Initiative, die von einem breiten demokratischen Spektrum getragen wird.

Die Reaktion der Kameraden in der Mannschaft war eher positiv. Ich habe bisher keine total ablehnende Haltung von einem Spielerkollegen erfahren".

An die „Rheinische Post" schrieben die vier Fußballprofis folgenden Leserbrief:

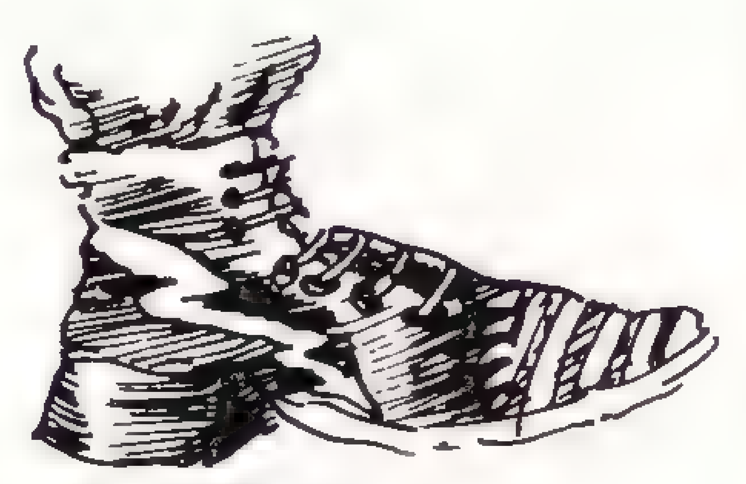
„Wir vier Lizenzfußballspieler haben zusammen mit mehreren hundert Mönchengladbacher Bürgern aus unterschiedlichsten Berufen und verschiedensten politischen Richtungen einen Aufruf des Berufsverbotskomitees Mönchengladbach zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Berufsverbote unterzeichnet.

Wir unterstützen diesen Aufruf als demokratisch gesinnte Bürger, die der Ansicht sind, daß sich Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote nicht mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Staates vereinbaren lassen. Von diesen Tatsachen ausgehend empfinden wir es als höchst sonderbar, daß es scheinbar in unserem Lande nicht möglich ist, einem von einem breiten demokratischen Spektrum getragenen Aufruf zu unterstützen, ohne gleich als „Zugpferd von Kommunisten" bezeichnet zu werden. (...)"

Privatschuhe promienenter Fußballer



Kevin Keegan


Paul Breitner

FOOTBALL AGAINST NAZI

FUSSBALL GEGEN RECHTS

Bremen 24. April *Der „Schnürschuh" ist eine Alternativzeitung, die in Bremen, Fodelhören 43, beheimatet ist.. Aus der letzten Ausgabe des „Schnürschuhs" stammt der folgende Bericht:*

Im letzten August fiel mir bei einem Fußballspiel in London ein Flug blatt auf, das sich gegen die Faschistenpartei, die „National-Front", wandte. Die Gruppe, die es verfasst hatte, schickte mir jetzt eine Selbstdarstellung, die auch auf die Situation in England eingeht:

Hintergründe zur FAN (Football Against Nazi)

Während des Sommers 1976 gab es ein großes Aufwallen von Rassismus in Großbritannien, entfacht von der Presse und der National Front (NF, Faschistenpartei in Großbritannien) ausgenutzt. Der Grund, daß dies geschehen konnte, war die Demoralisierung vieler Arbeiter innerhalb der letzten 2 Jahre durch die Lohnbeschränkung und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit.
Von da an wurde der Rassismus immer ‚respektabler' für die Presse. Und die National Front wurde wie eine normale politische Partei behandelt. Über die Aktionen der Rassisten wurde immer unkritischer berichtet. Rassismus gab es natürlich schon immer auf den Stadiontribünen - in Schottland sind es die schon traditionellen Kämpfe zwischen Anhängern von Celtic Glasgow (katholisch) und Glasgow Rangers (protestantisch). Aber mit der in den letzten Jahren zunehmenden Publicity für die Rassisten und dem fast gleichzeitigen Auftauchen von schwarzen Spielern im britischen Fußball griff der Rassismus auch auf die Tribünen der Stadien über. Fußball ist traditionsgemäß ein Feld für Kinder, Jugendliche und Jungarbeiter um ihren Dampf abzulassen, der von den aussichtslosen Jobs oder der Arbeitslosigkeit stammt — und er entwich, indem die schwarzen Spieler der gegnerischen Mannschaft als Zielscheibe dienten, eine sehr einfache allerdings.
Die NF profitierte davon und versuchte die traditionellen Gesänge auf den britischen Fußballtribünen für ihre Zwecke zu verändern. Bei den Spurs (Tottenham Hotspurs) gibt es die Hymne ‚One Nil, One Nil' (1:0), wenn die Mannschaft mit einem Tor führt. Am Ende der letzten Saison war diese umgewandelt in ‚Tyndal, Tyndal' — dem Namen einer der NF-Führer. Früher konnten die Sozialisten auch noch ihre Zeitungen vor den Stadien verkaufen, aber mit dem Anwachsen der NF wurden sie zusehendst eingeschüchtert und vor einigen Plätzen wurden sie von rassistischen Fans, die von der NF angestachelt wurden , sogar angegriffen. Dies ist besonders stark bei einem Club wie West-Ham-United im Londoner East End, einem Gebiet mit hoher Arbeitslosigkeit, in dem schon viele Betriebe bankrott gingen und schließen mußten. Da hat die NF einige Gruppen.

Geschichte der SAN (Spurs against Nazis)

Bei den Tottenham Hotspurs wurde am Ende der letzten Saison begonnen. Einige der Hymnen waren inzwischen so abartig geworden, daß wir in unserem ersten Flugblatt die Aktivitäten der Nazi-NF aufdeckten und herausstellten, was es für unsere Mannschaft bedeuten würde, hätte man einige der prominentesten schwarzen Spieler. Das erste Spiel bei dem wir Flugblätter verteilten, verlief ohne rassistische Gesänge — die Rassisten waren unsicher, wieviele Antirassisten sich im Stadion befanden.
Während des letzten Sommers hielten wir eine öffentliche Veranstaltung ab, um die Gruppe vorzustellen und entschieden, Abzeichen herzustellen mit dem Club-Emblem und den Worten ‚Spurs against Nazis'. In dieser Saison wurden bei fast allen Heimspielen Flugblätter verteilt, 1500 Abzeichen verkauft und die Beschimpfungen scharzer Spieler hörten fast auf. Wir organisierten ferner ein Anti-Rassismus-Fußballturnier mit Jugend- und Herrenmannschaften und einiger Prominenz auf dem TV.
Der Tottenham Hotspur Fußballclub selbst wollte mit uns nichts zu tun haben, was in einem Spiel sehr deutlich wurde: Sie wollten nicht die Politik in den Sport gebracht wissen. . . Sie meinten damit selbstverständlich, daß sie nichts gegen die Rassistengesänge unternehmen. Die SAN-Gruppe besteht deshalb unabhängig vom Verein, aus gewöhnlichen Fußballfans. Es gibt einige Fußballer und Clubmanager, die die Anti-Nazi-League unterstützen, aber bis auf zwei haben sie bisher keine öffentliche Stellungnahme zum Problem auf den Stadionbühnen abgegeben. Größtenteils, weil die Clubmanager nach Möglichkeit NICHT in die Sache verwickelt werden möchten. ‚Spurs against Nazis waren die erste Gruppe, die auch außerhalb der Stadien arbeitete und ihr Erfolg beflügelte andere Vereine, ihre eigenen AN-Gruppen zu gründen. Die ‚Anti-Nazi-League' inizierte eine Organisation namens ‚Football against Nazis' (FAN), um die Arbeit der einzelnen Gruppen zu koordinieren und Ende Februar wird ein Prominentenfußballspiel stattfinden, um den Kampf gegen den Rassismus auf den Tribünen einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.
Jetzt gibt es ungefähr 20 Clubs mit Gruppen, die den Rassismus auf den Tribünen angreifen. Es hat sich gezeigt, daß es leichter ist bei Clubs, die Schwarze im Team haben, eine neue AN-Gruppe zu gründen. Was wir jetzt brauchen sind starke Gruppen in Stadien wie West-Ham und Birmingham City, wo die Rassistengesänge noch unvermindert anhalten.

Kontakt: Spurs against Nazis, c/o Box 628 High Rd, Tottenham Tottenham, London N 17
Football against Nazis, c/o 265a Seven Sisters Rd, London London N 4

Harrisburg bei Bochum gegen Bayern

KOPFGELD FÜR AKW-GEGNER!

BOCHUM, 12. April 79 *In folgender Weise hat sich eine Aktion zum Atomunfall in Harrisburg in „Bild am Sonntag" und Westdeutscher Allgemiener Zeitung niedergeschlagen (kein Kommentar, aber die Bitte um Fotos):*

Parolen? Nein danke
Böse Überraschung im Bochumer Stadion: Kernkraftgegner hatten sämtliche Banden mit ihren Parolen übersprüht. Sechs Freiwillige säuberten die Banden – für eine Dauerkarte. Zum Anpfiff war wieder nur noch Werbung zu sehen

BamS, 8.4.79

In der WAZ läßt der VfL Bochum die Wutz raus:

Ein Nachspiel wird es dennoch geben: der VfL hat Strafantrag gestellt. Und damit die Übeltäter möglichst bald ermittelt werden, wurden als Belohnung 500 Mark und eine Jahreskarte ausgesetzt. Ob's hilft, wird sich zeigen. In erster Linie gilt diese Maßnahme des VfL (möglichen) Nachahmern, damit die sehen, daß derartige Dinge nicht im Sande verlaufen.

WAZ, 9.4.79

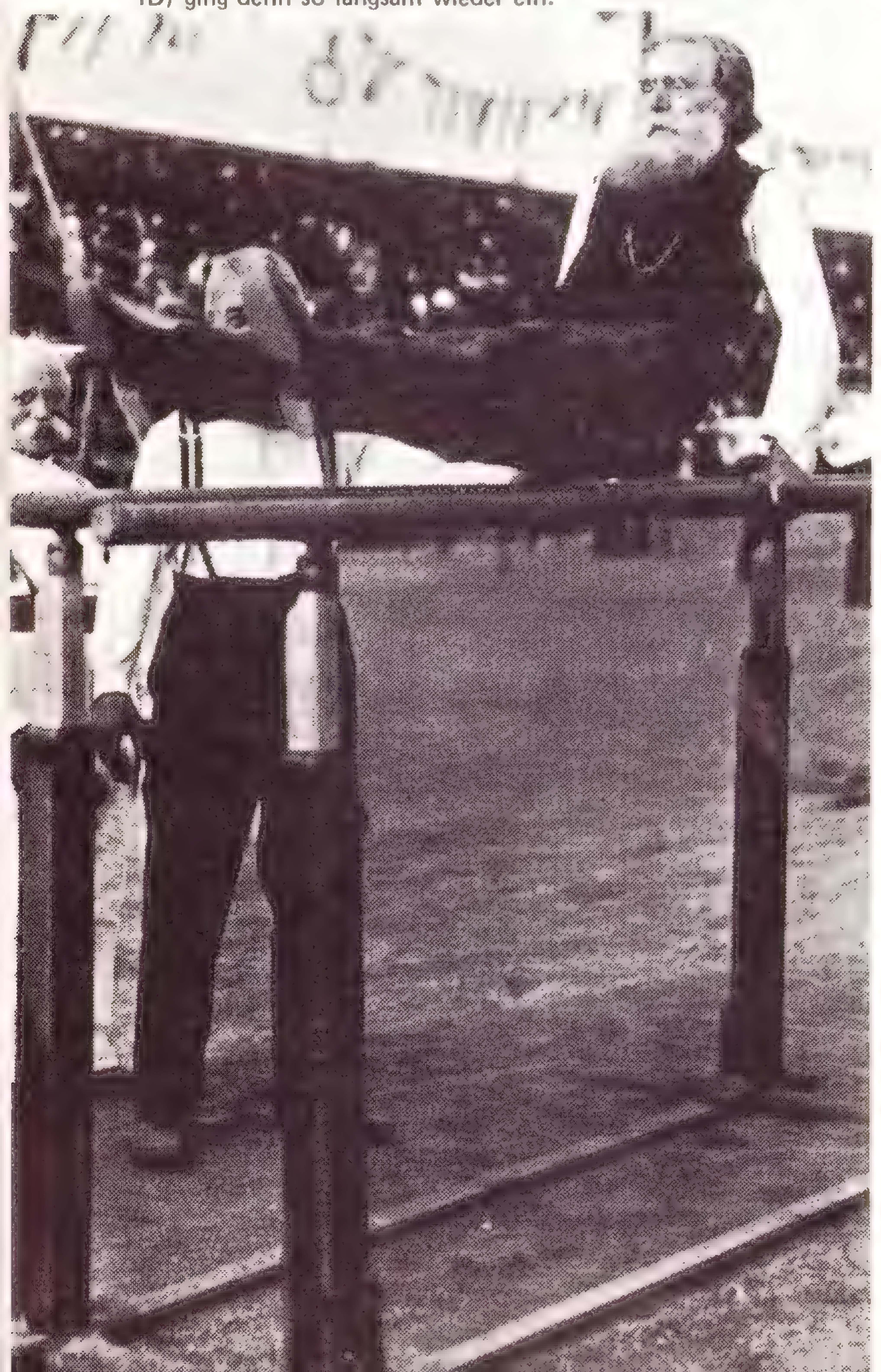
Als der Fußball aufs Dorf kam:

„LOP, DAT IS DEYN MANN!"

Göttingen 24. April *Die Zeitschrift „Politikon" (34 Göttingen, Postfach 640, Tel.: 0551/35614) vom März behandelt das Thema „Fußball". In einem der Artikel versucht der Verfasser rauszukriegen, wie der Fußballsport aufs Dorf kam. Er hat dazu in Lippoldsberg an der Weser, seinem Heimatort, Gespräche mit aktiven Fußballern der Zwanziger Jahre geführt. Daraus sind die folgenden Passagen:*

„Bewegungsspiele: Das kam von Göttingen und Uslar. 1919/20 hab ichs zum ersten Mal gesehen, in Bodenfelde. Da sind wir hin und haben zugeguckt. Das erste Spiel gegen Höckelheim. Und, Mensch: Das müssen wir auch haben!
Dann hab ich abends auf der Straße Geld gesammelt. Hat ich acht Mark und vierzig Pfennig zusammen von den Jungs. Und denn bin ich nach Karlshafen gefahren. Hab ich von meinem Taschengeld noch'n bißchen was dazu getan. Hab ich'nen Fußball geholt. Und denn gings los: Hipp-hipp-hurra! Jeden Abend."

„Und dann kamen die Fußballmannschaften hoch. Die wuchsen wie Pilze aus der Erde. Und dann ham wir Fußball gespielt. Die Freie Turnerschaft (eine sozialistische Bewegung, ID) ging denn so langsam wieder ein."



„Wir spielten im Turnverein. Keiner wollte mehr Geräteturnen machen. Daß im Verein die alten Mitglieder, die Turner, nicht damit zufrieden waren. Und dann war'ne Generalversammlung, 'ne außerordentliche. Dann wurde bestimmt, daß jeder im Verein bis zwanzig Jahre, ob er Fußball spielte oder nicht, mitturnen mußte. Mindestens eine Stunde in der Woche. Dann haben wir 1931 nen neuen Sportverein gegründet."

„Nicht, daß mal wer ausgeschlossen wurde. Wüßte ich nicht. Eine ganze Reihe Kollegen aus meiner Firma spielten mit. Wir hatten eine Herrenmannschaft. Später dann zwei. Als es dann auch bei uns Arbeitslose gab: wenn da mal einer kein Geld hatte, und wir machten 'ne größere Fahrt mittem Lastwagen, dann hieß es: Kumm rupp! - Nahmen wir die so mit."

In den ersten Jahren spielen die meisten Fußballer in Arbeitsschuhen. Turnhosen nähen sie sich auf einer alten Nähmaschine selber. Das Holz für die Tore klaut man im Wald und schneidet es dann zu. Mehrere Jahre lang, bis die Gemeinde schließlich einen Fußballplatz zur Verfügung stellt, muß auf Wiesen gespielt werden:

„Wir haben mal auf dieser, mal auf'ner anderen Wiese gespielt. Die Tore wurden hingetragen. Wenn wir'n paarmal auf'ner Wiese gespielt hatten, dann sagte der Bauer, jetzt müßt ihr euch 'ne andere suchen."

„Damals fielen mehr Tore. Nicht 1:0 oder 1:1. Defensiv wurde nicht gespielt. Immer nach vorn. Mehr Tempofußball. Verglichen mit heute: kämpferischer, läuferischer. Mit mehr Kraft, ja. Technisch war das früher nicht so toll. Hat mehr Kraft gekostet. Mußte dir so vorstellen: wir hatten ja nicht solche Sportplätze wie heute. Da war'n auch Gräben drin."

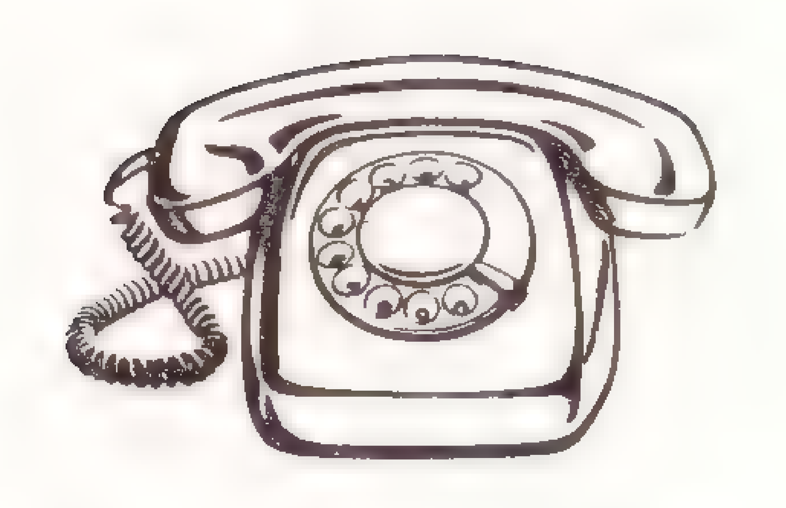
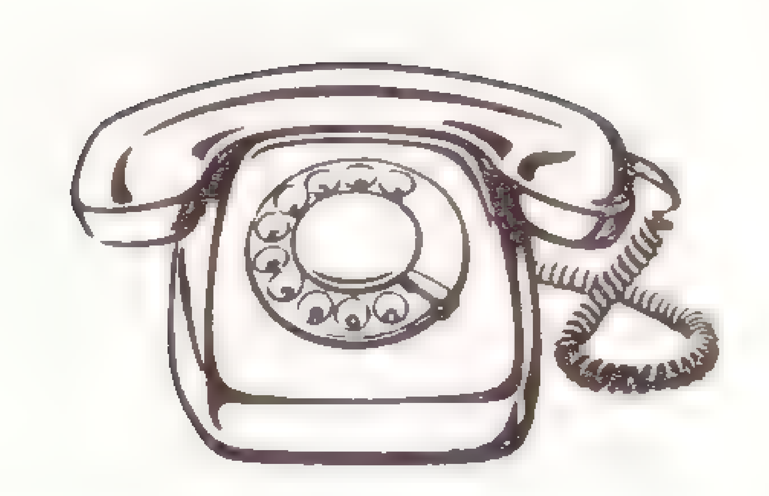
„Du hattest deinen Mann. Den mußtest du halten. Man hielt stärker seine Position ein. Wenn jetzt auf der linken Seite einer durchbrannte, dann rief der rechte Verteidiger: Lop, dat is deyn Mann!"

DIE VERBINDUNG IST SCHLECHT - DIE VERBINDUNG IST HEUTE WIRKLICH NICHT GUT

Telefongespräch im Fernsehen anläßlich des Qualifikationsspiels zur Fußballweltmeisterschaft Zypern gegen Deutschland am 23.11. 1968 in Nikosia (ARD)

A: Erster Fernsehreporter (auf dem Bildschirm)
B: Zweiter Fernsehreporter (in Zypern)

A: So. Nun wollen wir einmal versuchen, eine Verbindung mit Nikosia herzustellen. *A hebt den Hörer ab.* Hallo!
B: Ja.
A: Ah, da sind sie ja. Wie war das Spiel?
B: Ich habe ihre Frage nicht verstanden.
A: Meine Frage war, wie war das Spiel?
B: Das Spiel?
A: Jawohl.
B: Welches Spiel?
A: Na, ich denke, das Spiel, über das Sie uns berichten wollen, das Länderspiel in Nikosia.
B: Was?
A: Das Länderspiel.
B: Das Länderspiel?
A: Ja, wissen Sie, wie es ausgegangen ist?
B: Ich kann es nicht beurteilen, weil ich das Spiel nicht gesehen habe.

Wir sollten öfter miteinander sprechen.

A: Was, Sie haben das Spiel nicht gesehen?
B: Was
A: Sie sagen, Sie haben das Spiel nicht gesehen?
B: Was?
A: Die Verbindung ist schlecht. Die Verbindung ist heute wirklich nicht gut. *A hat jetzt einen Zettel in der Hand und wendet sich, den Hörer noch am Ohr, an die Zuschauer. A lächelt nicht.* Wir haben hier ein Resultat nach vielem Hin und Her. Ein Ergebnis, das durchaus sein kann, das Durchaus im Bereich des Möglichen liegt.

A beugt sich, den Hörer noch am Ohr, über den Zettel. Offenbar kann er den Zettel nicht lesen. A wendet sich wieder an die Zuschauer. Aber wir wollen hören, ob wir nicht doch noch eine bessere Verbindung bekommen! Hallo!
B: Ja
A: Ah, da sind sie ja.
B: Ja, ich bin hier.
A: Ich freue mich, daß wir uns jetzt endlich verstehen.
B: Was?
A: Ich freue mich, daß wir uns jetzt verstehen
B: Was meinen Sie? Ich kann sie nicht verstehen.
A: Sie können mich nicht verstehen?
B: Doch, ich verstehe sie gut.
A: Ah, das ist gut. Können Sie uns etwas über das Spiel sagen, vielleicht das Ergebnis?
B: - *es kratzt stark in der Hörmuschel, es knistert eine Weile. A hat den Hörer ein Stück vom Ohr entfernt, jetzt hält er ihn wieder ans Ohr.*
A: Hallo! Ich höre Sie nicht. *An die Zuschauer gerichtet:* Das war ja zu erwarten. *In die Muschel:* Hallo! Was?
B: Wimmer im Mittelfeld
A: Wer?
B: Wimmer!
A: Wimmer?
B: Ja
A: Jawohl. Also Wimmer im Mittelfeld. Und wie ist das Resultat?
B: Ich habe Ihre Frage nicht verstanden.
A: Ich habe Sie gefragt, wie das Spiel ausgegangen ist. Unsere Zuschauer hier sind gespannt auf das Resultat.
B: Haben sie eine Frage?
A: Ja, ich habe Sie nach dem Resultat gefragt!
B: Hallo?
A: Das Resultat, verstehen Sie mich? Das Ergebnis? Wie es ausgegangen ist?
B: Das ist mein Eindruck, wie gesagt, soweit ich das sehen konnte, soweit es sich um das Spiel handelt, auf das Sie anspielen.
A: Von wem sprechen Sie? Bitte, von wem sprechen Sie?
B: Ja, soweit ich das beurteilen kann.
A: Können Sie mich denn nicht verstehen?
B: Ja, aber ich kann es nicht so genau sagen, ich muß mich auf das verlassen, was ich gehört habe.
A: Und wissen Sie, wie es ausgegangen ist?
B: Was?
A: Das Spiel, wie ist das Resultat?
B: Ich glaube ja.
A: Gab es sonst noch was Besonderes?
B: Ich kann sie plötzlich nicht verstehen, die Verbindung ist schlecht.
A: *legt den Hörer auf.* Es tut mir leid, liebe Zuschauer, aber das Resultat ist nicht mit Gewißheit zu erfahren.

aus Ror Wolf „Punkt ist Punkt", Alte und neue Fußballspiele, Suhrkamp Taschenbuch



München - ACHIMS AUFRUF: PAPIER IST DIE PAROLE

Der Achim vom Münchner BLATT will alles über UMWELTschutzpapier wissen, über Herstellung, Preise und Erfahrungen mit der Verarbeitung. Rausfinden will er, ob's sich nicht lohnt, es tonnenweise für alle Abnehmer wie Zeitungsprojekte, Druckereien einzukaufen. Schreibt ihm:

Achim, c/o Blatt, Georgenstr. 123, 8ooo München 22, Tel.: 089/195021

FRANKFURT GLH-FEIER ZUM ERSTEN MAI

Am Montag den 30. April findet um 19.30 h im Volksbildungsheim das Maifest der Grune Liste Hessen statt. Es treten auf: Kunert & Panach mit Band, Bohrmaschine Bornheim, Brennessel und viele andere Frankfurter und auswärtige Musik- und Theatergruppen. Außerdem gibt es eine Tombola, zu welcher wir alle bitten, viele schöne und bunte Preise mitzubringen.
GLH Hessen

Hamburg/Berlin - FÜR DEN STOP ALLER ATOMANLAGEN

Nachdem die „Courage" in der Nr. 4/79 einen Unterschriften-Aufruf zum sofortigen Stopp aller Atomanlagen veröffentlicht hat, zieht jetzt die „Bunte Liste" in Hamburg am gleichen Strang. Schreibt euch die Finger wund! Hier die Adressen, wo die Unterschriftenlisten angefordert werden können:

1. Bunte Liste Hamburg, BUU/Hamburg, Fruchtallee 9, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/432171 oder 4398671

2. Courage, Bleibtreustr. 48, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/8836529 oder 8836569

Hannover - DOKUMENTATION ZUM GORLEBEN-HEARING

Diese Dokumentation enthält die während des Hearing an die anwesenden Journalisten verteilten Materialien. Sie wird vom Informationszentrum Kritische Wissenschaft herausgegeben. Ein Exemplar kostet vier Mark. Bestellungen durch Überweisung von Geld auf das

Postscheckamt Hamburg, H. Mönninghoff, Haasemannstr. 11, 3000 Hannover 91, Nr. 114398-203



ZU „DAS BISSCHEN FAHREREI"

Stuttgart
April

Schade ist zu wenig, beschissen scheint's mir, daß ihr den Brief von der Frau im ID 274 zum obigen Thema nur so gerafft und oberflächlich gebracht habt. Traurig, daß ihr darüber noch so verzweifelt diskutieren müßt, ist das doch der einzige vernünftige Beitrag (was ich meine aus den veröffentlichten Absätzen erkennen zu können.)

Ich habe die bisherigen Briefe mit interessiertem Herzen verfolgt, bin ich doch auch in der ‚glücklichen' Lage, in den vergangenen neun Jahren so durchschnittlich 3 Monate des Jahres mein Geld mit irgendeinem Scheiß-LKW zu verdienen. Das, was die Fahrer bisher zum Besten gaben, stimmt in der Schilderung des Alltags. Nur wird alles viel zu seicht, verschönernd und in den Grundfesten doch noch mit einem Rest von Romantik geschildert.

Was ich dazu sagen kann, ist: Die Fahrerei mit dem LKW, ist das Liefern von irgendwelchen Waren, der Streß, die Bezahlung, die ‚Kollegialität', der Chef, nichts, aber auch gar nichts bleibt da noch übrig, was ich als Leben bezeichnen würde. Meine Träume, meine Wünsche, meine Gefühle, meine Freunde, alles nehmen sie mir, wenn ich fünf Tage die Woche, vier Wochen im Monat unterwegs bin. Jeden Tag mit Menschen zusammen, die eben nichts anderes als Fußball, Autos und ficken im Kopf haben oder zumindest nur darüber reden. Nicht einen habe ich getroffen, mit dem mich über längere Zeit sowas wie Freundschaft verbunden hat. Menschen Männer, die in dieser Sparte arbeiten, sind fertig. Sie, ich komme nach Hause und wir sind leer. Diese Männer machen ihre Frauen auf wiederliche Art nieder, ich mache meine Wohngemeinschaft an, bin aggressiv, empfinde fast Freude daran, andere zu quälen. Der Job auf dem ‚romantischen' Bock ist nichts als nackteste kapitalistische Ausbeutung, sie nehmen jedem alles. Es bleibt mir in diesen Autofahrerzeiten keine Sekunde, die ich noch mit dem Wort Leben bezeichnen würde. Ich bin auch niemals in dieser langen Zeit einem gegenteiligen menschlichen Beispiel begegnet, weil niemand Zeit für Menschen hat. Es ist alles organisiert, fremdbestimmt in Gottes Namen!

Nun gut, das kann man nicht wissen, beginnt er einmal. Aber in was für einer Welt leben die bisher briefschreibenden Bockjobber? Jahrelang machen sie es am Stück und dann kommt ein weinerlicher Bericht von den Härten des LKW-Fahrens. Wenn ihr Träume von Befreiung, Liebe, Revolution und erfülltem Leben besitzt, was sich auch jeder darunter vorstellen mag, merkt ihr nicht, wie ihr tagtäglich gezwungen werdet, auch euren minimalsten Ansprüchen voll und ganz in den Hintern zu treten, in dem Moment, wo sich die Tür zum Fahrerhäuschen öffnet?

Ich fahre auch, ich werde vielleicht auch wieder fahren, aber nur aus dem Grunde: Geld! Die allererste Gelegenheit wo ich krank machen kann, werde ich nutzen und das Arbeitsamt beknien und alles tun, was mir sonst noch für Möglichkeiten bleiben, mein Geld auf andere Art zu verdienen.

Jeden Mann und jede Frau will ich warnen, diesen idiotischen Hirngespinsten von ‚Herr über die große Maschine LKW' aufzusitzen. Ich weiß, daß es für mich innerhalb des Systems, das uns allen angeboten wird, zum Geldverdienen nur entfremdete Arbeit gibt, Arbeit, die mit meinen Wünschen, Hoffnungen und Bedürfnissen nicht das Geringste zu tun hat. Und wenn ich wieder gezwungen bin, auf diese Art dem Moloch Geld zu frönen, dann will ich mir wenigstens nicht meine letzte Wahrheit verschleiern: daß ich gezwungen bin, zehn Stunden am Tag Scheiße zu reproduzieren. Wenn dieser Punkt überschritten ist, wenn ich anfange aus bloßen Überlebensgründen das ‚Romantische' an der Fahrerei als den Aufhänger zu nehmen, dann beginnt der Anfang vom Ende.

Fazit: (zum schluß des Briefs der Frau in ID 274)

Mann setze dem was entgegen. Wie wäre es mit dem alten — wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt? — möchte ich ergänzen: — wer sich nicht lebt, wehrt sich verkehrt! — und welcher LKW-Jobber tut das?

Nürtingen - AUFRUF AN ALLE FAHRENDEN FRAUEN

Am Wochenende, 30.6./1.7. 79, soll ein Treffen sämtlicher Frauen, die LKWs, Lieferwagen, Postpakete, Personenbusse und sonstiges fahren oder gefahren sind, stattfinden. Bei diesem Treffen sollen Erfahrungen ausgetauscht, über die Situation in diesem sogenannten „Männerberuf" geredet, Kontakte geknüpft werden.

Als „Höhepunkt" des Wochenendes ist geplant, einen Frauenkonvoi mit LKWs zu organisieren in Richtung Osten (Bagdad, Türkei, Griechenland oder ähnliches). Während der Fahrt soll ein Film- oder Fotobericht gemacht und veröffentlicht werden.

Das Treffen soll ungefähr so ablaufen: Freitagabend Anreise, gemütlicher Plausch; Samstagvormittag ebenfalls Anreise, Erfahrungsaustausch, Diskussion, abends natürlich ein Fest, sonntags Frühschoppen, weitere Gespräche.

Alle Frauen, die kommen möchten, sollten bis zum 23. Juni eine Postkarte an

Christina Scharwies, Postfach 1841, 7440 Nürtingen

schreiben, damit genügend Schlafplätze und Essen organisiert werden können. Das Ganze findet in

Nürtingen (liegt zwischen Stuttgart und Tübingen), Frauenzentrum, Kirchstraße 21, 1. Stock, statt.

(Möglichkeiten für den Konvoi sind eventuell vorhanden)

ÜBERLEGUNGEN NACH DEM FREIBURGER ZEITUNGSTREFFEN

FREIBURG
26. April

Anstatt die Liste der in Freiburg anwesenden Alternativzeitungen in diesem Heft zu veröffentlichen, haben wir uns entschlossen unsere Adressenliste auf den letzten Stand zu bringen und ein Plakat daraus zu machen. Zum Treffen schickte uns der Johannes von der Stadtzeitung noch folgenden (gekürzten) Bericht:

Uber Ostern hatte ich (trotz der vielen Arbeit beim Organisieren des Treffens, der Hektik, der Pannen ...) eben dieses Gefühl im Bauch, daß mir im Freiburger Alltag so oft fehlt: „Vorwärts und nicht vergessen: die *Solidarität ...*" Ich will mich trotz aller Verschiedenheit irgendwie aufgehoben fühlen.

Dieses Gefühl hat sich über Ostern, glaube ich, nicht nur bei mir eingestellt. Die Leute (von den meistens jungen Zeitungen) mögen nicht enttäuscht sein und bedenken, daß wir als Alternativler eben nicht auf einer pseudo Geschäftsebene miteinander umgehen wollen, sondern eher über sich kennenlernen und persönliche Kontakte haben / knüpfen.

Ist natürlich klar, daß Leute, die schon auf den letzten Treffen in Braunschweig, München, Berlin, Frankfurt ... waren, da einen Vorsprung haben. Das ist aber eine Frage der Zeit und der Eigeninitiative. Deshalb: Zeitungsleute, die ihr a weng frustriert aus Freiburg nach Haus gefahren seid: Bringt Aktion, wenn ihr was wollt, Fragen und Probleme habt usw. ruft an bei Zeitungsleuten, die's wissen müßten (vielleicht schon länger im „Geschäft" sind), ladet sie zu Euch ein, oder besucht sie.

Ein Teil der Sachen, die wir zusammen machen können, sind ja in Freiburg zumindest andiskutiert worden:

— Der Mayer - Achim vom Blatt Tel: 089/ 19 50 21/22 checkt gerade ganz gewaltig die Sache mit dem Umweltschutzpapier ab. Er sammelt Informationen über Produzenten, Preise, Qualität usw. mit dem Ziel, das Blatt, wenn's eben geht auf ein UWS - Papier umzustellen. Wenn die Zusammenarbeit klappt, könnten wir Alternativzeitungen dann unser Papier gemeinsam beziehen (so'n ganzen Laster voll oder so), das würde dann billiger. Also sprecht mit eurem Drucker und setzt euch mit dem Achim in Verbindung.

Die TAZ - Diskussion steht für mich in direktem Zusammenhang mit den Gesprächen über *redaktionelle Zusammenarbeit.* Mir hat die Richtung der Diskussion in Freiburg nicht so gut gefallen. Übergeordnetes Ziel / Maß sollte sein: Was wollen wir politisch erreichen? (was bekanntlich unsere meschlichen Geschichten mit einschließt).

Die TAZ gibt es, daran kann keiner von uns vorbei. Also, was hat sie für Folgen? Sicherlich die, daß die Informationen schneller und weiter getragen werden (können), als wir das je konnten, auch wenn in einer Qualität, die uns nicht (immer) paßt. Besteht also die Gefahr, daß die Alternativzeitungen ins Hintertreffen geraten.

Genauere Folgen will / kann ich heute noch nicht ausführen, die sind ja auch für jede Zeitung anders. Wichtig für uns ist die Frage, wie wir uns verhalten a) wenn die TAZ sich etabliert, oder b) wenn sie eingeht. In beiden Fällen finde ich es richtig, unsere Zusammenarbeit zu verbessern und zu intensivieren. Mein Traum ist, ehrlich gesagt, sowas wie ein Nachrichten- bzw. Info - Büro, wo Artikel und Informationen gesammelt und änlich wie beim ID - Bilderdienst (nur zuverlässiger) abgerufen, bzw. wieder verteilt werden, und wenn's drauf ankommt, schneller als der ID es bisher kann. Wenn die TAZ läuft, könnte das auch ihr dienlich sein, wenn nicht, würde die Alternativpresse gestärkt. Gemeinsame Aktionen und Kampagnen a la Freigabe von Cannabis wären dann sicherlich leichter zu starten.

Leute, diskutiert das bitte, ob möglich und wie und laßt was darüber hören, sehen (hier im ID).

— Auch der alte Traum eines Anzeigenverbundes kann realisiert werden; Konzept: Ne Firma gründen (keine Angst vor Bürokratismus bitte), mit möglichst vielen Zeitungen als Mitgliedern. Prospekt erstellen; jede Zeitung als Mitglied kann *dezentral* Anzeigen für sich und alle anderen in den Verbund einholen. Koordination für Interessenten: der oben erwähnte Achim oder über mich (0761/ 700 270).

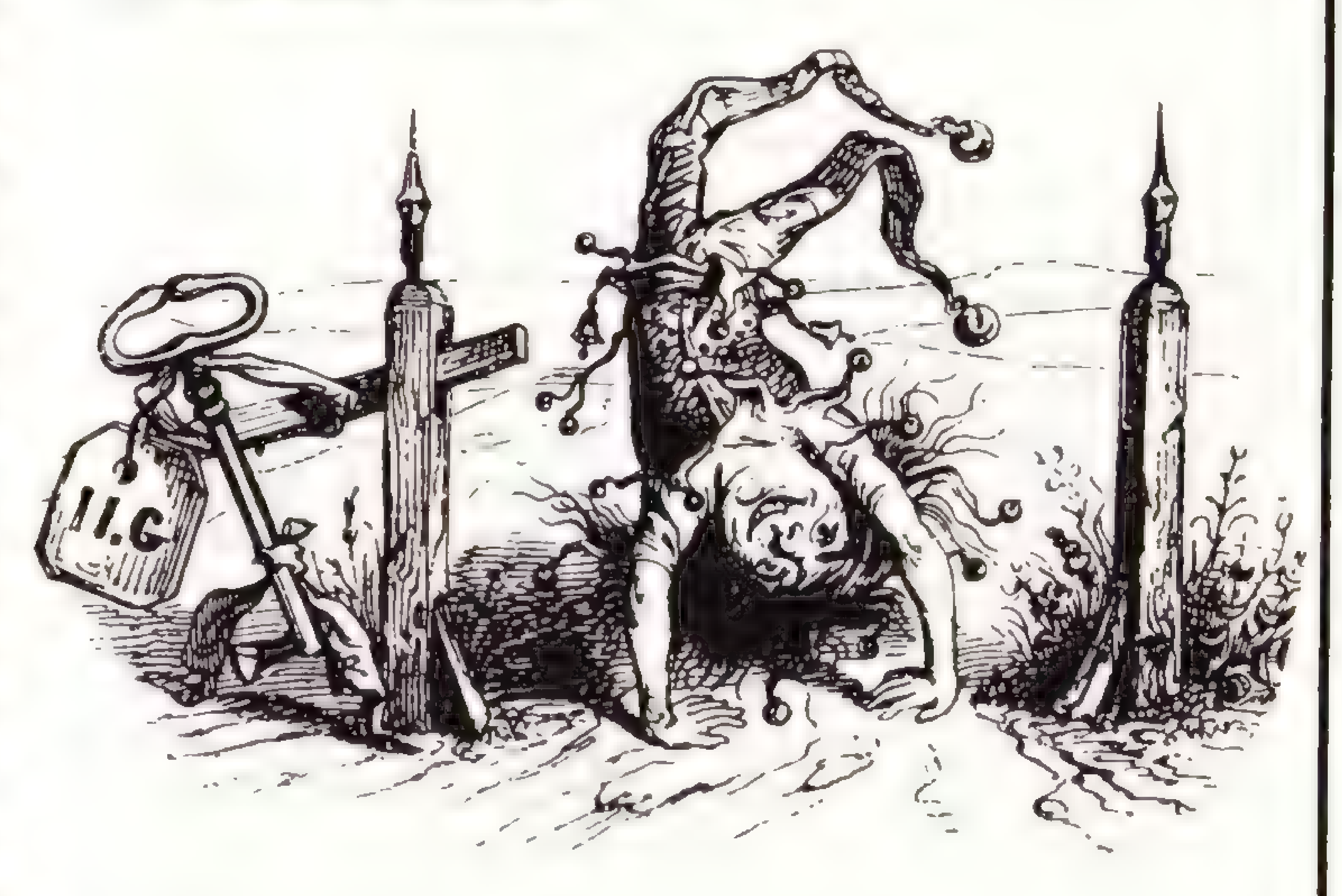
— Die Geschichten, die in Freiburg in den AG's liefen, sollen die Teilnehmer doch bitte hier veröffentlichen, weil's für alle wichtig ist.

— Und Leute, denkt bitte an unseren Solidaritätsfond. Zahlt monatlich einen Beitrag von mindestens zehn Mark auf das Konto Nr. 332190 - 604 beim PschA Frankfurt, Stichwort: Zeitungssolidaritätsfond. (Ich selber fänd's gut, wenn wir den Fond nicht nur für Löschaktionen im Falle akuter Repression (Prozesse ...) verwenden würden, sondern auch als Kreditfond. Die Vergabekriterien müßten wir noch entwickeln.)

Nun gut, allen Zeitungsfreaks, die in Freiburg unter den Tisch gesunken sind, wie der Micky und die vielen anderen, wünsche ich, nicht allzuviel graue Zellen verloren zu haben (Wir sind beim Aufräumen ständig darauf ausgerutscht). Viel Spaß bei Eurer Vorbereitungsarbeit für eine baldige Anarchistische Zukunft.

Bis bald in Oldenburg
oder schon vorher
Johannes, Stadtzeitung für Freiburg

P.S: Ruf doch mal an!



DIE BÜCHERSCHLEUDER GEHT AUF TOURNEE

BOCHUM
2. April

Zum Glück geht's dem Sommer entgegen. Bei hohen Temperaturen und strahlender Sonne können Ferien in Westdeutschland noch sehr schön sein. Statt unsere „Schleuder" in der Urlaubszeit stillzulegen und uns über die Sonnenplätze Europas zu zerstreuen, kamen wir auf die Idee, mit unserer rollenden Bücher- und Schallplattenstube einen Monat durch Deutschland zu tingeln. Kreuz und quer durch die Lande zu fahren ist natürlich sinnlos, ohne gezielt Leute anzusprechen, die sich für politische Literatur interessieren. Wir denken an Zeltlager, open-air festivals, AKW Gegner-Lager und andere größere Veranstaltungen mit überwiegend jugendlichem Publikum über 16 Jahren.

Wir wollen uns nicht auf den Bücherverkauf beschränken. Zum eigenen Spaß und unkonventionellen Bekanntmachen der Jugendlichen mit Literatur werden wir ein kleines Kulturprogramm über die eigene Bühne ziehen. Zur Zeit proben wir mit dem Liedermacher-Duo „Dicke Lippe" aus Bochum (zwei Stücke von ihnen sind auf der Solidaritätsplatte für das Projekt „Tageszeitung" zu hören, eine eigene LP erscheint demnächst bei Trikont) ein kleines Stück über den Verkauf politischer Literatur; die Schwierigkeiten im linken Bücherladenprojekt, die Verfolgungen infolge des Zensurparagraphen 88a, die Angst des Käufers im linken Laden sind auch Themen des Stückes.

Weniger für den Kopf als für die Beine rollt die Rock-Session der swingenden Buchhändler. Außerdem bemühen wir uns, Schriftsteller zu finden, die bereit sind, uns ein kurzes Stück auf dem Weg zu begleiten und mit kurzen Lesungen an unserem Programm mitzumachen.

Unsere Bitte an euch! Wir suchen dringend Veranstaltungstermine im Juli für unser Programm. Bitte schreibt uns, wenn Ihr von geeigneten Veranstaltungen wißt, oder besser, wenn Ihr uns verbindlich einladen wollt. Denkt daran, daß wir zwar keine Profis sind, aber dennoch auf unsere Kosten kommen müssen. Wir sind 10 Personen. Vom Bücherverkauf allein können wir unmöglich unsere Kosten decken. Ein Zuschuß von 200,– DM pro Veranstaltung halten wir deshalb für notwendig und für ein ca. 2stündiges Programm wirklich nicht viel.

Näheres über unser Projekt „BÜCHERSCHLEUDER": schreibt uns oder ruft unter der angegebenen Telefonnummer an: **BÜCHERSCHLEUDER c/o Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22, Postfach 1942, 4630 BOCHUM, Tel. 0234/ 70 23 36.**

THEATERTOURNEE ZU SÜDAFRIKA

STUTTGART
3. APRIL

Der Theaterhof Priessental bringt ein Theaterstück des Südafrikaners Athol Fugard: „Sizwe Bansi ist tot". Das Stück, mit einem minimalen Aufwand zu realisieren (kleine Bühne, Spot, Scheinwerfer) wird von Martin Lüttge und Michael Leye gespielt, Plakate und Handzettel stehen zentral zur Verfügung. „Sizwe Bansi ist tot" zeigt drei schwarze Männer in der äußerst schwierigen, gefährlichen und entwürdigenden Situation, in der sich Leute dieser Hautfarbe im allgemeinen befinden. Die Kraft, mit der diese drei ihr Leben leben und darüberhinaus Lebenslust behalten, ist die gleiche, die z. B. hier bei uns nötig ist, der sich ausbreitenden Resignation und Apathie entgegenzuwirken. Mut Würde, Fantasie und Brüderlichkeit im Alltag, wie sie uns das Stück spürbar macht, scheinen uns der Boden zu sein, auf dem die Solidarität all derer wachsen kann und wächst, die sich — in der „Dritten Welt" wie in den Industrieländern — wehren gegen eine zerstörerische Ausbeutung der Menschen und der Erde.
Zu der Aufführung gehört eine kleine Ausstellung und natürlich die anschließende Diskussion mit den Schauspielern, den Veranstaltern, dem Publikum.
AnTechnik werden mindestens zwei Scheinwerfer und 1 Spot benötigt, eine kleine Bühne oder ein Spielpodest. Die Gesamtkosten einschl. Anreise betragen rund 400 - 600 DM; es wird ein Eintrittspreis von 3 .- für Lehrlinge / Schüler und 5 - 6 DM für alle anderen empfohlen.
Termine: 14. bis 30. Mai 1979.
Die Koordination erfolgt über das SZ-SB-Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1, 0711 / 26 43 45 (peter Grohmann)

ALTERNATIVE ZU KOMMERZIELLEN GRUPPEN- UND PSYCHOANGEBOTEN

HERZOGENRATH
29. MÄRZ

Mit unserer Arbeit verstehen wir uns als Alternative sowohl im inhaltlichen, organisatorischen wie auch im finanziellen Bereich zu den kommerziellen Gruppen- und Psychoangeboten. Um davon und damit überleben zu können, brauchen wir aber eine weite räumliche Basis, da der Aachener Raum ziemlich schwarz ist und es so für uns nur begrenzte Arbeitsmöglichkeiten gibt — und ich habe bisher immer gedacht, der ID würde alternative Ansätze in allen Bereichen aufgreifen und unterstützen:

Wir — eine Diplom-Psychologin und ein Sozialpädagoge wollen der institutionellen und formalistischen Zwangsjacke entfliehen — und arbeiten u. a. in der Mitarbeiter- und Multiplikatorenschulung für Lern-, Arbeits- und Wohngruppen (-gemeinschaften), z. B. für Mitarbeiter in Jugendzentren, Teams usw. — aber auch für lockere Gruppierungen. Haupsächlich arbeiten wir mit den Methoden des Gruppentrainings — gruppendynamische Trainingsformen, Kommunikations- und Kooperationstraining. Uns geht es dabei nicht darum, nur oberflächliche Freude und Wohlbefinden zu produzieren, sondern z. B. konkrete Techniken und Möglichkeiten für effektiveres und menschlicheres Lernen und Arbeiten in Gruppen zu vermitteln und zu erproben. Die finanzielle Seite ist dabei eine Vereinbarungssache.
Kontakt: Gabriele Gielen, Asternstr. 8, 5120 Herzogenrath

GROSSER ERFOLG DER ARBEIT DES SSK-BESCHWERDEZENTRUMS

Köln
2. April

Der Landschaftsverband Rheinland ist Herr über alle Irrenanstalten in seinem Machtbereich. Er ist damit auch für alle Zustände in die diesen Aussonderungsanstalten verantwortlich. In einem jüngst beendeten Prozeß wollte der Landschaftsverband sich aus dieser Verantwortung schleichen. Dies ist ihm jedoch nur teilweise gelungen. Wir dürfen weiter die unvorstellbaren Mißstände in den Rheinischen Landeskrankenhäusern, wie die offizielle Bezeichnung dieser bemerkenswerten Einrichtungen lautet, anprangern und einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Unter anderem dürfen wir behaupten: „ . . . der Skandal ist, daß Menschen wie Vieh gehalten werden können, mit Dämpfungsmitteln vollgestopft." und „Die Kontroll- und Aufsichtsstruktur des LVR über die LKH's ist verfassungsrechtlich bedenklich." Wir sind jedoch mit diesem Teilerfolg nicht zufrieden und setzen unseren Kampf gegen diese Zustände und die dafür Verantwortlichen unvermindert fort. Nach verschiedenen Presseberichten und Fernsehsendungen erreichen uns aus der gesamten Bundesrepublik Anfragen zu unserer Arbeit und Bitten um Hilfe. Da wir nur im Rheinland tätig sein können, rufen wir hiermit alle engagierten Leute, Ärzte, Rechtsanwälte, Initiativen und Gruppen auf, sich zur Zusammenarbeit mit uns in Verbindung zu setzen.
Wer Informationen über die Arbiet des Beschwerdezentrums haben will oder wer uns in unserer Arbeit unterstützen möchte, kann die „Unbequemen Nachrichten", unsere mindestens viermal jährlich erscheinende Zeitung, abonnieren. Für 10 .- erhält man die Zeitungen und alle erscheinenden Flugblätter, Plakate usw. Außerdem haben wir eine aktuelle Dokumentation erstellt, die unter dem Titel „Die Aussonderung der Entarteten, 3. Teil" erschienen ist. Diese 64-seitige Dokumentation, in der wir einen Teil der Beweismittel, die wir dem Gericht zu unserem Prozeß angeboten hatten, ausführlich nennen, kostet 5 .-
Das Abonnement und die Dokumentation erhalten sie nach Voreinsendung von 5.- bzw. 10 .- unter dem Stichwort „Unbequeme Nachrichten" oder „Dokumentation" auf das Postscheckkonto Köln 231 510 - 508, Helft dem SSK e. V. Informieren sie sich und helfen sie uns bei unserer Arbeit, auch durch Informationen, die sie uns geben können.
SSK-Beschwerdezentrum, Liebigstr. 25, 5000 Köln 30
Tel.: 0221 / 55 61 89

Frankfurt - POSTKARTENVERSAND

Politische Postkarten zu Cartens und Kohl gibt es gegen Einsendung eines frankierten Briefumschlages bei Paul Jung
Paul Jung, Kransberger Weg 4, 6000 Frankfurt

Frankfurt - DANK DEM HUHN

Eigentlich wollten wir sie fotografieren, weil sie gar so schön waren. Dann wollten wir sie angeknabbert fotografieren, dann waren sie fort, weil sie gar so gut schmeckten. Die fünf dicken Marzipanostereier mit den Schokoladenkätzchen und dem Schokoladen-ID drauf. Irgendwer hat gesagt, daß wir das Marburger Huhn zu den Eiern auch gern öfter hier hätten.

Frankfurt - WIR WAREN DIE JUNGE GARDE...

Wen's am 1. Mai vor den Fernseher zieht, der kann sich einen Film von Ursula Lücking und Bernd Wiegmann ansehen. Um 16.15 Uhr sendet das ZDF „Wir waren die junge Garde..." Erinnerungen an die Arbeiterjugendbewegung". In der Sendung wird der Versuch unternommen, anhand von Dokumenten und vor allem durch die Aussagen von heute sechzig- bis achtzigjährigen „Ehemaligen" aus der Arbeiterjugendbewegung ein Stück verschüttete Arbeiterkulturgeschichte lebendig zu machen.

Der Film bezieht sich vor allem auf eine Ausstellung in Frankfurt, die von etwa 3oo Ehemaligen in vierjähriger Arbeit zusammengestellt wurde.

Frankfurt - „DIE TERRORISTEN SIND UNTER UNS“

Unter diesem Titel gibt es zum Thema „Neofaschistische Aktivitäten und politische Unterdrückung in der BRD" eine Ton-Dia-Schau (Länge: 45 Min.) für den Einsatz auf Veranstaltungen, Lehrgängen, Schulungen usw.

Anhand von eigenen Aufnahmen und reproduzierten Dokumenten wird das Anwachsen neofaschistischer Gruppierungen und der Zusammenhang zur politischen Repression in der BRD dargestellt. Um nicht an den Erscheinungen kleben zu bleiben, wird versucht, die Ursachen der politischen Unterdrückung zu erklären. Als Höhepunkt der Ton-Dia-Schau ist der letzte Teil anzusehen, in dem der Widerstand am 17. Juni in Frankfurt gegen den Naziaufmarsch und den Polizeiüberfall auf die antifaschistische Demonstration dokumentiert wird. Falls Geräte für die Vorführung nicht vorhanden sind, können welche zur Verfügung gestellt werden.

Kontakt und Bestellungen über den ID-Bilderdienst

Lörrach - ANTI-BUNDESWEHR-AUSSTELLUNG

Die Kriegsdienstverweigerergruppe aus Lörrach sucht dringend (bis zum 4. Mai) Bilder, Poster, Schriften, Material zur Geschichte der Bundeswehr für eine Anti-Bundeswehr-Ausstellung.

Kontakt: Hans-Georg Bruttel, Auestr. 16, 7860 Schopfheim

SECHS MONATE BEWÄHRUNG GEGEN TOTALVERWEIGERER

MESPELBRUNN 11.April *Die Gruppe ‚Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienst berichtet über einen Prozeß wegen Totalverweigerung:* „Nachdem am 23.Februar der Totalverweigerer Dieter Schöffmann vom Amtsgericht Celle wegen Fahnenflucht und Befehlsverweigerung zu 7 Monaten Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung verurteilt worden war, stand am 5.April in Aschaffenburg erneut ein Totalverweigerer aus der Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste vor Gericht: Bernd Bleistein hatte am 19.Juni 1978 die weitere Ableistung seines Zivildienstes in den Städtischen Krankenanstalten Aschaffenburg verweigert, nachdem er bereits 8 1/2 Monate abgedient hatte. Er hatte den Kriegsdienst verweigert, weil er für Frieden und soziale Gerechtigkeit arbeiten wollte. Im Laufe seiner Dienstzeit im Krankenhaus erkannte er, daß sich dieser Anspruch im Zivildienst nicht verwirklichen läßt. Auch die Androhung strafrechtlicher Konsequenzen durch das Bundesamt für Zivildienst konnte ihn nicht von seiner Haltung abbringen. Ende September erhielt er die Anklageschrift wegen Dienstflucht.

Über 200 Interessierte hatten bis Anfang April beim Amtsgericht Aschaffenburg Platzkarten für diesen Prozeß angefordert und damit dazu beigetragen, daß der Prozeß in den Schwurgerichtssaal verlegt werden mußte. Um auch die Aschaffenburger Öffentlichkeit über diesen Prozeß zu informieren, organisierte die Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand (K.G.W.) eine Demonstration in der Innenstadt. 70 - 80 Freunde von Bernd, darunter auch einige Totalverweigerer, zogen mit Transparenten und Schildern in die Innenstadt, riefen Parolen wie „Friedensdienst ja — Zwangsdienst nein" und „Freiheit für alle inhaftierten Kriegsdienstverweigerer", sangen Lieder gegen den Zwangsdienst und machten auf den Prozeß aufmerksam. Zum Prozeß selbst kamen über 160 Interessierte, von denen nur 100 im Gerichtssaal Platz fanden, obwohl alle zusammenrückten. Einige Zuhörer überließen im Laufe des Prozesses ihren Platz anderen, die noch nicht im Saal waren.

Bernd schilderte im Prozeß den Ablauf seines Zivildienstes, um dann seine Motive für seine Zivildienstverweigerung zu erklären. Der Zivildienst ist seiner Auffassung nach ein ziviler Kriegsdienst, der, aus der Wehrpflicht abgeleitet und ein Ersatz für den Kriegsdienst, kein Friedensdienst sein kann. So erkläte Hans Iven, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, daß man vom Staat nicht verlangen könne, „daß er auf der einen Seite zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit größte finanzielle, organisatorische und personelle Anstrengungen macht und auf der anderen Seite dazu beiträgt, daß alles wieder in Frage gestellt, angegriffen, zerstört und beseitigt werden soll." Durch den § 79 des Zivildienstgesetzes werden Zivildienstleistenede im Konfliktfall wie Soldaten eingezogen und zu unbefristetem Zivildienst herangezogen. Dadurch leisten sie Dienst, der zur Kriegsführung unbedingt nötig ist. Weiter führte Bernd aus, daß er einen Beitrag zum Abbau von Zwang und Gewaltstrukturen leisten will, die er als Kriegsursachen versteht. Die Sinnlosigkeit militärischer Verteidigung (Nato-Pläne, wonach die BRD zum Teil atomar zerstört werden soll, um einen russischen Vormarsch zu stoppen; die zerstört, was sie verteidigen will),führt zu einem Konzept der sozialen Verteidigung, die nicht Grenzen, sondern eine bstimmte Art zu leben verteidigt und durch Dezentralisierung, zivilen Ungehorsam und Nichtzusammenarbeit funktioniert. Zur Vernehmung eines Vertreters des Aschaffenburger Jugendamts (über die Frage Jugend- und Erwachsenenstrafe) wird ..aus erzieherischen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen."

Der Staatsanwalt, der alle möglichen Verfassungsgerichtsurteile zur Kriegsdienstverweigerung zitiert, um Bernd herunterzuputzen, weil er erklärt hatte, er sähe in der Justiz ein Machtmittel des Staates., forderte schließlich 6 Monate auf 3 Jahre Bewährung Jugendstrafe und die Auflage, sich künftig dem Zivildienst zu unterwerfen. Der Rechtsanwalt forderte das Gericht auf, ein klares Urteil zu sprechen und nicht, wie vom Staatsanwalt gefordert, das Bundesamt für Zivildienst entscheiden zu lassen, ob Bernd nochmal zum Zivildienst eingezogen wird und bei seiner Weigerung in den Knast zu schicken.

„Im Namen des Volkes" wurde das Urteil verkündet: 6 Monate auf 3 Jahre Bewährung nach Erwachsenenstrafrecht mit der Auflage, den Zivildienst zu beenden. Da Bernd inzwischen nach

nach Ablauf der regulären Zivildienstzeit entlassen wurde, liegt es wieder beim Bundesamt, ob Bernd die 6 Monate absitzen muß, denn er hatte vorher erklärt, daß eine Bewährung mit einer solchen Auflage nicht zu akzeptieren wäre. Außerdem muß Bernd die Kosten des Verfahrens tragen.
Diesem Prozeß werden noch weitere folgen, in denen Totalverweigerer aus der Gruppe K.G.W. angeklagt werden, Auflagen der Wehrpflicht verweigert haben. Jürgen Spindler aus Hillesheim bei Mainz wartet auf seine Einberufung zur Bundeswehr ebenso wie Siegbert Künzel aus Hamm. Zum 2.4.79 wurde Heinz Michael Fischer aus Bochum zur Bundeswehr nach Hamburg einberufen, wo er nicht erschien. Norbert Heitkamp verweigerte am 31.10. 78 die weitere Ableistung seines Zivildienstes, Frank Schenker aus Herford verweigerte seine Einberufung in die Zivildienstkaserne Vinckenhof bei Castrop-Rauxel. Klaus Dust aus Mespelbrunn bei Aschaffenburg wurde wegen seiner Erfassungsverweigerung zu 200,- Geldstrafe vom Amtsgericht verurteilt, Rudolf Junge aus Rheinfelden ebenfalls wegen Erfassungsverweigerung zu 20,-DM. Beide wollen auch ihre Teilnahme an der Musterung verweigern und müssen daher mit Zwangsmusterung rechnen. Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Die Regionalgruppe Mitte-Süd der Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste bittet daher zur Unterstützung aller Totalverweigerer um Spenden auf das Postscheckkonto **Frankfurt Nr. 37 89 91 - 608, Horst Balzer.**

ÖFFENTLICHE ZAUNMALEREI AM NEUBAU DES WEHRAMTS

Lörrach
14.April

Liebe Freunde, wir schicken euch hier ein Bild, einen Bericht, ein Flugblatt und eine Presseerklärung über eine Malaktion der KDV-Gruppe Lörrach (Kriegsdienstverweigerer, Anm,d.Red.) am Karsamstag (14.4.79). Bitte bringt dazu einen Artikel. (Wird gemacht, am besten euren eigenen Text, Anm. d. Red.)

In Lörrach wird für uns ein neues Kreiswehrersatzamt gebaut. Der Zaun um die Baustelle herum war so einladend, daß wir beschlossen haben,ihn zu bemalen, um

auf den Neubau hinzuweisen
die Funktion eines Kreiswehrersatzamtes aufzuzeigen

Wir sind eine Gruppe von Kriegsdienstgegnern, die sich Anfang des Jahres gebildet hat. Unsere Arbeitsschwerpunkte liegen bisher bei der Beratung von Verweigerern, sowie Unterstützung von Totalverweigerern und Wehrpaßverbrennern.

Dies war unsere erste Aktion. Wir sehen die Wandmalerei als legitimes Mittel an, unsere Meinung kundzutun. Deshalb verzichten wir bewußt auf den Schutz der Nacht (Schutz?), um öffentlich gegen das repressive Vorgehen von Stadtverwaltung und Polizei gegen Plakatierer und Maler vorgehen zu können. Im März wurden nämlich in Lörrach und Umgebung wegen verschiedener Plakatierereien (Prozeß gegen einen Totalverweigerer, Gorleben) mindestens sieben Leute festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Die Aktion verlief sehr gut. Wir hatten uns zum Ziel gesetzt, auf jeden Fall fertig zu werden mit der Malerei, was uns auch gelang, da wir uns darauf gut vorbereitet hatten. Als die von Passanten alarmierte Polizei kam, waren wir fast fertig. Sie hinderte uns nicht daran, die Bildfolge zu ende zu malen - sie fand unsere Aktion in Ordnung. Unlustig nahmen sie unsere Personalien auf.

Wir malen wieder ! Mit schwarzen Grüßen

KONTAKT : KDV-Gruppe Lörrach c/o Hubert Schaubhut
Heilisau 8, 7850 Lörrach-Hauingen



INFORMATIONEN ZUR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG AN BRAUNSCHWEIGER SCHULEN BEHINDERT

Braunschweig 9. April — *Von einem Mitglied der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden erhielten wir diesen Bericht:*

"Fachliche und persönliche Eignung der beteiligten Personen müssen nachgewiesen werden"

In der Woche vom 19. - 23.3. sollte in der Gewerblichen Berufsschule I, Inselwall, in Braunschweig eine Informationsveranstaltung der Zivildienstleistenden und Soldaten stattfinden.

Diese Veranstaltung wurde von der Schülervertretung organisiert (SV), nachdem kurze Zeit vorher ein Bundeswehroffizier die Schule besucht hatte, und sollte während des Unterrichts stattfinden. Da Berufsschüler nur einmal in der Woche in der Schule sind, war geplant, diese Veranstaltungen eine Woche lang durchzuführen. Die SV hatte neben der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden auch die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG/VK) und die Soldaten und Reservistenkomitees eingeladen.

Doch so einfach geht das an deutschen Schulen nicht. Zuerst veränderte der Direktor der Schule den Brief der SV an die Lehrer. Statt daß die Lehrer aufgefordert werden, mit ihren Klassen diese Veranstaltung zu besuchen, werden sie eingehschüchtert. Jeder Lehrer hätte die Verantwortung selbst zu tragen und auf die Ausgewogenheit im Unterricht zu achten.

Dann hängt ein Lehrer Kopien aus dem Verfassungsschutzbericht neben die Liste, auf der sich die Lehrer eintragen sollen, die mit ihren Klassen diese Informationsveranstaltungen besuchen wollen.

Dieser Lehrer muß sich allerdings als erster Lehrer auf dieser Liste eintragen, auf Druck seiner Klasse. Zwei weitere Klassen tragen sich danach noch ein. Die Einschüchterung hat gewirkt. Montag morgen: Die Vertreter der Organisationen stellen sich beim Direktor vor. Er äußert sein Bedauern darüber, daß nicht mehr Lehrer Interesse zeigen, führt uns in die Klasse, in der die erste Informationsveranstaltung stattfindet und begibt sich dann in andere Klassen, um diesen anzukündigen, daß es nicht erlaubt sei, weitere Veranstaltungen in Klassen durchzuführen. Danach ist der Direktor nicht mehr im Hause anzutreffen.

Als wir nach der ersten Veranstaltung von einer weiteren Klasse eingeladen werden, die sich allerdings nicht eingetragen hatte, wird dies von der Schulleitung verboten. Am nächsten Tag verteilen wir zusammen mit der SV ein Flugblatt, in dem über die Behinderungen von seiten der Schulleitung berichtet wird.

Als wir am Donnerstag früh zur zweiten angesetzten Veranstaltung gehen wollen, werden wir vom Direktor aufgehalten und dieser legt uns einen Brief des staatlichen Schulamtes vor, der mit sofortiger Wirkung diese Veranstaltungen verbietet. Begründung: Die persönliche und fachliche Eignung der beteiligten Personen sei nicht nachgewiesen worden. Die Veranstaltung hätte durch die Schulbehörde genehmigt werden müssen.

In diesem Schreiben vom 20.3. wird auf ein früheres Schreiben an den Schulleiter verwiesen — es wurde der SV nie vorgelegt — in dem wohl bereits diese Veranstaltung verboten wurde. Hier war wohl ein 'liberaler' Schulleiter am Werk, der das offizielle Schreiben braucht, um seine Handlungen zu rechtfertigen.

Wir werden diese Sache an allen Braunschweiger Schulen bekanntmachen, einen Brief an die Gewerkschaft schicken, was sie so dazu meint, daß man nicht mehr über ein Grundrecht informieren darf, setzen uns mit der örtlichen Presse in Verbindung und haben auch schon beim Schulamt nachgefragt, was denn das Schreiben zu bedeuten hätte, von wegen Eignung und wie sie uns denn prüfen wolle und ob sie auch in Zukunft die Bundeswehroffiziere auf ihre persönliche und fachliche Eignung hin prüfen.

Kontakt: SOdZdl, c/o Stadtjugendpfarramt, Husarenstr. 71, 3300 Braunschweig

WENN DIE SOLDATEN DIE KALTE WUT PACKT

Paris 12. April — *Die Karfreitagsausgabe der "Liberation' berichtet über einen Fall extremer Ratlosigkeit der Staatsschützer:*

Am Gründonnerstag vor Ostern herrschte auf dem Pariser Ostbahnhof abends zwischen halb zehn und Mitternacht Belagerungszustand. 200 Mann von der Garde Mobile (paramilitärische Polizei) und Militärpolizei in voller Kampfmontur erwarteten den Zug mit den 1.500 Urlaubern aus den Kasernen Ostfrankreichs.

Nicht etwa zur zügigeren Überreichung kleiner Osterpräsente war ein so zahlenmäßig starkes Empfangskomitee aufgeboten worden, sondern zur Befriedigung eines kleinlichen Bestrafungsbedürnisses der Militärbehörden. Der Zug, der da nämlich anrollte, entsprach gar nicht mehr den schönen Werbeprospekten der SNCF (frz. Eisenbahn), sondern befand sich in einem lamentablen Zustand. Heruntergerissene Vorhänge, zerstörte Sitzbänke und herausgerissene Aschenbecher, selbst Kloschüsseln und Waschbecken waren ihrer Verankerung entnommen worden und hatten durch die Fenster einen Weg ins Freie gesucht.

Die tieferen Ursachen für diesen Wutausbruch der Soldaten scheinen in der besonders zuvorkommenden Behandlung zu liegen, die die SNCF der Beförderung von Soldatenurlaubern zukommen läßt. So werden für solche Züge bevorzugt die älteren und ausgereifteren Modelle des Fahrzeugparks eingesetzt und man ist um kommunikationsfördernde Intimität bemüht. Der betreffende Zug wies zwar nur 780 Sitzplätze aus, war aber mit 1.500 Soldatenurlaubern belegt.

Da dies allerdings der Normalfall ist, hätte es diesen Wutausbruch allein sicher nicht ausgelöst. Als dann allerdings zwei technische Pannen, deren Verschulden der SNCF zuzuschreiben war, eine Stunde und 35 Minuten Verspätung erzeugte, brannten die Sicherungen durch. Die einen sahen ihre Pläne für den Abend zerrinnen, die anderen ihre Anschlußzüge abfahren. Man muß ergänzen, daß in Frankreich die Urlaubsregelung wesentlich ungünstiger ist als z.B. bei der Bundeswehr, und noch dadurch kompliziert wird, daß die Wehrpflichtigen ganz bewußt von den Militärbehörden weit entfernt von ihren Heimatorten eingesetzt werden. Ihr schon geringer Urlaub wird also auch noch durch entsprechend lange Heimweg verkürzt.

Trotz solcher einleuchtender Gründe wollten die Militärbehörden kein Verständnis für den Wutausbruch aufbringen und trachteten danach, den Soldaten ihren Osterurlaub ganz zu verderben.

Nach der Ankunft im Pariser Ostbahnhof wurde der Zug also von dem o.a. Empfangskomitee eingekreist und jeder Zu- und Abgang unterbunden. Unterdessen sannen die Militärbehörden nach angemessenen Bestrafungsmaßnahmen. Eine erste Idee, den ganzen Zug postwendend zurück in die Kasernen nach Ostfrankreich zu schicken, mußte fallengelassen werden, da das Eisenbahnnetz wegen des starken Osterverkehrs einen weiteren Sonderzug nicht mehr verkraften konnte.

Eine zweite Überlegung alle 1.500 Soldaten in Paris einzulochen scheiterte daran, daß die vorhandenen "Löcher" einem solchen Ansturm auf einem Schlag bei weitem nicht gewachsen wäre.

Da es andererseits auch nicht möglich schien, einzelne Rädelsführer herauszugreifen, entschlossen sich die Militärbehörden nach 2 Stunden zähneknirschend und unter Androhung nachfolgender Disziplinarmaßmahmen die Soldaten doch aus dem Zug und in ihren Osterurlaub zu entlassen.

Die SNCF ließ zu dem Ereignis, das ja durch die Belagerungsaktion erst recht hochgespielt wurde, verlauten, es handele sich hier bei weitem um keinen Einzelfall.



KAMPAGNE FÜR VOLKSENTSCHEID ÜBER ATOM–KRAFTWERKE IN SCHWEDEN

15.3.79

In Schweden begann Anfang März eine Kampagne für einen Volksentscheid über Atomkraftwerke. Der Kampagne gehören neben Einzelpersonen ca. 30 Organisationen an, u.a. die Zentrumspartei, die im Parlament vertretene Kommunistische Partei (VPK), andere linke Gruppen, Frauengruppen und Umweltschutzgruppen.

Zur Zeit sind 6 AKW's in Betrieb, weitere 4 sind im Bau und 2 – 3 geplant, also für ein Land mit 8 Millionen Einwohnern ziemlich happig. Zu den Atomkraftverteidigern gehören neben dem Kapital die Volkspartei, die rechte Partei (moderata samlingspartiet) die Sozialdemokraten mit Olof Palme an der Spitze und die Gewerkschaftsspitze.

Die Kampagne für einen Volksentscheid versucht durch Verteilung von Material, Flugblättern, Plakaten und Unterschriftenlisten aufs Parlament Druck auszuüben.

Sollte ein Volksentscheid zustande kommen, dürfen nur zwei Alternativen zur Wahl stehen:

nein: sofortige Einstellung der Bauarbeiten bei allen noch nicht fertiggestellten AKW's und Ausarbeitung eines Plans zur Stillegung der bestehenden Atomkraftwerke.

ja: uneingeschränkter Ausbau der Atomkraft.

Kontakt: Kampanjen för folkomröstning, c/o Ekoteket, Tjärhovsgatan 44, S–116 29 Stockholm, Schweden, tel. 08/445860

„WARUM WIR GRATT & CO VERTEIDIGTEN": ÖSTERREICHISCHE ANWÄLTE IM PALMERSPROZESS

Unter dem Titel „Keine Identifikation mit den Terroristen" schreibt in der Wiener Tageszeitung „Kurier" vom 18. Februar Elisabeth Zacharia:

Drei Wiener Anwälte kämpften im Palmersprozeß fuenf Tage lang um milde Strafen – vergeblich. Was ihnen nach dem Urteil blieb, ist der Kampf um ihr eigenes Image.

Eine Woche lang gelang es dem Gericht, die drei Terrorbuben Gratt, Keplinger und Pitsch bei guter Laune zu halten: indem es ihnen, abweichend vom Prozeß-Usus nicht nur erlaubte, täglich die Gazetten zu studieren, die Schuhabsätze bei angezogenem Knie auf die Anklagebank zu stellen, sondern auch, trotz gesonderter Vernehmung, Zwiegespräche zu fuehren. Und ihnen – trotz der Betonung, daß dies kein politischer Prozeß sei – erlaubte, el len lange Pamphlete zu verlesen: der Richter behandelte sie etwa so wie nervenstarke Eltern, die ihre plötzlich zu schlimm gewordenen Kinder zu ignorieren pflegen.

Festgestellt werden muß freilich: im Prozeß gegen Thomas Gratt, Othmar Keplinger und Reinhard Pitsch heiligen die Mittel den Zweck, zumal ein noch größeres Spektakel erspart blieb. Freitag um 15.45 h war die show zuende: Hinter Gratt, Keplinger und Pitsch fiel das schwere Eisentor zum Zellentrakt ins Schloß. Die Presseleute stuerzten an die Telefone, die Gesinnungsfreunde zogen frustriert ab. Was bleibt, sind die drei Anwälte, denen nicht nur der Kampf gegen die Berufungsinstanz, sondern auch der Kampf ums eigene Image bevorsteht: Dr. Klaus Peter Schrammel (Gratt-Verteidiger), Dr. Karl Mathias Weber (Keplinger-Verteidiger) und Dr. Eduard Wegrostek (Pitsch-Verteidiger). Drei aufstrebende Wiener Talente, die, als sie die Verteidigung der Terror-Buben uebernahmen, riskierten, in den Terroristen-Pott geworfen zu werden.

Schrammel: „Ich hab' mit Angriffen sicherlich gerechnet, mich aber nicht davor gefuerchtet." Als sich kurz vor Prozeßbeginn ein, anonymer Anrufer als „tief-gläubiger Christ" darueber empörte, daß er, Schrammel, sich bereitfinde, „solche Partisanen zu verteidigen", fuehlte sich Schrammel in seinem Vorhaben bestärkt: „Der Standpunkt des Anrufers war ein zutiefst unchristlicher."

Schrammel aber uebernahm das Verteidigeramt nicht nur unter dem Motto, sich eines „Gefallenen" anzunehmen – er erblickte darin vielmehr das Bedueerfnis, sich selbst „als Teil unserer Gesellschaft zu begreifen." Schrammel: „Es ist notwendig, sich mit den Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen und dazu Stellung zu beziehen." Der Prozeß, so Schrammel, habe ihm die Möglichkeit gegeben, das „Phänomen Terrorismus zu durchleuchten". Eine, seiner Meinung nach nicht ausschließlich undankbare Aufgabe (obwohl sich nicht nur Kanzleikräfte, sondern auch Familienangehörige mit Anrufern, die sich nicht immer als sehr wohlgesinnt erweisen, herumschlagen muessen).

Die Hintergruende, warum er als Gratt-Verteidiger auserwählt wurde, sind ihm „nicht ganz genau bekannt".

Daß er zusagte, duerfte nur auf dem Umstand zurueckzufuehren sein, daß „der liabe Bua (Gratt) ja ganz anders is wie im Prozeß: a liaber zugänglicher Kerl, der vor Gericht sei Plattn abspielen läßt." (Weil er, wuerde er sich vom Terrorismus distanzieren, eine schlimmere Strafe als 15 Jahre, nämlich das Todesurteil seitens der Gruppe zu befuerchten hat?)

Schrammel, retrospektiv ueber Gratt: „Er befindet sich noch im Entwicklungsprozeß, und er hat noch nicht die globale Uebersicht." Seine „kopflastige Theorie", die er der Gesellschaft aufzwingen wolle, wuerde bald einer anderen weichen.

Schrammel: „Ich habe immer nur das Positive in seiner Person gesehen. Er wird in spätestens einem Jahr begriffen haben, was gespielt wird." (Was vielleicht Jahre zu spät ist, zumal er schon längst hätte begreifen muessen, daß er fuer die deutschen Terroristen nicht mehr war, als ein dankbares Werkzeug. Einiges weist darauf hin, daß er nach getaner Vorarbeit förmlich als Köder ausgelegt wurde.)

Schrammel kann – nicht nur als Anwalt – nicht umhin, gegen die „saftige Strafe" zu proklamieren: dies sei vom politischen Standpunkt aus das Schlimmste. Er glaubt, daß Milde „den Beweis dafuer hätte erbringen können, daß die Gesellschaft doch menschlich ist und damit den Terrorismus ad absurdum fuehrt" (sofern auch die Terroristen das als Beweis anerkennen).

Dr. Mathias Karl Weber – ebenfalls von Familienangehörigen

gebeten, die Verteidigung Keplingers zu uebernehmen — sah seine Aufgabe darin, „die Dinge ins rechte Licht zu setzen" und Keplinger nur „wegen einer lächerlichen Kleinigkeit" (der Beschaffung von Meldedaten), nicht aber wegen Mittäterschaft verurteilt zu wissen.
Keplinger, so Weber, sei kein Kämpfer — jedenfalls aber ein „Fall, der die persönliche Beschäftigung mit ihm äusserst interessant macht." Weber ist der Meinung, man hätte ihm helfen muessen, „bevor er fuer etwas eingetunkt wird, das er nie getan hat."
Trotzdem: Bevor Weber die Verteidigung uebernahm, legte er Wert darauf, mit Keplinger die Fronten abzuklären. „Ich lehne sein ideologisches Verhalten grundsätzlich ab — bei einem politischen Prozeß läuft man immer Gefahr, ins falsche Gleis zu Kommen" (Weber). Daß Richter Straub seinem Antrag nachkam, die Angeklagten zu Prozeßbeginn ihre Motivation vortragen zu lassen, sieht Weber als „Aggressionsventil", das möglichen Aufstand im Zuge der Verhandlung nicht aufkommen ließ. Mit der Einschränkung freilich: „Ich habe die Keplinger-Verteidigung nur unter der Bedingung uebernommen, daß er den Prozeß nicht zu einem politischen Spektakel umfunktionniert". Laut Weber sei Keplinger derjenige, der noch nicht den Boden unter den Fueßen verloren hat und sich nach reichlicher Ueberlegung deutlich vom Terrorismus distanziert hat". Weber: „Er ist ein äußerst engagierter, enorm belesener, nicht oberflächlicher Mensch — jedenfalls keiner, der, weil ihm einer eine Haschischzigarette gegeben hat, in die linke Szene hinunterrutscht." Sein Entwicklungsprozeß habe sich ueber viele Jahre erstreckt, und er habe ihn ueberlegt und bewußt vollzogen. Weber abschließend: „Er hat gelernt, was passiert, wenn man sich gegen die öffentliche Meinung stellt."
Pitsch-Anwalt Dr. Eduard Wegrostek — „den Gratt hätte ich nicht verteidigen können" — uebernahm den Fall zuerst , weil es keine „Nullachtfuenfzehn-Geschichte war", freilich aber „war's viel mehr Arbeit als bei einem normalen Klienten."
Wegrostek („ich bin politisch ueberhaupt nicht fixiert") schätzt jedoch umsomehr die gute Beziehung, die er zu Pitsch aufgebaut hat. Gefuehlsschwankungen von „Leidtun" bis zum „Hingehen und ihm mit'm Hammer auf'n Schädel haun" kann er freilich nicht leugnen, die wichtigste Aufgabe aber sah er darin, seinen Mandanten während des Prozesses „in einer Art Dressurakt einzubremsen".
Die Angst, jemand könnte ihn deswegen attackieren, weil er den Fall uebernommen hatte, unterdrueckt er mit dem Argument, daß Pitsch eine untergeordnete Rolle gespielt hat." Die berechtigte Ueberlegung, daß ein Klient der exklusiven Wegrostek-Kanzlei sagt: „Herr Doktor, warum machen's das" und ihm die Vollmacht kuendigt, stellt er allerdings schon an. Er freut sich aber darueber, daß dies bisher noch nicht der Fall war. Noch dazu wo alle, die ihn kennen, wissen, was er selbst freimuetig erklärt: „Ich habe mich niemals mit den Angeklagten identifiziert, zumal die tiefe Erkenntnis lautet: „die größte Gefahr fuer den Anwalt ist, daß er sein Gesicht verliert. Was schlimmer ist, als ein verlorener Prozeß."

Mehr Geschichten, mit und ohne den bezeichnenden Wiener Charme, ueber Detlev Cramer, postlagernd, A 11o3 Wien, die Anschriften der Gefangenen sind: Othmar Keplinger, LG 1/20 HV 59/78 E 142, Reinhard Pitsch, LG 1/20 HV 59/ 78 E 212, Thomas Gratt LG 1/20 HV 59 / 78 E 237, alle Landgerichtsstraße 11, A 1080 Wien.

ICH HÖRTE EINE SALVE AUS EINER MASCHI– NENPISTOLE

Teheran/Paris April 79 — *Pierre Blanchet, der zusammen mit Claire Briere das Buch "Iran oder die Revolution im Namen Gottes" verfaßt hat und bis zum letzten Herbst Iran-Berichterstatter von 'Liberation' gewesen ist, schrieb am 13.4. in dieser Zeitung einen Kommentar zu den gegenwärtigen Hinrichtungen von hohen Funktionsträgern des gestürzten Schahregimes. Zerrissen zwischen Bestürzung über das Blutbad, das die siegreiche islamische Revolution nötig zu haben glaubt und dem Verständnis für die notwendige Bestrafung der Folterer und Massenmörder des alten Regimes, so befürchtet Pierre Blanchet dennoch, daß ein kalte Abrechnungs- und Rachelogik die gegenwärtigen Schauprozesse und Exekutionen bestimmt. Bezeichnend dafür scheint ihm ein Satz, den der Staatsanwalt im Prozeß gegen den langjährigen Premierminister des Schahs, Amir Abbas Hoveyda, formulierte: "Wir richten hier nicht über ihre Person, sondern über das System, das sie repräsentierten!"*

Blanchet sieht sich außerstande, etwas über die persönliche Schuld Hoveydas zu sagen, er weiß nur, daß er allgemein den Ruf hatte, nicht korrumpiert oder sadistisch zu sein.

Anders ist es mit Hassan Pakravan, der in der Nacht vom 10. zum 11. April exekutiert wurde. Blanchet kannte ihn persönlich, und sein Tod löste bei ihm große Betroffenheit aus. Im folgenden ein Auszug aus seinem Kommentar in 'Liberation':

"Amir Abbas Hoveyda kannte ich also nicht, aber ich kannte einen der 11, die in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch hingerichtet wurden. Er hieß Hassan Pakravan, und war von 1961 bis 1964 Chef des Savak gewesen, was ja keine geringe Verantwortung darstellt. Geformt durch die "alte französische Kultur", war er der einzige Mann, für den die Opposition des kaiserlichen Regimes Respekt gezeigt hatte und der zwischen der Herrschaft von Teymour Bakhtiar (erster Savak-Chef, bekannt für seine gnadenlose Repression nach dem gelungenen Putsch gegen Mossadegk, 1953) und der von Nassiri (späterer Savak-Chef, ähnlich berühmt-berüchtigt) versucht hatte, die Praktiken der gefürchteten iranischen politischen Polizei abzuschwächen. Es gibt Posten, die man nicht annehmen darf, werdet ihr dagegen einwenden, aber trotzdem, Hassan Pakravan hatte zu seiner Zeit ein Verbot der Folter erlassen: Viele Intellektuelle und Oppositionelle jener Zeit verdanken ihm ohne Zweifel ihr Leben. Vielleicht verdankt ihm Khomeiny sogar selbst, daß er zu seiner Zeit nur ins Exil geschickt wurde, — was natürlich auch schon zuviel ist — und nicht einer weitergehenden "Behandlung" unterzogen wurde, woran es Pakravans Nachfolger an der Spitze des Savak nie hatten fehlen lassen. Sicher ist es ein Wahnsinn, so einem Regime wie dem des Schah zu dienen! Es ist Wahnsinn zu glauben, man könne innerhalb eines solchen Systems etwas ändern. Hassan Pakravan war Savak-Chef, als der Kaiser im Juni 63 der Armee den Befehl gab, die damaligen Aufstände mit aller Brutalität zu unterdrücken. Pakravan war gegen diese Massaker.

Warum ist er nicht zurückgetreten? Er dachte immer noch — wie er das ganze Leben gedacht hat — das Schlimmste verhindern zu können! Später wurde er dann wegen "Weichheit" von der Leitung des Savak entbunden und wurde als Botschafter nach Paris geschickt. Als Vize-Minister hat er der kaiserlichen Monarchie bis zu ihrem Ende gedient und ist nicht einmal mit dem Hofstaat ins Ausland gegangen. Er ist am 16. Februar verhaftet worden, nachdem Khomeiny bereits zurückgekehrt war. Er hätte also auch genügend Zeit gehabt um auch zu verschwinden. Ist er also so dumm gewesen zu bleiben, während viele der wirklich Korrumpierten und Kriminellen sich mit ihren Dollars längst in die Schweiz oder die USA abgesetzt hatten?



Claire Briere und ich haben Hassan Pakravan im August 78 kennengelernt. Er erklärte uns damals, daß der Kaiser nun ein Juan Carlos (konstitutioneller Monarch Spaniens) werden wolle. Er irrte sich und der "schwarze Freitag" hat das Schicksål des Iran grundlegend verändert. Das letzte Mal sahen wir Hassan Pakravan am Vorabend der großen "Ashura"-Demonstration, dem schiitischen Trauermonat.

Er hatte uns damals seine Hoffnung ausgedrückt, daß alles gut gehen würde, und die Armee nicht noch einmal in die Massen schießen würde. Es war seine einzige Hoffnung, daß der Iran aufhören möge, seine Toten zu zählen.

Obwohl man in der Umgebung Khomeinys Milde hinsichtlich seiner Person versprochen hatte und alle Welt zumindest annahm, daß Pakravan nicht hingerichtet würde, so wurde er doch aus seiner Zelle im Gefängnis von Qasr geschleppt und um 2.30 Uhr am Mittwochmorgen hingerichtet. Ich kenne die zehn anderen nicht, aber einige von ihnen verdienen vielleicht auch nicht "die höchste revolutionäre Strafe", soviel kann man jedenfalls vermuten. Ich habe jedenfalls grundsätzlich keine Lust mich dieser Srt von Aufrechnung anzuschließen. Aber ich weiß, wenn Pakravan erschossen worden ist, werden noch viele andere exekutiert werden. Muß man denn ohne Urteil und ohne Unterscheidung alle die hinrichten, die Posten mit Verantwortung unter dem alten Regime innehatten? Diese Frage stelle ich mir nach der Hinrichtung von Pakravan. Denn nachdem ich ihn und seine Geschichte kennengelernt habe, weiß ich, daß er ein Mensch "mit Herz" gewesen ist. Und ich höre Salven aus Maschinenpistolen — eine davon für ihn.

ID-BIBLIOGRAPHIE-AKTUELL WIE NOCH NIE-ID

Jetzt, wo es sie mal wieder gibt, fällt euch möglicherweise auf, daß es die BIBLIOGRAPHIE eine Weile nicht gegeben hat. Über die Gründe könnt ihr selber rätseln, ich halte dicht, ich sage gar nichts, ich verweigere sämtliche Auskunft! Nun geht es wieder regelmäßig rund. Die Neuerscheinungen aus dem linken und alternativen Publikationswesen (sofern uns zugeschickt) sollen fürderhin turnusmäßig jeweils im 1. ID Heft eines neuen Monats veröffentlocht werden. Wir befinden uns jetzt zeitlich in der 1. Maiwoche und sehen uns mithin Anfang Juni wieder. Hau ruck!

Trikont Verlag, Kistlerstr. 1, 8 Münchne 90 - Plattenproduktion- und Vertrieb :Unsere Stimme'

*Die 3 Tornados: Rundschlag am Mittag. 18.- Nur gutes von diesem Hör-Spektakel! Ein akustisch-kabarettistisches Ohrenvergnügen mit politischer Garantieerklärung. Dazu ein Cover, das die Unterschiede von möglichen Formen des Sozialismus (Modell A: Parteiaufbau; Modell B: Freaks am Drücker) eindringlich illustriert. Mit Hilfe eines Ausschneidebogens läßt sich eine dreidimensionale 'Alternativglotze' zusammenleimen, in die ihr die einzelnen Szenen plastisch einsetzen könnt. Sehr apart! Schade nur, daß das Publikum in dieser Lifeaufnahme bei den schwachen Witzen genauso laut lacht, wie bei den guten - und umgekehrt.

*Schroeder Roadshow: Anarchy in Germoney. 18.- Hilf Himmel, sind die schwach! Der Titel verspricht mehr als Inhalt und Musik halten. Etwas dümmlicher Punk-Rock ohne Skandalwirkung. Wird vielen gefallen - ich jedenfalls bin neulich aus einem Schroeder Konzert gelangweilt rausgegangen - und die B-Seite der Platte boykottiere ich . (wie ungerecht)

Karin Kramer Verlag, Postfach 106, 1 Berlin 44

Wie erzeugt man eine haltbare Wolke im Wohnzimmer? Hartmut Sander & nakAmuRA. 8.;DM. Allerhand Dichtes und Gedichtetes

*Hingabe an die Wahrheit. Fritz B rupbacher. Texte zur politischen Soziologie, Individualpsychologie, Anarchismus und Spießertum und Proletariat. 13.50. Dazu hat irgendwer geschrieben: Alt-Anarchosyndikalist Brupbacher (geb. 1874) feiert hier ein politisches come-back. Die vorliegenden Texte wurden zwischen 1943 und 1946 erstmals veröffentlicht. Das politische Klima damals war gekennzeichnet durch eine gewisse Resignation und Untergangsstimmung; angesichts des Verrats des Sozialismus in der Sowjetunion und des Versagens der deutschen Arbeiterbewegung bei der Machtergreifung Hitlers war die Hoffnung auf eine revolutionäre Umwälzung in Westeuropa erstmal zerschlagen, Diese Stimmung drückt sich in Brupbachers Texten aus, nachdem er jahrzehntelang in der Arbeiterwegung gekämpft hatte. Obwohl sich die gesellschaftlichen Bedingungen zwischenzeitlich tiefgreifend gewandelt haben, entbehren seine Schriften nicht der Aktualität. Interessant ist nämlich sein Versuch, entgegen der Vorstellung der traditionellen kommunistischen Revolution eine 'Anleitung für ein glückliches Leben' zu beschreiben. 'Leben und leben lassen' als Prinzip solidarischer, zwischenmenschlicher Beziehungen einseseits, die 'Höchstintensität der Seele' - das kreative, vielseitige, bedürfnisreiche und selbstbestimmte Individuum, der Knechtschaft des Konsums entrissen - andererseits.

Wagenbach Verlag, Bamberger Sr. 6, 1 Berlin 30

*Der Fabrikaffe und die Bäume. 9.50. Wut, Erinnerungen und Träume eines apullischen Bauern, der unter die Arbeiter fiel. (aus dem Italienischen). Erinnerungen und Assoziationen, die hinter den Gerüchen der Maschienerie, den Naturerlebnissen und den Stimmungen der Kollegen verkrustet und doch vorhanden sind.

Merve Verlag, Postfach 327, 1 Berlin 15

*Das Geschlecht das nicht eins ist. Luce Irigaray. 12.- V o n der oder ü b e r die Frau zu sprechen, kann also immer hinauslaufen auf oder verstanden werden als eine Wiederaufnahme des Weiblichen ins Innere der Logik, die es in der Verdrängung, unter der Zensur, genauer: in der Verkennung festhält. (aus dem Französischen)

Prometh Verlag, Huhnsgasse 4, 5000 Köln 1

*Mother Jones (Autobiographie) hrsg.v. Marianne Ihm. 12.80. ..eine Legende schon zu ihren Lebzeiten, diese schwarzgekleidete Frau mit Nickelbrille und Hut. Symbol der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Mit 94 Jahren begann sie , ihre Lebensgeschichte aufzuschreiben. (Erstmals veröffentlicht 1952) Sie erzählt mit rebellischer Phantasie über radikale Kämpfe . „ Setzt euch unter die Bäume, lauscht und lernt von den Vögeln, die sich gegenseitig nicht ausbeuten, sich nicht betrügen und ihre Kinder nicht in die Kohlengruben jagen"..

Gesellschaft für bedrohte Völker, Parkallee 18,2000 Hamburg 13

*Reihe Pogrom: Assirer heute. Gabriele Yonan. Kultur, Sprache, Natio-

nalbewegung der aramäisch sprechenden Christen im Nahen Osten. 7.50

GEW Landesverband Berlin Ahornstr.5, 1 Berlin 30

* Neofaschismus - Die Rechten im Aufwind 13.- Die GEW, der 'Bund politisch, rassisch, religiös Verfolgter' und der Journalist Jan Peters haben diese aktuelle Dokumentation uzsammengestellt. Soll sich besonders an Lehrer und Leute im Bildunsgbereich als Informationsgrundlage richten.

Verlag Jugend und Politik, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt 90

*Kommst du je nach Amerika - Ein Lese - und Reisebuch. ? .- Dieses Buch mit Gebrauchswert für Amerikafahrer entstand nach einem Aufruf im ID. Gesucht wurden Leute mit Amerika-Reiseerfahrung und es meldeten sich 19 Nasen! Was doch so ein ID Aufruf alles back-feeded! daraus ist jetzt etwas geworden, wie uns ein leicht gestreßter Mitarbeiter schreibt. Reisefeeling, Landkommunen, Stadt-Indianer (statt Indianer?) Land-Indianer, Frauen, Anti-AKW, Natur und Reise Tips.

Bernd Schreiber Verlag Verlag, Türkenstr. 21,66 Saarbrücken

*Kafka for Pepsodent. Christoffer Schrauff. 5.- Gedichte, die von Arnfried Astel (z.B.) geschätzt werden. z.B.:

Im Sommer ernten auch die Spechte
ihrer Mühe Lohn.
Sie hacken
und kacken
und fliegen davon.
Und sie wälzen sich im Gras,
so ist das.

*Versuche. Saarländische Zeitschrift für Literatur und Graphik. Nr. 14/15 lyrischer März 1979. 6.50;

Petra Wolf, Ludwigstr. 85, 7 Stuttgart 1

*Gedanken eines Menschen zum Leben. Gedichte, 2.8o

Verlag der Igel, Postfach 71 83 69 , 5 Köln 71

* Libertäre Literatur Zeitschrift. Lib Lit. Heft 1/März 1979. 5.80. Texte und Gedichte

Maistrassenpresse. Martin-Greif Str. 3, 8 München 2

* Der Bote 8. (Martin-Greif Bote) Hrsg. Heinz Jacobi. Politisch-literarische Zeitschrift für 14.- u.a. mit P.P. Zahl, Arnfried Astel, H. Achternbusch, H. Jacobi.

Politikon. Postfach 640 34 Göttingen, Pos

* Heft 62 selbnamiger Zeitschrift (März '79) ist erschieneen und fragt: Bis der Schmerz in Lust umschlägt... Ist Fußball körperfeindlich? Im Ball steckt mehr, deutsche Jugend, Fußball und Faschismus. Gespräche mit Fußball Veteranen. 2.-

Kataloge - Bibliographien

*Prolit Buchvertrieb, Daubringerstr. 32, Postfach 66, 6304 Lollar Linke Literatur 1979. Der neue Auslieferungskatalog ist da . Mit allen lieferbareb Titeln.

*Antiquariat Pinkus-Genossenschaft. Froschaugasse 7, CH-8001 Zürich Gibt laufend gut sortierte Fachbibliographien heraus. Der aktuelle Katalog 216 hat den Titel: Buchwesen, Gesamtausgaben, Literaturwissenschaft. (alles lieferbare Titel)

Buchladen zur Schwarzen Geiß, Inselgasse 20. 7750 Konstanz

*Maulwurfs Adressbuch. Region Bodensee, Oberschwaben, Schwäbische Alp, Allgäu. 3.- Adressen, Kontakte, Tips und places , Gruppen, Initiativen, mit Register und Vorwort.

SYMPATHIEBESPRECHUNG::

Frauenbuchverlag, München

*Schwarz war ihr Haar , die Augen wie zwei Sterne so klar.- Frauen in St. Pauli. Fotos und Texte von Susanne Klippel. 19.80
Die Susanne habe ich kürzlich kennengelernt und da sie mir gefallen hat, dachte ich, kaufst du mal ein Buch von ihr. Das war kein Fehler! Was in diesem Fotoband von St. Pauli gesehen wird und wie es gesehen wird ist so behutsam subversiv, dreckig-lustig, verzweifelt-trunken, reizend, 'frauenfreundlich' und überraschungsträchtig, wie es nie einem Fotographen gelingen könnte, der sich etwa um die wilde Exo- und Erotik und um die tausendfach kolportierten St.Pauli - Schmierenklischees kümmerte. Susanne Klippel ist keine Profi Photographin - wie erfreulich, daß das völlig piepe ist! Authentizität hat eben mit Professionalismus nicht die Bohne zu tun. Die Wirklichkeit macht die skandalösesten Witze, man muß nur in sie hineinfotografieren. Und, was noch wichtiger ist, an ihr beteiligt sein.

ID-BIBLIOGRAPHIE

Verlag „Roter Stern", Frankfurt

Männerphantasien, Band 2: Männerkörper – zur Psychoanalyse des weißen Terrors (1978)

Der zweite Theweleit-Band hat wieder beinahe 600 Seiten, dabei viele Fotos, Comics, überhaupt Grafiken, und kostet 25 DM. Reichlich verspätet von uns angezeigt – das soll nicht heißen, der zweite Band wäre weniger wichtig als der erste. Im Gegenteil. Die Analyse des Faschismus als alltäglicher Traum von der phallischen Wunschmaschine ist erweitert; Drill und Krieg und Prügelritual und sadistisch-masochistisches Bedürfnis und Fragmentpanzer im Lustleben sind einbezogen. Die alten Erklärungen des Faschismus, mit denen die westdeutsche Linke meistens noch hantiert, tapsig, und die allesamt leugnen, daß der Faschismuseine Volksbewegung war (und untergründig auch ist), können eigentlich nicht darüber hinweggehen.
Mein Wunsch: daß manche, die dem ID Nachrichten über ihren antifaschistischen Kampf schicken – über die ich gerne nach dem Wiener Vers „Gehn wir Tauben vergiften im Park" das Motto setzen möchte „Gehn wir Faschos verprügeln im Saal", weil die gepanzerte antifaschistische Männlichkeit dem faschistischen Alltagsbedürfnis verdammt ähnlich sieht – stattdessen erstmal den Theweleit (mindestens den Schluß vom 2. Band) lesen. Was immer sie dann tun, sie wüßten, daß sie an die Triebkräfte des Faschismus so nicht herankommen. – Aber Bücher bewirken da kaum was.

Richard, ID

Rentner schoß sofort

... und die Gerichtsvollzieher gingen in Deckung

rt Dortmund. — Schußfreudigen Widerstand gegen die Staatsgewalt hat am Mittwoch in Dortmund ein 75 Jahre alter Rentner geleistet.

Zwei Gerichtsvollzieher hatten den alten Herrn zwangsweise zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung abholen sollen. Als sie an seiner Wohnungstür schellten, öffnete dieser und schoß sofort zweimal mit einer Pistole auf die Beamten. Die Gerichtsvollzieher brachten sich durch Sprünge in Sicherheit und alarmierten die Polizei.

Als wenig später eine dreizehnköpfige Streitmacht, zu der auch Anti-Terror-Spezialisten zählten, anrückte, hatte sich der alte Mann bereits in seiner Wohnung verschanzt. Er weigerte sich mit der Drohung, erneut zu schießen, die Tür zu öffnen.

● Auch die Aufforderung „Opa, es passiert dir nichts, wenn du dich ergibst", nützte nichts. Der Rentner blieb unnachgiebig.

Schließlich trat ein beherzter Polizeibeamter nach nahezu einstündiger fruchtloser Verhandlung die Tür ein, worauf der Belagerte erneut das Feuer eröffnete. Sekunden später gelang es mehreren Beamten, den sich heftig Wehrenden zu überwältigen. Danach stellte sich heraus, daß es sich bei der Waffe nur um eine Gaspistole handelte.

● Der Rentner gab in einer ersten Vernehmung an, es sei sein gutes Recht, sich zur Wehr zu setzen, wenn er von Gerichtsvollziehern abgeholt werden solle.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 279 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

4400 E 281 !?! 1
UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung 'iebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Justiz und Vollzug

Offenbach	Fest für DPA–PrOzeß	-1-
Stammheim	Möller/Braun Prozeß	-1-
Nürnberg	Prozeß gegen Winter, Piroch und Burkhard	-1-
Berlin	Wahnsinn in der JVA Celle	-1-
Frankfurt	Hungerstreik in Celle abgebrochen	-1-
Berlin	Hungerstreikerklärung des 2.Juni	-2-
Berlin	Messer raus	-4-
Hagen	Briefkontakt in den Knast	-5-
Hannover	Freunde von Astrid Proll	-7-
Frankfurt	Einheit des Widerstandes	-8-
Gießen	Bubakak	-10-
Berlin	Caritas ist linke Politik	-10-
Rheinbach	Rechtsprechung zum Strafvollzug	-11-
Düsseldorf	129a Prozeß	-12-
Hamburg	Kriminalisierung eines Kabaretts	-12-
München	Peter Schult unter Anklage	-13-
Krefeld	Pädophilie Tagung	-13-
Frankfurt	Prozeß der Hochschullehrer	-14-

Jacke wie Hose

Hamburg	9Monate für eine kaputte Hose	-14-
Gifhorn	AKW–Gegner in Polizeijacke	-15-

Sonstige AKW und Papiernachrichten

Hamburg	Demonstration gegen Brunsbüttel	-15-
Bremen	Anschlag auf Strommast	-16-
München	Papier ist die Parole	-20-
Frankfurt	GLH - Fete zum 1.Mai	-20-
Hamburg/Berlin	Stopp aller Atomanlagen	-20-
Hannover	Dokumentation zum Gorleben-Hearing	-21-

Sport

Mönchengladbach	4Aufrechte vom Bökelberg	-17-
Bremen	Fußball gegen Rechts	-18-
Bochum	Kopfgeld für AKW–Gegner	-18-
Göttingen	„Lop, dat is deyn Mann"	-19-
BRD/Zypern	Die Verbindung ist schlecht	-19-

Betrieb

Stuttgart	Zu „Das Bißchen Fahrerei"	-21-
Nürtingen	An alle fahrenden Frauen	-21-

Kultur

Freiburg	Überlegungen zum Zeitungstreffen	-21-
Bochum	Bücherschleuder auf Tournee	-22-
Stuttgart	Theatertournee zu Südafrika	-23-
Herzogenrat	Alternatives Psycho-Angebot	-23-
Köln	Erfolg des SSK-Beschwerdezentrums	23-
Frankfurt	Postkartenversand	-23-
Frankfurt	Dank dem Huhn	-24-
Frankfurt	Die Junge Garde	-24-
Frankfurt	Die Terroristen sind unter uns	-24-
Lörrach	Antibundeswehrausstellung	-24-

Verweigerung

Mespelbrunn	6 Monate auf Bewährung	-24-
Lörrach	Malerei am Wehramt	-25-
Braunschweig	Informationen zur Kriegsdienstverweigerung behindert	-26-

Internationales

Paris	Die kalte Wut der Soldaten	-26-
Schweden	Kampagne für Volksentscheid über AKW's	-27-
Östereich	„Warum wir Gratt und Co verteidigen"	-27-
Teheran/Paris	Die Salve einer Maschinenpistole	-28-

ID-Bibliographie - aktuell wie noch nie -29-

HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Richard Herding

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 - für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**